

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Peter J. Opitz

Die chinesische Außenpolitik
seit dem Tode Mao Tse-tungs

Dieter Senghaas

Wo steht China? —
Wohin bewegt sich China?

Jürgen Dauth

ASEAN — die Gemeinschaft
der südostasiatischen Nationen

ISSN 0479-611 X

B 8/79

24. Februar 1979

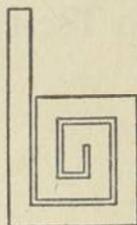
Peter J. Opitz, Dr. phil., geb. 1937 in Brieg/Schlesien; Studium der Politischen Wissenschaft, Sinologie und Philosophie; Professor für Politische Wissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München.

Neuere Veröffentlichungen u. a.: Die Söhne des Drachen. Chinas Weg vom Konfuzianismus zum Kommunismus (Hrsg.), München 1974; Chinas Außenpolitik. Ideologische Prinzipien — strategische Konzepte, Zürich 1977; China zwischen Weltrevolution und Realpolitik. Ursachen und internationale Konsequenzen der chinesisch-amerikanischen Annäherung (Hrsg.), München 1979.

Dieter Senghaas, Dr. phil., geb. 1940; Professor für Sozialwissenschaft an der Universität Bremen.

Veröffentlichungen u. a.: Abschreckung und Frieden, Frankfurt 1979³; Rüstung und Militarismus, Frankfurt 1972; Aggressivität und kollektive Gewalt, Stuttgart 1972²; Aufrüstung durch Rüstungskontrolle, Stuttgart 1972; Gewalt — Konflikt — Frieden, Hamburg 1974; Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Frankfurt 1978². Herausgeber und Mitherausgeber zahlreicher Sammelwerke.

Jürgen Dauth, geb. 1941 in Frankfurt/M.; Studium der Missionstheologie in Wuppertal; seit 1975 Rundfunk- und Zeitungskorrespondent für Südostasien mit Sitz in Kuala Lumpur/Malaysia.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die chinesische Außenpolitik seit dem Tode Mao Tse-tungs

„Wir begrüßen es, daß China wieder den ihm zukommenden Platz in der Welt einnimmt. Ohne China gäbe es kein Gleichgewicht in der Entwicklung der internationalen Situation. Aus diesem Grund ist Europa sehr an der neuen, nach außen gerichteten Politik Chinas interessiert.“

James Callaghan

„Wo immer in der Welt die Russen versuchen, sich breit zu machen, wird unvermeidlich auch China verwickelt.“

Li Hsien-nien

Einleitung

„China's Great Leap Forward“, so überschrieb, in Anspielung auf den sogenannten „Großen Sprung nach vorn“, zu dem das kommunistische China im Jahre 1958 auf Veranlassung Mao Tse-tungs angetreten war, kürzlich eine renommierte amerikanische Zeitschrift ihre China gewidmete Titelgeschichte¹⁾. Der Titel hätte kaum treffender gewählt werden können. Denn während die Ära Mao Tse-tungs in der Politik des ‚Großen Sprungs nach vorn‘ den ihr eigentümlichen Weg fand — und nach drei Ansätzen wieder verfehlte — profilierten sich die Nachfolger Maos bisher vor allem durch eine Politik des ‚Großen Sprungs nach außen‘. Der abgrenzende Vergleich kann sogar noch etwas weiter getrieben werden: Während sich das China Maos im Großen Sprung auf die ‚eigene Kraft‘ besann und damit nach innen wandte, ist das China Hua Kuo-fengs, Deng Xiaoping und Yeh Chien-yings auf die Bühne der internationalen Politik zurückgekehrt und versucht, für die Entwicklung des Landes nicht nur das technische Wissen des Auslands zu mobilisieren, sondern auch das ausländische Kapital. Die Unterschiede könnten kaum augenfälliger sein.

Die Strategie der neuen Führung zeigt sich am deutlichsten in ihrem neuen außenpolitischen Stil. Hatte Mao Tse-tung — und auch Chou En-lai in den letzten Jahren — China nur selten verlassen, so ist die neue Führung, kaum in Amt und Würden, schon in breiter

Front zu einer außenpolitischen ‚Reise-Offensive‘ angetreten. An ihr nehmen nicht nur jene Führungskader teil, die sich besonders mit Außenpolitik beschäftigen, sondern die ganze chinesische Führungsspitze — den Par-

INHALT

Einleitung

- I. Historischer Hintergrund und strategischer Rahmen der neuen chinesischen Außenpolitik
- II. China und die „Erste Welt“
Die chinesisch-sowjetischen Beziehungen
Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen
- III. China und die „Zweite Welt“
Die chinesisch-westeuropäischen Beziehungen
Die chinesisch-japanischen Beziehungen
- IV. China und die „Dritte Welt“
Die chinesische Politik in Afrika und im Mittleren Osten
Die chinesische Politik in Südostasien
- V. Rückblick und Ausblick

teivorsitzenden und Premier Hua Kuo-feng eingeschlossen.

So treffend der Vergleich der neuen chinesischen Außenpolitik mit dem ‚Großen Sprung‘ Maos auf den ersten Blick auch erscheint — bei etwas näherem Hinsehen werden schnell

¹⁾ Time, November 27, 1978.

die Grenzen sichtbar. Dabei zeigt sich nämlich, daß Mao Tse-tung keineswegs enger Isolierung das Wort geredet hatte und daß auch die heute so intensiv betriebene außenpolitische Öffnung Chinas keine Erfindung der neuen Führung ist. In ihr findet vielmehr eine außenpolitische ‚Wende‘ ihre konsequente Durchführung, die schon zu Beginn der siebziger Jahre von Mao Tse-tung und Chou En-lai eingeleitet wurde und ihre Wurzeln im Gefühl akuter Bedrohung durch die Sowjetunion hatte. Der Versuch, die jüngste Phase der chinesischen Außenpolitik auf ihre Ziele und Konzepte hin zu untersuchen, kann sich daher

auch nicht auf eine Analyse der beiden vergangenen Jahre beschränken. Denn die spektakulären Ereignisse dieser Zeit — die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Peking, der chinesisch-japanische Friedens- und Freundschaftsvertrag, das Handelsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft — markieren lediglich Stationen im Entfaltungsprozeß der neuen chinesischen Strategie, keineswegs den Beginn, an dem die einzelnen Fäden zusammenlaufen und ihre konzeptionelle Einheit erhalten.

I. Historischer Hintergrund und strategischer Rahmen der neuen chinesischen Außenpolitik

Nach dem endgültigen Bruch Pekings mit Moskau im Sommer 1963 geriet China außenpolitisch in eine Situation, die allen strategischen Grundsätzen widersprach, die Mao Tse-tung bis dahin innen- und außenpolitisch propagiert und praktiziert hatte²⁾: statt den Hauptfeind zu isolieren und international eine breite Front gegen ihn zu mobilisieren, kam Peking selbst in Gefahr, in die Scheren einer doppelten Eindämmungspolitik zu geraten. So wurde nicht nur der Ring enger, den die USA und ihre Verbündeten um China legten — auch die Sowjetunion begann nun ebenso systematisch wie erfolgreich, den ehemaligen Verbündeten international zu isolieren und einzukreisen. Die Gefahr, in der sich die chinesische Führung sah, wurde noch dadurch verschärft, daß Washington und Moskau sich aufeinander zubewegten und eine gegen China gerichtete Allianz in den Bereich des Möglichen rückte. Mochte auch Peking die gleichzeitige Konfrontation mit beiden Weltmächten gelegentlich schmeicheln, bot sie doch die Chance, sich international als besonders revolutionäre Macht zu profilieren — auf die Dauer war dies jedoch bedrohlich. Dies zeichnete sich insbesondere nach dem Einmarsch der Gruppen des Warschauer-Pakts in die CSSR, nach der massiven Konzentration sowjetischer Truppen an der gemeinsamen Grenze und etlichen Grenzkon-

flikten deutlich ab. Die seit 1969 landesweit propagierte Weisung Mao Tse-tungs: „Grabt tiefe Tunnel, legt überall Getreidelager an und strebt niemals nach der Hegemonie“ brachte unmißverständlich zum Ausdruck, daß sich die chinesische Führung der Gefahr, in der das Land schwebte, durchaus bewußt war und nach Wegen suchte, ihr zu begegnen.

Daß ihre Aktivitäten sich nicht auf den Bau von Tunneln beschränkte, wurde spätestens im Sommer 1971 sichtbar. Verhandlungen, die China im Herbst 1969 mit der Sowjetunion aufnahm, hatten noch für einen Moment den Eindruck geweckt, Peking werde wieder an die Seite Moskaus zurückkehren, doch belehrte die Ankündigung des Nixon-Besuchs in China bald eines anderen: Anstelle einer Rückkehr ins sozialistische Lager zielte die strategische Wende der chinesischen Außenpolitik darauf ab, das Land der westlichen Führungsmacht USA näherzubringen. So kontrovers die Diskussionen über diese Entscheidung in der chinesischen Führung auch gelaufen waren, so positiv wirkte sie sich in der Praxis aus: Schon nach kurzer Zeit gelang Peking der Sprung in die Vereinten Nationen, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu fast allen Ländern der Welt und der Aufbau neuer Positionen in Asien, Afrika und Lateinamerika. Als Chou En-lai, Architekt dieser neuen Politik, am 8. Januar 1976 starb, waren die wichtigsten Ziele erreicht: die Gefahr einer anti-chinesischen Allianz der beiden Supermächte war in weite Fernen gerückt, die außenpolitische Isolierung beseitigt

²⁾ Zu dem folgenden s. im einzelnen Peter J. Opitz, *Chinas Außenpolitik. Ideologische Prinzipien — strategische Konzepte*, Zürich 1977 und Marie-Luise Näth, *Strategie und Taktik der chinesischen Außenpolitik*, Hannover 1978.

und die Grundlagen für eine wirtschaftlich enge Zusammenarbeit mit der westlichen Welt gelegt, mit deren Hilfe die rasche Modernisierung des Landes durchgeführt werden sollte. Außerdem hatte Peking den neu gewonnenen internationalen Spielraum dazu genutzt, umfassende antisowjetische Initiativen zu starten, die sich nun nicht mehr auf propagandistische Attacken beschränkten, sondern von einem dichten Netz außenpolitischer Aktivitäten ergänzt wurden. Durch die notwendige Zusammenarbeit mit Regimen aller politischer Farben hatte sich die chinesische Führung zwar verwundbar gegenüber Angriffen gemacht, die ihre revolutionäre Glaubwürdigkeit in Frage stellten — andererseits zehrte sie noch vom guten Ruf der kulturevolutionären Vergangenheit und war sichtlich bemüht, die neue Strategie ideologisch abzusichern.

Dies geschah am 10. April 1974, als der seit dem Frühjahr 1973 auf Betreiben Chou En-lais wieder rehabilitierte Deng Xiaoping auf der UN-Sonderkonferenz für Rohstoff- und Entwicklungsfragen die sogenannte „Drei-Welten-Theorie“ vorstellte³⁾. Diese Theorie war aus mehreren Gründen bemerkenswert: Sie bezog sich nicht mehr auf jene „Grundwidersprüche“, die sich aus der marxistisch-leninistischen Tradition ableiten und an denen sich bislang alle wichtigen Weltanalysen Pekings orientiert hatten, sondern sie teilte die Welt in drei Teil-„Welten“ ein. So unterschied Deng zwischen der „Ersten Welt“, zu der nur die USA und die UdSSR gehören, einer „Dritten Welt“, der die unterentwickelten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas angehören und einer „Zweiten Welt“, die aus den entwickelten Ländern besteht. Ebenso bemerkenswert wie diese Klassifizierung, die sich am wirtschaftlichen Entwicklungsstand orientierte, war die Tatsache, daß als Aktionseinheiten und Akteure in diesem neuen Schema lediglich die Staaten auftauchten; weder war hier von Klassen die Rede, noch von revolutionären Bewegungen. Das bedeutete zwar nicht, daß von nun an aus chinesischer Sicht Klassen und Befreiungsbewegungen keine Rolle mehr spielten,

³⁾ Vgl. dazu die Rede von Deng Xiaoping, dem Leiter der Delegation der Volksrepublik China auf der Sondertagung der UNO-Vollversammlung, in: *Peking Rundschau* 15/1974 sowie die Verteidigung der Drei-Welten-Theorie: Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt. Ein bedeutender Beitrag des Marxismus-Leninismus, in: *Peking Rundschau* 45/1977, S. 11—43.

sondern ihre Bedeutung war angesichts der veränderten Weltlage lediglich zurückgegangen. Als Haupttrend der Zeit galt nicht mehr das Revolutionsbegehren der Völker, sondern das Unabhängigkeitsstreben der Staaten⁴⁾. Ihm trug die neue chinesische Strategie dadurch Rechnung, daß sie die Staaten der Zweiten und Dritten Welt zum gemeinsamen Kampf gegen die beiden Supermächte aufrief.

Aber noch in einem anderen Punkt wich Peking mit der Drei-Welten-Theorie von den bisher vertrauten Erklärungsschemata ab: „Hauptkraft“ in diesem anti-hegemonistischen Kampf gegen die Supermächte sind nicht mehr die sozialistischen Länder, sondern die gesamte Dritte Welt, der allerdings die sozialistischen Länder zugeordnet sind, soweit sie nicht — wie die Staaten Osteuropas — der Zweiten Welt zugerechnet werden. In einem Punkt freilich befindet sich diese ‚Theorie‘ in Einklang mit den traditionellen strategischen Prinzipien Mao Tse-tungs: sie erfüllte die strategische Hauptforderung Maos, „die Widersprüche auszunutzen, die Mehrheit zu gewinnen, der Minderheit entgegenzutreten und die Feinde einzeln zu schlagen“. Dies um so mehr, als Peking die Sowjetunion nun als die gefährlichere der beiden Supermächte betrachtete und die Kritik an den USA nicht nur weitgehend einstellte, sondern Washington sogar für den Kampf gegen Moskau gewinnen wollte.

In welche ideologischen Schwierigkeiten eine konsequente Durchführung der Drei-Welten-Theorie China bringen mußte, war voraussehbar. Daß man sie in Peking voraussah, ist kaum zu bezweifeln. Wenn man sie dennoch in Kauf nahm, so vor allem, weil die unmittelbaren Vorteile, die diese Strategie China gebracht hat und noch immer bringt, erheblich die Nachteile überwiegen. Es überraschte somit wenig, daß die neue chinesische Führung seit ihrer Machtübernahme keine Gelegenheit versäumte, nicht nur die ideologische Stringenz der Drei-Welten-Theorie zu verteidigen, sondern auch ihre Bedeutung für die chinesische Außenpolitik zu bekräftigen. Daß dies keineswegs nur ein Lippenbekenntnis war, läßt sich an den Beziehungen Chinas zu den drei „Welten“ belegen.

⁴⁾ S. dazu auch Marie-Luise Näth, Auswirkungen des chinesisch-sowjetischen Konflikts auf die Dritte Welt, in: *Monatsberichte* des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder, März 1976, S. 173.

II. China und die „Erste Welt“

Die chinesisch-sowjetischen Beziehungen

Seit Ausbruch des chinesisch-sowjetischen Konflikts bemühte sich Peking darum, den ‚sozial-imperialistischen‘ Charakter der sowjetischen Politik ‚wissenschaftlich‘ zu begründen und diesen ‚objektiven‘ Befund in den Vordergrund der Polemik zu stellen. Dennoch war immer evident, daß sich diese unversöhnliche Haltung auch auf die Erfahrungen gründete, die China seit Mitte der zwanziger Jahre mit Moskau gemacht hatte. Die Mehrzahl der chinesischen Führer trug die antisowjetische Haltung mit, hinter der ganz ohne Zweifel Mao Tse-tung stand. Darüber war sich auch die sowjetische Führung im klaren, die ihre Angriffe auf den chinesischen Parteivorsitzenden und seine engsten Gefolgsleute konzentrierte. Solange Mao an der Macht war — soviel war den Sowjets klar — würde er alles tun, um eine Aussöhnung mit ihnen zu verhindern; den letzten Zweifel an seiner Einstellung mußte die von Mao geförderte Annäherung an Washington beseitigt haben.

Wenn die sowjetische Führung auch nicht gleich an freundschaftliche Beziehungen mit dem chinesischen Nachbarn dachte, so war sie doch an einem Abbau der Konfrontation und an einer Normalisierung der Beziehungen interessiert; sie hatte dies wiederholt mit Angeboten zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages signalisiert. Es war somit zu erwarten, daß sie nach dem Tode Maos ihre Angebote wiederholen würde ⁵⁾.

Schon die Glückwunschartadresse, die Kossygin dem neuernannten chinesischen Premier sandte, insbesondere der in ihr geäußerte Wunsch nach guter Nachbarschaft, ließ erkennen, daß Moskau hier die Normalisierung der Beziehungen anstrebte. Diese Absicht wurde noch dadurch unterstrichen, daß Hua Kuo-feng von polemischen Angriffen verschont blieb und Mao allein für die schlechten Beziehungen verantwortlich gemacht wurde. Daß die sowjetische Führung an dieser Politik auch festhielt, als von Hua kein Zeichen einer Verständigungsbereitschaft kam, sondern Peking die antisowjetischen Kampagnen — unter Beteiligung Huas — fortsetzte,

⁵⁾ Eine sorgfältige Analyse der bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Peking findet sich bei Dieter Heinzig, Der sino-sowjetische Bilateralismus nach Moa Tse-tungs Tod, in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 25, H. 3, September 1978, S. 239—254.

ist nicht weiter verwunderlich, sondern zeugt eher von einer verständnisvollen Einschätzung der innenpolitischen Situation in China. Denn daß Hua, der offensichtlich ein Kompromißkandidat ohne nennenswerte eigene Hausmacht war, sich nicht für eine Annäherung an Moskau aussprechen konnte, lag auf der Hand. Dies um so mehr, als Mao noch immer eine wichtige Stütze der ‚Linken‘ bildete und diese nur auf eine günstige Gelegenheit warteten, um die Nachfolge Maos zu übernehmen. In diesem Fall hätte Hua Kuo-feng ihnen mit Annäherungsgesten gegenüber Moskau ein besonders griffiges Argument für eine „Säuberung“ geliefert.

Doch auch nach dem Tode Mao Tse-tungs und der Stabilisierung der Position Huas blieb das sowjetische Werben ohne Erfolg. Obwohl die sowjetische Führung sowohl mit ihrem an die Adresse der Kommunistischen Partei Chinas gerichteten Kondolenztelegramm zum Tode Maos wie auch mit dem Glückwunschtelegramm, das Breshnew Hua Kuo-feng zu seiner Ernennung zum Parteivorsitzenden erneut ihre Bereitschaft zu erkennen gab, die seit März 1966 ruhenden Beziehungen zwischen den beiden Parteien zu reaktivieren, blieb Peking unversöhnlich und setzte seine Angriffe auf Moskau fort.

In seinem Politischen Bericht auf dem 11. Parteitag der KPCh (12.—18. August 1977) erklärte Hua Kuo-feng zwar die Bereitschaft Chinas, mit der Sowjetunion auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz normale zwischenstaatliche Beziehungen zu unterhalten, sagte jedoch gleichzeitig eine lange Dauer der „prinzipiellen Auseinandersetzung mit der sowjetischen Führungselite“ voraus; er forderte dabei zur Bildung einer „breitestmöglichen Einheitsfront gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte“ auf ⁶⁾. Dieser Aufruf wurde sowohl in das ‚Allgemeine Programm‘ des neuen Parteistatuts aufgenommen wie auch in die Präambel der vom Nationalen Volkskongreß angenommenen neuen Verfassung ⁷⁾.

⁶⁾ Politischer Bericht auf dem 1. Parteitag der KPCh, in: *Peking Rundschau* 35/1977, S. 46—47.

⁷⁾ Schließen wir uns zusammen, um für den Aufbau eines modernen und starken sozialistischen Landes zu kämpfen. Bericht über die Tätigkeit der Regierung, erstattet am 26. Februar 1978 auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses, in: *Peking Rundschau* 10/1978, S. 14.

Angesichts der Unversöhnlichkeit Peking stellt sich die Frage nach ihren Ursachen — und vor allem nach ihrer Dauer. Denn wenn — und dafür spricht einiges — die Gegnerschaft zur Sowjetunion das „tragende“ Element der chinesischen Außenpolitik ist, so dürfte ein Abweichen von diesem zum Prinzip erhobenen Kurs auch für die anderen Bereiche der chinesischen Außenpolitik nicht ohne erhebliche Konsequenzen bleiben.

Bevor eine Prognose über die voraussichtliche Dauer des sino-sowjetischen Konflikts gewagt wird, soll zunächst die der chinesischen Haltung zugrunde liegenden Motive geprüft werden. Denn von ihnen dürfte ja wesentlich die Dauer des Konflikts bestimmt werden. Dabei lassen sich zwei Arten von Ursachen unterscheiden: solche, die eher taktischer Natur sind und mehr die intransigente Haltung der Pekinger neuen Führung bestimmen, sowie andere, substantiellere, die den Konflikt auslösten und ihm auch heute noch zugrunde liegen.

Mit der ersten Gruppe eng verknüpft ist der Umstand, daß die Aufrechterhaltung einer anti-sowjetischen Haltung der neuen chinesischen Führung als bequemes Mittel dient, die Kontinuität der chinesischen Politik zu unterstreichen. Denn obwohl sie inzwischen fest im Sattel sitzt, könnte eine Annäherung an Moskau zum Entstehen einer Vertrauenskrise zwischen Führung und Bevölkerung führen.

Auch die Tatsache, daß die neue Führung bislang mit erheblich wichtigeren innenpolitischen, insbesondere wirtschaftspolitischen Problemen und Programmen beschäftigt war, um einem solch schwerwiegenden außenpolitischen Schritt das erforderliche Maß an Aufmerksamkeit und Vorbereitung widmen zu können, spielt in diesem Zusammenhang eine Rolle. Ein solcher Schritt aber ist — so ein drittes Argument — auch gar nicht nötig, da die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion inzwischen erheblich abgeklungen ist. Dies bestätigt deutlich die Behandlung des Grenzzwischenfalls, der sich am 9. Mai 1978 bei Del'nerečansk am Ussuri ereignete⁸⁾; es erwies sich, daß keine Seite an einer Eskalation des Konflikts gelegen war.

Andererseits zeigt gerade dieser Zwischenfall und die anhaltende Präsenz größerer Trup-

penverbände beiderseits der Grenze — und damit sind nun die substantielleren Ursachen der chinesischen Unversöhnlichkeit angesprochen — daß sowohl Moskau wie auch Peking sich gegenseitig noch immer als Bedrohung empfinden. Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei läßt Peking die Möglichkeit eines sowjetischen Angriffs nicht außer acht. Überdies macht Moskau keine Anstalten, auf jene Forderungen einzugehen, von deren Erfüllung China zunächst die Wiederaufnahme von Grenzverhandlungen abhängig macht. Dazu gehört der Abschluß eines Abkommens über die Aufrechterhaltung des Status quo an der Grenze, über die Verhütung bewaffneter Auseinandersetzungen und den Abzug der Streitkräfte beider Seiten aus den umstrittenen Gebieten; außerdem fordert Peking den Abzug der sowjetischen Truppen aus der Mongolischen Volksrepublik und den umstrittenen Grenzgebieten. Solange die sowjetische Führung nicht auf diese Forderungen eingeht, bei denen sich Peking auf ein Abkommen bezieht, das im September 1969 nach den blutigen Grenzkonflikten in Peking zwar ausgehandelt, dann aber nicht ausgeführt worden war, ist es wenig wahrscheinlich, daß in den sino-sowjetischen Beziehungen eine Entspannung eintritt⁹⁾.

Selbst bei Erfüllung dieser Bedingungen ist es demnach keineswegs sicher, daß Peking derzeit überhaupt an einer Entspannung interessiert ist. Denn eine Neuauflage der Allianz der beiden kommunistischen Großmächte könnte zu einer massiven Störung der gerade erst angelaufenen Zusammenarbeit mit den westlichen Staaten führen.

Ohne das westliche Know how und die dazu erforderlichen Kredite sind Hua und Deng aber kaum in der Lage, ihre ehrgeizige Politik der „vier Modernisierungen“ zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Da diese Politik aber auch dem Ziel dient, das militärische Potential Chinas zu entwickeln, würde eine Trübung des westlichen Vertrauens nicht nur den Aufschwung Chinas zur industriellen Großmacht hemmen, sondern auch seine militärische Verwundbarkeit verlängern und sogar erneut die Gefahr einer anti-chinesischen Koalition der beiden „Supermächte“ heraufbeschwören. Einer solchen Perspektive gegenüber aber ist aus chinesischer Sicht der

⁸⁾ S. dazu im einzelnen Heintzig, a. a. O., S. 252 bis 253.

⁹⁾ Note des chinesischen Außenministeriums an die sowjetische Botschaft in Peking, in: *Peking Rundschau* 13/1978, S. 20—21.

Streit mit Moskau ohne Zweifel das kleinere Übel, zumal dann, wenn dieser Streit auf einem Niveau gehalten werden kann, das weder die Gefahr einer militärischen Verwicklung noch das Vertrauen des Westens in die Dauer des Konflikts mit größeren Zweifeln belastet.

Die chinesisch-amerikanischen Beziehungen

Obwohl die chinesische Führung sich hütete, eine Aussöhnung mit Moskau öffentlich auch nur in Erwägung zu ziehen, bildete jedoch die Möglichkeit einer solchen Entwicklung einen starken Trumpf im diplomatischen Poker mit Washington. Die Argumente, die aus amerikanischer Sicht gegen eine Normalisierung der Beziehungen sprachen, waren insbesondere auf die auch von der neuen chinesischen Regierung erhobenen Forderungen zurückzuführen, die schon Mao Tse-tung und Chou En-lai erhoben hatten: Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan, Abzug aller amerikanischen Streitkräfte von der Insel und aus der Straße von Taiwan sowie Annullierung des Verteidigungspaktes, in dem sich Washington 1954 verpflichtet hatte, im Falle eines Angriffs auf die Republik Hilfe zu leisten¹⁰⁾.

Mochten auch Nixon und Ford — wie von chinesischer Seite nachträglich behauptet wurde —, die Annahme dieser Bedingungen insgeheim in Aussicht gestellt haben, so befreite der erzwungene Rücktritt den einen und die Wahlniederlage den anderen von einer verbindlichen Fixierung. Auch die Carter-Administration war bei aller prinzipiellen Bereitschaft zur Normalisierung lange Zeit nicht in der Lage, den Forderungen Pekings nachzugeben; sie hätte außenpolitisch ihr Gesicht verloren und innenpolitisch wäre sie unter den Beschuß der Freunde Taiwans geraten. Nicht nur großen Teilen der amerikanischen Bevölkerung, sondern auch einer beträchtlichen Anzahl von Kongreßmitgliedern war der Preis, den Peking für die Normalisierung forderte, zu hoch — zumal die chinesischen Kommunisten nicht bereit waren, Abstriche von ihren Forderungen zu machen. Im Sommer 1978 führte Carter noch einmal die essentials auf, auf deren Berücksichtigung seine Regierung bestand: die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen zu Taiwan einschließlich

¹⁰⁾ Bericht über die Tätigkeit der Regierung, a. a. O., S. 44.

der Waffenlieferungen; die Umwandlung der amerikanischen Botschaft in Taipeh in eine Handelsmission und der Verzicht Pekings auf eine gewaltsame Wiedervereinigung¹¹⁾.

Obwohl der chinesischen Führung klar sein mußte, daß ein Gewaltverzicht die Verhandlungen schnell über den toten Punkt hinwegbringen würde, beharrte sie auf ihrem Standpunkt, hier handele es sich um eine innere Angelegenheit Chinas. Während weder Brzezinski noch Schlesinger, die Peking im Frühjahr und Herbst 1978 besuchten, Zugeständnisse erreichten, begann die chinesische Führung von sich aus plötzlich ihre Verhandlungsbereitschaft zu signalisieren. Nach einem Gespräch, zu dem Deng Xiaoping den Leiter des amerikanischen Verbindungsbüros in Peking, Leonard Woodcock, im Dezember empfing, kam es zu ebenso intensiven wie kurzen Verhandlungen. Am 15. Dezember gaben Präsident Carter und Premier Hua Kuo-feng in gleichlautenden Kommuniqués dann den Entschluß ihrer Regierungen bekannt, „sich gegenseitig anzuerkennen und mit Wirkung vom 1. Januar 1979 diplomatische Beziehungen aufzunehmen“¹²⁾.

Welches waren nun die Ursachen, die diesen so unerwartet raschen Durchbruch bewirkten — und vor allem: auf welcher Grundlage konnte eine Einigung erzielt werden?

Prüft man das Gemeinsame Kommuniqué und die verschiedenen Erklärungen beider Seiten, so scheint Peking als der eigentliche Sieger aus diesen Verhandlungen herausgekommen zu sein: die USA erkannten die Regierung der VR China als einzige rechtmäßige Regierung von China an und anerkannten auch den Standpunkt Chinas, daß es nur ein China gebe und Taiwan einen Teil Chinas sei; sie sagten den Abzug ihres in Taiwan noch verbliebenen militärischen Personals im Laufe von vier Monaten zu und kündigten den Verteidigungsvertrag mit der nationalchinesischen Regierung. Zudem — und das war wohl der bedeutsamste Punkt — verzichtete die chinesische Regierung mit keinem Wort auf eine gewaltsame „Befreiung“ Taiwans, sondern bekräftigte in einer Erklärung, daß die Art und Weise „in der Taiwan in den Schoß des Vaterlandes zurückkehren und das Land

¹¹⁾ *China aktuell*, Juli 1978, S. 399—400.

¹²⁾ Alle wichtigen Dokumente und Erklärungen beider Seiten finden sich in *Wireless Bulletin from Washington*, N. 238, Dec. 18, 1978 sowie in: *Peking Rundschau* 51/1978.

wiedervereinigt wird" eine innere Angelegenheit Chinas sei. Lediglich der Umstand, daß auf das Wort „Befreiung“ verzichtet wurde, deutete ein Entgegenkommen der chinesischen Seite an.

Eine genauere Analyse der Dokumente und erläuternden Interviews beider Seiten korrigiert diesen Eindruck allerdings etwas und zeigt, daß der Verhandlungserfolg Pekings keineswegs so umfassend war, wie er auf den ersten Blick erscheint. So räumt das Gemeinsame Kommuniqué der „Bevölkerung der USA“ die Möglichkeit ein, „mit der Bevölkerung auf Taiwan kulturelle, kommerzielle und andere inoffizielle Beziehungen aufrechtzuerhalten“. Allerdings war dieser Punkt nie wirklich kontrovers, da eine Fortsetzung der für die USA wichtigen Handelskontakte auch im längerfristigen Interesse Pekings liegt. Das trifft allerdings auch für einen anderen Bereich zu — obwohl hier der Dissens offen angesprochen wurde: er betrifft die Lieferung von Verteidigungswaffen an Taiwan durch die USA auch nach der Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen. Zwar erklärte Hua Kuo-feng, diese Absicht der Vereinigten Staaten stehe nicht im Einklang mit den Prinzipien der Normalisierung und solche Lieferungen seien sowohl einer friedlichen Lösung der Taiwan-Frage wie auch dem Frieden im asiatisch-pazifischen Raum insgesamt abträglich; ein Beharren auf der Beendigung der amerikanischen Lieferungen hätte jedoch zwei viel unangenehmere Konsequenzen provozieren können: die außenpolitische Anlehnung Taipehs an Moskau und/oder eine atomare Aufrüstung der Insel. Verglichen mit diesen Folgen ist die Fortsetzung der amerikanischen Waffenlieferungen das für Peking bei weitem kleinere Übel — zumal dann, wenn die Führung gar nicht an eine gewaltsame „Befreiung“ denkt.

Obwohl also alle Anzeichen dafür zu sprechen scheinen, daß China keine solchen ‚Befreiungspläne‘ hegt, da diese die gesamte Annäherung Chinas an den Westen gefährden würde und der mögliche Gewinn in keinem Verhältnis zum Verlust stände, wurde Carter nicht nur in den USA der Vorwurf gemacht, die Grenzen der Kompromißmöglichkeiten erheblich überschritten zu haben.

Flexibilität zeigte die chinesische Führung auch hinsichtlich des Verteidigungsvertrags zwischen den USA und Taiwan. Zwar setzte sie, wie nicht anders zu erwarten war, seine

Kündigung durch; sie akzeptierte jedoch, daß die vertraglichen Bestimmungen eine einjährige Kündigungsfrist vorsehen. Die dadurch entstandene paradoxe Situation, daß Washington noch für ein Jahr an ein Verteidigungsabkommen mit einer Regierung gebunden ist, die es gar nicht mehr als rechtmäßig anerkennt, und Peking ein solches Abkommen akzeptiert, obwohl es die eigene Souveränität belastet, erklärt sich wohl letztlich nur aus den innen- und außenpolitischen Rücksichten, die Carter zu nehmen hatte. Indem die chinesische Führung diesen Rücksichten Rechnung trug, bekundete sie, neben ihrem eigenen Interesse an der Normalisierung, auch ihr Interesse daran, die Reputation der Vereinigten Staaten als Bündnispartner nicht allzu sehr zu strapazieren. Daß Peking grundsätzlich an einer Normalisierung seiner Beziehungen zu Washington interessiert war, ist evident; aber der bedeutsamste Grund für die Aufnahme der Beziehungen war aus chinesischer Sicht der wachsende internationale Einfluß der Sowjetunion, insbesondere in Südostasien sowie die bedrohliche Situation, die im Mittleren Osten entstanden war. Im Hinblick auf die Lage in Indochina lassen vor allem der im November 1978 geschlossene Freundschaftsvertrag zwischen Hanoi und Moskau und die wachsende Verschlechterung der chinesisch-vietnamesischen Beziehungen infolge der Vertreibung der Hoa aus Vietnam und der vietnamesischen Offensive gegen Kambodscha eine Rückendeckung durch Washington ange raten scheinen. Sie sichert China bei einer Ausweitung der Grenzkonflikte vor sowjetischen Repressionen und trägt darüber hinaus auch zur Beruhigung der ASEAN-Staaten bei. Im Mittleren Osten ist die Lage potentiell noch gefährlicher. Denn hier sind weder die Vereinigten Staaten noch China selbst in der Lage, der über Afghanistan sich vorschiebenden Sowjetunion wirkungsvollen Widerstand entgegenzusetzen; jene beiden Staaten, denen diese Aufgaben zugeordnet waren — die Türkei und vor allem der Iran — befinden sich innenpolitisch in einem desolaten Zustand.

Sieht man jedoch einmal von diesen außenpolitischen Motiven ab, so spricht einiges für die Behauptung, daß es insbesondere die amerikanische Regierung war, die auf eine rasche Normalisierung drängte und die chinesische Führung lediglich das amerikanische Interesse zugunsten einer optimalen Durchsetzung der eigenen Forderungen ausgenutzt hat. An einer schnellen Einigung mit China war Präsident Carter aber zumindest aus zwei

Gründen interessiert: einmal um die Rückschläge der amerikanischen Vermittlungspolitik zwischen Ägypten und Israel zu überdecken; zum anderen aber, um die noch unentschiedene Situation im Nahen Osten für eine Verständigung mit Peking auszunutzen. Denn sollte er gezwungen sein, eine Einigung im Nahen Osten auf Kosten Israels zu erkaufen, so wäre er innenpolitisch kaum noch imstande, im Kongreß auch noch eine Normalisierung der Beziehungen zu China durchzusetzen, da diese in jedem Fall zu Lasten Taiwans gehen würde. Bei einer allzu langen Verzögerung des China-Problems bestand aber die Gefahr, es nicht mehr rechtzeitig vor den Präsidentschaftswahlen lösen zu können und sich so einen wichtigen außenpolitischen Erfolg entgehen zu lassen.

Hinzu mag noch Druck von seiten der amerikanischen Wirtschaft gekommen sein, die bei

einer weiteren Verzögerung der Verhandlungen mit China befürchten mußte, von ihren Konkurrenten in Japan und Westeuropa aus dem China-Geschäft gedrängt zu werden. Gerade diesen Eindruck hatte aber die chinesische Führung dadurch gefördert, daß sie zwar ihr großes Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit bekundete, diese selbst aber weitgehend von einer Normalisierung der Beziehungen abhängig machte.

Es ist derzeit noch zu früh, mehr über die Ursachen zu sagen, die der plötzlichen Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen zugrunde lagen. Sicher ist jedoch, daß es der neuen chinesischen Führung gelungen ist, die Annäherung an Washington, die von Mao und Tschou En-lai eingeleitet worden war, unter geschickter Ausnutzung aller Faktoren zu einem für sie überaus günstigen Abschluß zu bringen.

III. China und die „Zweite Welt“

Die chinesisch-westeuropäischen Beziehungen

Nach dem Tod Maos haben Chinas Beziehungen zu den beiden Kerngebieten der „Zweiten Welt“ in den letzten beiden Jahren einen rasanten Verlauf genommen: mit der Europäischen Gemeinschaft kam es im April 1978 zum Abschluß eines nichtpräferentiellen Handelsabkommens und mit Japan im August 1978 zur Unterzeichnung eines Friedens- und Freundschaftsvertrages.

Obwohl das Handelsabkommen mit der EG auf den ersten Blick von geringerer Bedeutung zu sein scheint als der die ganze politische Palette abdeckende Vertrag mit Japan, der zudem noch durch mehrere kleine Abkommen ergänzt wird, trägt dieser Eindruck. Ohne Zweifel beinhaltet der Vertrag mit der EG gleichzeitig auch ein demonstratives Bekenntnis Pekings zur westeuropäischen Einigung. Allerdings wurzelt dieses Bekenntnis weniger in einer traditionellen Freundschaft zum „Abendland“ als in recht handfesten globalstrategischen Überlegungen¹³⁾. Denn nach chinesischer Einschätzung befindet sich in Europa der „strategische Schwerpunkt“ des Machtkampfes der beiden Supermächte. „Aus der Proklamation eines Europa-Jahres und der Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz“ so folgerte Tschou En-lai auf dem 10. Parteitag im August 1973 „ist ersicht-

lich, daß der strategische Schwerpunkt ihres Ringens in Europa liegt... Gegenwärtig ist der Sowjetrevisionismus dabei, ein Scheinmanöver im Osten zu vollführen, den Angriff aber im Westen zu unternehmen, er intensiviert das Ringen in Europa und forciert seine Expansion in Richtung auf das Mittelmeer und den Indischen Ozean und alle Gebiete, nach denen er seine Hände ausstrecken kann.“¹⁴⁾ An dieser strategischen Einschätzung hat sich, wie auch die Rede des chinesischen Außenministers auf der UNO-Vollversammlung im Herbst des vergangenen Jahres zeigte, nichts geändert¹⁵⁾.

Man kann über diese Einschätzung streiten. Sicher ist, daß jener strategische Schwerpunkt — sofern es ihn überhaupt gibt — eher in Europa oder Afrika als in China liegt. Wo immer er aber auch geortet werden mag, nicht von der Hand zu weisen ist jene Überlegung, die Peking zur Stützung der eigenen

¹³⁾ Zur chinesischen Europa-Politik s. im einzelnen Peter J. Opitz, Westeuropa in der Globalstrategie Pekings, in: *Zeitschrift für Politik*, September 1978, S. 223—238.

¹⁴⁾ Politischer Bericht auf dem X. Parteitag der KP Chinas, in: *Peking Rundschau* 35/36/1973, S. 23.

¹⁵⁾ Die internationale Lage und die Außenpolitik Chinas. Rede des chinesischen Außenministers und Delegationsleiters Huang Hua auf der UNO-Vollversammlung, am 28. September 1978, in: *Peking Rundschau* 41/1978, S. 11.

Argumentation anführt: „Will die Sowjetunion die Weltherrschaft erlangen, muß sie sich vor allem Europa unterwerfen. Weltweit gesehen sind in Europa das Kapital, die Industrie, Landwirtschaft und die Wissenschaft und Technik der heutigen Welt verhältnismäßig konzentriert und entwickelt. Wer Europa im Griff hat, der kann dessen menschliche, materielle und finanzielle Ressourcen für einen Weltkrieg nutzen.“¹⁶⁾

Ob man diese Einschätzung Pekings teilt oder sie für ein Argument aus dem Arsenal der psychologischen Kriegsführung hält — von Bedeutung ist weniger der Wahrheitsgehalt als die Folgerungen, die die chinesische Führung aus ihrer Analyse zieht: die Notwendigkeit eines Europa, das sich der sowjetischen Bedrohung bewußt ist und sich wirkungsvoll gegen einen sowjetischen Angriff verteidigen kann. Da effizienter Widerstand aber nur von einem geeinten Westeuropa geleistet werden könnte, gehört die westeuropäische Einigung zu den wichtigsten Interessenbereichen der chinesischen Außenpolitik.

Dies Interesse beschränkt sich freilich nicht darauf, daß Westeuropa unabhängig und als militärisch starke Macht an der sowjetischen Westflanke erhalten bleibt. Angesichts der waffentechnischen Unterentwicklung der Volksrepublik und der anhaltenden Weigerung Washington, China mit Waffen zu beliefern, betrachtet die chinesische Führung Westeuropa auch als wichtigen Waffenlieferanten. Obwohl etliche Staaten Westeuropas starkes Interesse zeigen, mit China auf diesem Gebiet ins Geschäft zu kommen und auch die Vereinigten Staaten frühere Bedenken fallen gelassen haben, so daß sie heute darauf verzichten, solche Lieferungen durch ein Veto in den betreffenden Gremien der NATO zu blockieren, haben massive sowjetische Proteste bislang größere Abschlüsse verhindert. Wie ernst Moskau die Gefahren sieht, die sich aus seiner Sicht aus einer engeren militärischen Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und China für die Sowjetunion ergeben würden, geht daraus hervor, daß sich Breschnew persönlich an westeuropäische Regierungschefs wandte¹⁷⁾. Ob er auf diese Weise den Verkauf z. B. der umstrittenen britischen Harrier-Senkrechtstarter und anderer Waffensysteme an China wird verhindern können, bleibt ab-

zuwarten. Sicher ist, daß die westeuropäischen Regierungen noch sorgfältiger das Risiko abwägen werden, das Waffengeschäfte mit Peking für die Entspannung in Europa darstellen.

Allerdings ist die Modernisierung der Landesverteidigung nur eine jener „vier Modernisierungen“, die seit dem Tode Maos besonders vorangetrieben werden. Auch wenn die Westeuropäer hier vorsichtiger agieren müssen als es der Volksrepublik lieb sein kann, sind sie im Hinblick auf die anderen drei Bereiche (Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft/Technik) um so offener, mit Peking ins Geschäft zu kommen. Wenn dieses Geschäft nicht zum „Großen Geschäft“ gedeihen wird, so dürfte das weniger an der Begrenztheit chinesischer Bedürfnisse liegen als vielmehr an Pekings Devisenmangel. Doch zeichnet sich hier bereits ein Umdenken ab, dessen Ausmaß und Auswirkungen zur Zeit noch gar nicht zu überblicken sind. Die neue Führung scheint zumindest auf dem Gebiet der Kreditaufnahme beim Ausland mit dem maoistischen Prinzip großzügiger umgehen zu wollen, demzufolge sich China von allen außenpolitischen Abhängigkeiten freihalten und „aus eigener Kraft“ entwickeln soll¹⁸⁾. So bestätigte im Dezember des vergangenen Jahres der chinesische Außenhandelsminister auf einer Pressekonferenz in Hongkong, daß China die internationalen Handelsgewohnheiten respektiere und bei günstigen Konditionen die Aufnahme sowohl von Staats- wie privater Anleihen prüfen würde¹⁹⁾. In dieser Richtung liegende Entscheidungen dürften den 1978 mit westeuropäischen Firmen geschlossenen Lieferverträgen für Industrieausrüstungen förderlich sein.

Den vertraglichen Rahmen für diese Handelsabschlüsse lieferte der im April 1978 in Brüssel unterzeichnete Handelsvertrag mit der Europäischen Gemeinschaft²⁰⁾, dessen Abschluß sich nach dem Auslaufen der bilateralen Handelsabkommen und der Überführung der Handelspolitik der EG-Mitglieder in die alleinige Zuständigkeit der Gemeinschaft anbot. Es handelt sich dabei um ein nicht-

¹⁶⁾ *Jen-min jih-pao* (Volkszeitung), 21. Februar 1978.

¹⁷⁾ *Süddeutsche Zeitung*, 14. November 1978.

¹⁸⁾ Udo Weiss, Von der Stärke des Auslands lernen. Die Prinzipien der gegenwärtigen chinesischen Außenwirtschaftspolitik, in: *China Report*, Wien, No. 35—36/1977, S.12—16.

¹⁹⁾ Auszüge des Interviews finden sich in: *Peking Rundschau* 52/1978.

²⁰⁾ Der Wortlaut des Abkommens findet sich in: *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* L 123/2 vom 11. Mai 1978.

präferentielles Handelsabkommen mit einer Laufzeit von fünf Jahren. Sein erklärtes Ziel ist die Förderung und Verstärkung des wechselseitigen Handelsverkehrs (Art. 1).

Zu diesem Zweck räumen sich beide Seiten die Meistbegünstigung ein. Während Peking eine wohlwollende Berücksichtigung der EG-Einfuhren zusagt, verspricht die EG „eine immer weitergehende Liberalisierung der Einfuhren“ aus China (Art. 4).

Obwohl das bisherige Volumen des Handels mit China — gemessen an dem Anteil der EG-Staaten am Welthandel — recht gering ist und der chinesische Markt im Westen erheblich überschätzt wird, eröffnen sich, sofern die Kreditbremsen nicht wieder angezogen werden, zumindest für einige westeuropäische Branchen interessante Perspektiven. Dabei kann jedoch nicht übersehen werden, daß sich der Volksrepublik auch Japan als ein Handelspartner anbietet, der infolge kürzerer Transportwege und günstiger Produktionskosten eine für China interessante Ergänzung und Alternative zum Handel mit Westeuropa und den USA darstellt.

Die japanisch-chinesischen Beziehungen

Wie Westeuropa ist auch Japan nicht nur als Handelspartner für die Volksrepublik interessant, sondern ebenso als potentieller Verbündeter im Rahmen ihrer anti-sowjetischen Politik. Nichts zeigte dies deutlicher als die Hartnäckigkeit, mit der Peking auf der Aufnahme einer Anti-Hegemonie-Klausel in dem im August 1978 unterzeichneten Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Japan insistierte. Der Unnachgiebigkeit, die die chinesische Führung in dieser Frage an den Tag legte, entsprach durchaus ihre Flexibilität, mit der sie in den Jahren zuvor auf die Wünsche und Interessen Japans eingegangen war²¹⁾. So hatte Tschou En-lai weder Einwände gegen die Beibehaltung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages erhoben, noch auf dem Abbruch der Handelsbeziehungen Japans zu Taiwan bestanden. Und auch die schon während des Tanaka-Besuches im Herbst 1972 vereinbarten Abkommen in den Bereichen Handel, Luftverkehr, Schifffahrt und Fischerei

²¹⁾ S. dazu im einzelnen Joachim Glaubitz, Japan im Spannungsfeld zwischen China und der Sowjetunion. Japanisch-chinesische Normalisierungsschritte und sowjetische Reaktionen. (SWP — S. 253), Ebenhausen Nov. 1976.

waren zur Zufriedenheit Japans abgeschlossen worden. Daß die chinesische Führung dies Entgegenkommen nicht nur wegen der angestrebten Isolierung Taiwans zeigte, sondern damit gleichzeitig eine Störung der Einkreisungspolitik Moskaus bewirken wollte, liegt auf der Hand.

Die sowjetische Führung hatte das Zustandekommen des Vertrags zwischen Peking und Tokio ihrerseits dadurch gefördert, daß sie sich gegenüber der japanischen Forderung nach Rückgabe der vier seit 1945 besetzten Kurilen-Inseln unnachgiebig gezeigt und so bisher jeder japanischen Regierung den Abschluß des von Moskau gewünschten japanisch-sowjetischen Friedensvertrags unmöglich gemacht hatte. Auch die einseitige Errichtung einer 200-Meilen-Fischerei-Ausschlußzone im Frühjahr 1977, die jene vier Inseln miteinschloß und die japanische Fischereiwirtschaft vor ernste Probleme stellte, trug nicht dazu bei, eine sowjetisch-japanische Annäherung fördern.

Dabei wollte sich die neue japanische Regierung unter Takeo Miki China zuliebe durchaus nicht in eine anti-sowjetische Politik drängen lassen. So hatte sich Japan gewei-gert, die in der Gemeinsamen Erklärung vom September 1972 enthaltene Ablehnung jedes Hegemoniestrebens im asiatisch-pazifischen Raum auch in den Friedens- und Freundschaftsvertrag aufzunehmen. Hatte Premier Tanaka noch im Rausch der China-Euphorie die politische Tragweite dieser Klausel übersehen oder ihr keine besondere Bedeutung zugemessen, so erkannte die neue Regierung die anti-sowjetische Akzentuierung dieser Klausel ebenso deutlich wie die sich daraus für die japanische Politik ergebenden Gefahren.

Abgesehen von ihren sicherheitspolitischen Konsequenzen war evident, daß Japan durch eine Parteinahme zugunsten Moskaus oder Pekings die Chance aufs Spiel setzte, Handelspartner von zwei Mächten und Märkten zu sein, die der auf Export angewiesenen japanischen Wirtschaft überaus verlockende Perspektiven boten.

Zweifellos hätte ein Entgegenkommen Moskaus in der Frage der umstrittenen „nördlichen Territorien“ Tokio in eine prekäre Lage gebracht. Denn in diesem Fall wäre es den japanischen Diplomaten kaum möglich gewesen, der chinesischen Forderung nach Aufnahme der Anti-Hegemonie-Klausel nachzu-

geben. Insofern erleichterte die strikte Weigerung Moskaus, über diese Frage auch nur zu verhandeln, die japanische Politik; andererseits blockierte die sowjetische Unnachgiebigkeit aber wiederum den japanischen Verhandlungsspielraum, denn da die japanische Regierung ohne befriedigende Lösung des Insel-Problems das sowjetische Angebot zum Abschluß eines Friedensvertrags ebenso abschlagen mußte wie den von Breschnew vorgeschlagenen „Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit“, so konnte sie auch nicht, ohne den Verdacht einer anti-sowjetischen Kurskorrektur zu provozieren, eine de facto gegen Moskau gerichtete Anti-Hegemonie-Klausel akzeptieren, auf der aber wiederum Peking bestand.

Wenn also die japanische Regierung dem chinesischen Drängen nachgab, so war dies mit großer Wahrscheinlichkeit Resultat der sowjetischen Halsstarrigkeit, die Japan keine Hoffnung auf ein Einlenken ließ, wie auch der eigenen Ungeschicklichkeit auf innenpolitischer Ebene hinsichtlich der Handhabung der Vertragsprobleme und des diplomatischen Geschicks der Nachfolger Maos. Vielleicht gab schließlich die Angst, im Rennen um den chinesischen Markt, der sich nach dem Sturz der „Viererbande“ unerwartet schnell zu öffnen begann, hinter den westeuropäischen Rivalen zurückzufallen sowie die Befürchtung, durch eine Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen ein zweites Mal den rechten Zeitpunkt zu verpassen, den letzten Anstoß zur Unterzeichnung.

Außenpolitisch stellte der Vertrag nicht nur eine Niederlage der sowjetischen Außenpolitik dar und zeigte die Grenzen der japanischen Diplomatie auf — er zeigt auch deutlich, welche starke Position China inzwischen in der Region einnimmt²²⁾. So hat die chinesische Seite nicht nur die kontroverse Hegemonie-Klausel — von einer Nuancierung, die ihre Anwendbarkeit ausschließlich auf den asiatisch-pazifischen Raum begrenzt, abgesehen — in den Vertragstext einbringen können, sondern sich zudem durch die zeitliche Limitierung der Laufdauer des Vertrags auf zehn Jahre die Möglichkeit geschaffen, ihn bei mangelndem Wohlverhal-

ten Japans „zu jeder Zeit danach“ kündigen zu können. Gründe dafür dürften sich bei etwas „bösen“ Willen ohne große Schwierigkeit finden lassen — sogar mit Hilfe des Vertrags selbst. Denn da der Begriff „Hegemonie“ im Völkerrecht nicht exakt fixiert ist und Peking zweifellos auch wirtschaftliche Expansion unter ihn subsummiert, dürfte das wirtschaftliche Engagement Japans in Asien genügend Anlässe für eine solche Interpretation bieten. Einen anderen Anlaß könnte die im Vertrag ausgeklammerte Frage nach der Zugehörigkeit der von Japan und China beanspruchten Sengaku-Inseln liefern. Auch dies spricht für die Flexibilität und das taktische Geschick der chinesischen Außenpolitik; daß Japan, im Gegensatz zu den Territorial-Auseinandersetzungen mit Moskau, im Falle Chinas nicht auf einer Lösung insistierte, spricht andererseits eher für die Verunsicherung Tokios. Soviel jedenfalls ist sicher: In zehn Jahren dürfte die japanische Verhandlungsposition kaum stärker geworden sein.

Die Unterschiedlichkeit der politischen Absichten beider Vertragspartner geht auch daraus hervor, daß die japanische Regierung nach der Unterzeichnung alles unternahm, um dem Vertrag durch nachträgliche Interpretationen die anti-sowjetische Spitze zu nehmen. Peking hingegen war bemüht, durch Besuchskontakte und Intensivierung der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit den Eindruck herzlichen Einvernehmens und enger Zusammenarbeit zu erwecken. Bereits einen Monat nach dem Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrags verabredeten Vizepremier Li Hsien-nien und der japanische Industrieminister Komoto eine zeitliche Verlängerung des im Frühjahr 1978 geschlossenen und auf acht Jahre befristeten Handelsvertrags sowie eine Erhöhung des auf 20 Mrd. US-Dollar festgesetzten Gesamtvolumens um mehr als das Dreifache.

So drohend die sowjetische Haltung vor der Unterzeichnung des Vertrages auch gewesen sein mag, sie ließ es bei einer offiziellen Bekundung ihres Mißfallens in Tokio bewenden; zwar wurde bekannt, daß sie auf den Kurilen-Inseln Etorofu und Kunashiri — letztere unmittelbar vor der nordjapanischen Hauptinsel Hokkaido gelegen — Militärbasen für Bodentruppen einrichtete, doch dabei blieb es im wesentlichen. Diese relativ schwache Reaktion wird zwar auch aus Rücksicht auf die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erfolgt sein, sie spiegelt aber wohl doch die Einsicht der so-

²²⁾ Eine deutsche Übersetzung des Vertragstextes findet sich in: *Europa-Archiv*, Folge 20/1978; s. dazu auch die Analyse von Joachim Glaubitz, Der chinesisch-japanische Friedens- und Freundschaftsvertrag, in: *Europa-Archiv*, Folge 10/1978, S. 649—658.

wjetischen Führung wieder, Japan nicht durch allzu harte Maßnahmen noch weiter den Chinesen in die Arme zu treiben. Alles in allem hat Peking auch in dieser Region der „Zweiten Welt“ beachtliche Erfolge gegenüber Moskau errungen; da als Folge der sowjetischen Indochina-Politik ein weiterer Bereich entstanden ist, in dem sich die Interessen Japans und der Sowjetunion unvereinbar

gegenüberstehen, ist die Wahrscheinlichkeit einer noch engeren chinesisch-japanischen Zusammenarbeit in Zukunft groß. Zwar wird sich die Regierung in Tokio ebenso wenig wie die Regierungen Westeuropas von Peking in eine anti-sowjetische Richtung drängen lassen, doch wird sie wie diese bis an die Grenzen des politisch Möglichen in der Zusammenarbeit mit China gehen.

IV. China und die „Dritte Welt“

Hält man sich an die Buchstaben der „Drei-Welten“-Theorie, so stellen die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas derzeit die weltrevolutionäre „Hauptkraft“ dar. Ein Blick auf die Praxis der chinesischen Außenpolitik zeigt jedoch, daß sie dieser theoretischen Einschätzung nur bedingt Rechnung trägt und sich erheblich intensiver um die Länder der Zweiten Welt bemüht. Zwar verstärkt sich die chinesische Präsenz auch in jenen Gebieten der Dritten Welt, in denen Peking bislang nur unzureichend vertreten war, und auch das Netz der handels- und entwicklungspolitischen Kontakte wird immer dichter. Doch hat die chinesische Führung weder etwas unternommen, um aus jenen Ländern eine eigenständige internationale Kraft zu formen, noch hat sie Anstalten gemacht, sich selbst an die Spitze der Dritten Welt zu stellen. Dieser Zurückhaltung mag die Einsicht zugrunde liegen, daß derzeit die Chancen gering sind, in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zuverlässige Reservisten für die Weltrevolution zu rekrutieren — insbesondere angesichts der begrenzten Mittel Chinas und der wirtschaftlichen und militärischen Stärke Washingtons und Moskaus. Statt eine eigenständige offensive Strategie zu verfolgen, konzentriert sich die chinesische Führung deshalb darauf, erst einmal eigene politische Positionen aufzubauen und die strategischen Kreise ihres Hauptfeindes, der Sowjetunion, zu stören. Betrachtet man die chinesischen Aktivitäten aus der Perspektive dieser anti-sowjetischen Zielsetzung, so verliert das Engagement Pekings in der Dritten Welt die Planlosigkeit und Zufälligkeit, die es auf den ersten Blick hin besitzt und nimmt über partikuläre Zielsetzungen hinaus erkennbare strategische Konturen an.

Obwohl die Außenpolitik Moskaus nach chinesischer Auffassung primär dadurch charak-

terisierbar ist, alle sich bietende Gelegenheiten zur weiteren Expansion des sowjetischen Einflusses auszunutzen, vollzieht sich diese Politik keineswegs planlos, sondern folgt einer durchdachten „Globalstrategie“. Da die chinesischen Aktivitäten insbesondere in der Dritten Welt weitgehend darauf ausgerichtet sind, diese Globalstrategie zu durchkreuzen, erscheint es sinnvoll, sie kurz zu skizzieren, wie sie sich der Führung in Peking darstellt²³⁾.

Nach chinesischer Auffassung besteht das Hauptziel der sowjetischen Außenpolitik darin, die Vereinigten Staaten zu schwächen und ihren Einfluß in der Welt zu untergraben. Dabei befinden sich die wichtigsten Aktionsräume und Aufmarschgebiete Moskaus in den Ländern der Dritten Welt, wo sich die günstigsten Möglichkeiten bieten, die weltpolitische Position Amerikas zu untergraben. Erkennbar sind nach chinesischer Ansicht insbesondere zwei Aktionsräume, auf die sich Moskau konzentriert. Einer davon ist Afrika, der Mittlere Osten, das Rote Meer und das Gebiet des Persischen Golfs. Hier sucht Moskau durch Anstiftung regionaler Kriege „ein Netz militärischer Stützpunkte“ aufzubauen, von denen aus sie den wichtigsten Verbündeten der Vereinigten Staaten und das „Herzland des Kapitalismus“, Westeuropa, „von der Flanke her in die Zange nehmen“ und die USA isolieren kann; in diesem Gebiet, insbesondere in Afrika, sind Rivalität und Ringen der Großmächte derzeit „am heftigsten“. Der andere Aktionsraum ist Asien, das durch die

²³⁾ Zu den Einzelheiten und der Entwicklung der chinesischen Interpretation der sowjetischen „Globalstrategie“ s. den Artikel über die Weltgefahr des sowjetischen Sozialimperialismus in: *Hung-ch'i* (Rote Fahne), Nr. 7/1977 und *Hung-ch'i*, Nr. 4/1978 sowie den Leitartikel der *Jen-min jih-pao* vom 19. September 1978.

Errichtung eines „asiatischen Sicherheitssystems“ unter sowjetische Kontrolle gebracht werden soll. Hier sieht Peking in jüngster Zeit vor allem Südostasien einer verstärkten sowjetischen Expansion ausgesetzt, wobei die „Söldnerrolle“, die in Afrika von Kuba übernommen wurde, auf Vietnam übergegangen ist. Ebenso wie die sowjetischen Aktionen am Horn von Afrika und in Angola — neben der Inbesitznahme strategisch wichtiger Rohstoffe und der Schaffung neuer Brückenköpfe für weitere Unternehmungen — das Ziel haben, die für Westeuropa lebenswichtigen Versorgungslinien vom Indischen Ozean durch das Rote Meer und um das Kap der Guten Hoffnung unter eigene Kontrolle zu bringen, so sollen Marinestützpunkte in Vietnam „unmittelbar die Seewege der USA und Japans und auch direkt die Sicherheit der Länder Südostasiens und des pazifischen Raums“ bedrohen. — Als wichtigste Gegenmaßnahmen empfiehlt Peking eine erhöhte Wachsamkeit und Steigerung der Verteidigungsbereitschaft in der Zweiten und Dritten Welt, ferner die Störung des globalstrategischen Aufmarschplans Moskaus und aktive Hilfe an die von Kuba und Vietnam bedrohten Länder sowie die Entlarvung der sowjetischen Beschwichtigungspolitik.

Wenden wir uns nach diesen allgemeinen Feststellungen nun etwas genauer dem chinesischen Engagement in diesen beiden Krisengebieten zu und beginnen mit der Außenpolitik Pekings im Mittleren Osten und in Afrika.

Die chinesische Politik in Afrika und im Mittleren Osten

In Afrika wie im Mittleren Osten baut die heutige chinesische Führung auf den Grundlagen auf, die schon von Tschou En-lai gelegt worden sind. Dabei entwickelte sich insbesondere Afrika, wie George T. Yu zutreffend bemerkte, seit den siebziger Jahren zu einem „größeren Schlachtfeld des sino-sowjetischen Konflikts“²⁴⁾. Peking versuchte nicht nur durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu weiteren 24 afrikanischen Staaten sowie massive Entwicklungshilfe den sowjetischen Einfluß zurückzudrängen; es bemühte sich auch, von Moskau geräumte Positionen zu besetzen und den Widerstand an jenen Stellen des schwarzen Kontinents zu mobilisieren, wo es der Sowjetunion gelungen war,

sich fest zu etablieren. So bot sich Peking gleich nach dem Ende der ägyptisch-sowjetischen Beziehungen im Jahre 1972 als Ersatz an und stieß ebenfalls nach der Ausweisung der sowjetischen Berater aus dem Sudan im Mai 1977 und in Somalia im November desselben Jahres nach. Diese Politik, so erfolgreich sie hinsichtlich der Schaffung eines Ringes anti-sowjetischer Länder in Ostafrika auch war, stellt die chinesische Außenpolitik allerdings auch vor eine Reihe schwieriger Probleme. Denn so wie die Unterstützung Sadats sie in den Konflikt mit jenen arabischen Staaten zu verwickeln droht, die der Israel-Politik des ägyptischen Staatschefs ablehnend gegenüberstehen, gefährdet Peking durch die aktive Unterstützung Somalias, zu der es schon vor dem Besuch Siad Barres in Peking im April 1978 gekommen war, die Beziehungen zu Äthiopien. In beiden Fällen gelang es jedoch der chinesischen Diplomatie bislang, sich aus den Konflikten herauszuhalten — stets mit der gleichen Taktik: indem sie Moskau als den eigentlichen Störenfried hinstellte, der die Länder der betreffenden Regionen gegeneinander aufhetze.

Ähnlich hatte Peking zwar schon im Angola-Konflikt argumentiert: Auch hier beschuldigte es die Sowjets, nach dem Alvor-Abkommen der drei Befreiungsbewegungen mit Portugal über die Bildung einer Übergangsregierung zur Vorbereitung der Unabhängigkeit bestehende Differenzen zwischen den drei Gruppen ausgenutzt und auf diese Weise einen Bürgerkrieg ausgelöst zu haben, in dem sie dann durch den Einsatz kubanischer Söldner und eigener Militärberater zugunsten der MPLA ihre Position gefestigt hatten. Sofern die chinesische Führung wirklich der Überzeugung war, Moskau habe Angola sowohl zur Kontrolle der europäischen Versorgungslinien wie auch als Brückenkopf und Sprungbrett für die weitere Expansion in Mittel- und Südafrika ausnutzen wollen, war es nur folgerichtig, daß sie auch die seit dem Peking-Besuch Mobutus im November 1972 bestehenden guten Beziehungen zu Zaire weiter ausbaute und bei der Invasion der von Angola aus operierenden Rebellenverbände für die Regierung Mobutu votierte. Die Entsendung einer Gruppe chinesischer Militärberater nach Zaire im Juni 1978 und der bald darauf folgende Besuch des stellvertretenden chinesischen Generalstabschef in Zaire demonstrieren die Bereitschaft Pekings, die bestehende Situation zum eigenen Vorteile auszunutzen.

²⁴⁾ George T. Yu, *China's Impact. Problems of Communism*, Jan.—Febr. 1978, S. 40.

Ähnlich schockiert wie im Falle der Unterstützung des korrupten Mobutu-Regimes reagieren viele der Symphatisanten Chinas auf die seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 17. August 1971 immer intensiver gewordenen Beziehungen Pekings mit dem Schah von Iran. Dabei war auch hier offenkundig, daß es mehr gemeinsame Interessen als gemeinsame Ideale waren, die den ersten Besuch eines chinesischen Parteivorsitzenden in einem ‚kapitalistischen‘ Land ausgerechnet in den Iran lenkten. Mochten diese Interessen im Falle Zaires auch nicht auf den ersten Blick zu erkennen gewesen sein — im Falle des Iran sind sie evident²⁵⁾. Nicht nur im Hinblick auf die Bedeutung des Iran für die Energieversorgung des Westens sticht der auch hier verwendete chinesische Hinweis auf die Gefährdung vitaler europäischer Interessen — auch in Asien spielte Teheran bisher eine wichtige strategische Rolle. Zum einen besaß der Schah großes Interesse daran, einer Ausweitung des sowjetischen Einflusses in Afghanistan entgegenzuwirken und die territoriale Einheit Pakistans aufrechtzuerhalten; zum anderen spielte die beträchtliche materielle Hilfe an Indien eine Rolle, die wesentlich dazu beitrug, dieses Land aus der Abhängigkeit von Moskau zu lösen. Die chinesische Führung lobte die intensiven Rüstungsanstrengungen des Schah und unterstützte sein Bemühen, die arabischen Golfanrainer für ein regionales Sicherheitssystem zu gewinnen, den Einfluß Moskaus durch einen Vertrag mit Afghanistan abzubauen und Indien in seiner Forderung, den Indischen Ozean in eine Friedenszone zu verwandeln, beizustehen. Ob es in der Zukunft infolge der politischen Entwicklung im Iran zu anderen, Peking nicht wohlgesonnenen Allianzen kommen wird, ist derzeit noch nicht überschaubar.

Insbesondere seit dem Staatsstreich in Kabul im April 1978, der den sowjetischen Einfluß in Afghanistan endgültig stabilisierte und die territoriale Einheit Pakistans erneut in Gefahr bringt, haben die diplomatischen Aktivitäten Chinas in der Golfregion zugenommen. So bemüht es sich seit einem Jahr verstärkt um das Vertrauen der konservativen Golfanrainer, zu

²⁵⁾ S. zur chinesischen Politik im Mittleren Osten Udo Steinbach, Die Politik Pekings im Mittleren Osten, in: Peter J. Opitz (Hg.), *China zwischen Weltrevolution und Realpolitik. Ursachen und internationale Konsequenzen der amerikanisch-chinesischen Annäherung*, München 1979.

denen es mit der bisherigen Unterstützung des Iran diplomatische Beziehungen sucht. Im Falle Kuwaits und Omans ist dies schon ge- glückt und hat sicher mit dazu beigetragen, daß China inzwischen die Unterstützung der Dhofar-Befreiungsfront eingestellt hat. Der Entschluß dürfte Peking sicherlich auch dadurch erleichtert worden sein, daß diese gegen Oman operierende Bewegung vom sowjetisch beein- flußten Südjemen unterstützt wird.

Chinas Politik der Wiederannäherung an Indien wurde durch den Sturz Indira Gandhis und dem Sieg der Janata-Koalition erheblich erleichtert. Wenn die indische Regierung auch nicht bereit war, den sowjetisch-indischen Freundschaftsvertrag vom August 1971 aufzu- kündigen, so löste sie sich doch aus der ein- seitigen Anlehnung an Moskau und wies energisch die sowjetischen Pläne zur Errich- tung eines „Sicherheitssystems für Asien“ zu- rück.

Auf chinesische Annäherungsversuche im Frühjahr 1977 hatte die indische Regierung positiv reagiert und die Zugehörigkeit Tibets zu China nicht in Frage gestellt; daraufhin be- gann Peking offen um Indien zu werben. Ob es zu einer dauerhaften Festigung der Bezie- hungen kommt, dürfte von der Flexibilität ab- hängen, mit der die Pekinger Führung die Grenzprobleme handhaben wird. Die Ver- handlungen darüber werden dadurch erschwert, daß die Gebiete nicht nur in den bila- teralen Beziehungen zwischen Indien und China, sondern auch im sino-sowjetischen Konflikt eine Rolle spielen, denn ein Teil des umstrittenen Territoriums ist auch von strate- gischer Bedeutung für die Verteidigung Chinas gegenüber Moskau.

Die chinesische Politik in Südostasien

Die anti-sowjetische Haltung Pekings im Fal- le Afrikas und des Mittleren Ostens kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es den Chinesen auch darum geht, eigene Machtposi- tionen und Einflußsphären aufzubauen; so er- scheint der Argwohn gegenüber den sowjeti- schen Aktivitäten und Ambitionen in Asien durchaus verständlich. Moskau bemüht sich seit Ende der sechziger Jahre um die Realisie- rung einer gegen China gerichteten *contain- ment*-Politik, die durch seine konsequente Flot- ten- und bilaterale Bündnispolitik wie auch durch sein Bemühen um ein System kollektiver

Sicherheit in Asien belegbar ist²⁶). Obwohl die Mehrzahl der asiatischen Staaten diesem Plan eher ablehnend gegenüberstand, gelang der Sowjetunion unter dem Eindruck der Räumung britischer Positionen „East of Suez“ und der amerikanischen Nixon-Doktrin, die den militärischen Rückzug der USA aus Indochina signalisierte, in Süd- und Südostasien Fuß zu fassen. Den Boden dazu hatten neben verstärkten handels- und entwicklungspolitischen Aktivitäten auch die erfolgreiche Vermittlung im indisch-pakistanischen Krieg bereitet. Die sowjetische Position in dieser Region wurde ferner aufgewertet durch den indisch-sowjetischen Vertrag vom 9. August 1971, mit dem sich die Sowjetunion während der Pakistan-Krise im Sommer 1971 hinter Indien stellte.

Trotz dieser Erfolge gelang es Moskau jedoch bisher nicht, den Einfluß der USA und Japans in Asien entscheidend zurückzudrängen und die asiatischen Länder zu einer Frontstellung gegenüber der VR China zu bewegen, auch wenn der sowjetischen Außenpolitik gerade im Laufe des letzten Jahres nicht unerhebliche Einbrüche geglückt sind. So ist es ihr nach der Konsolidierung ihres Einflusses in Afghanistan — insbesondere in Anbetracht des durch interne Entwicklungen gelähmten Iran — möglich, durch die Ermunterung des Separatismus in Belutschistan Pakistan etwas aus seiner pro-chinesischen Haltung herauszulocken. Zum anderen aber haben die Entwicklungen in Indochina die Position Moskaus in jener Region erheblich gestärkt. Dabei war es von Anfang an klar, daß nach der Beendigung der indochinesischen Kriege beide kommunistischen Großmächte noch intensiver versuchen würden, Einfluß auf die neuerrichteten Staaten zu gewinnen: China vor allem mit dem Ziel, Indochina nicht wieder in den Einflußbereich einer anderen Großmacht fallen zu lassen, und das hieß konkret, es vom Einfluß Moskaus freizuhalten; Moskau in der Absicht, den schon während des Vietnam-Krieges gewonnenen Einfluß weiter auszubauen — sowohl zur Abschnürung Chinas vom Süden her, wie auch als Brückenkopf für

eine weitere Expansion in Südostasien und im Pazifischen Raum²⁷).

Die zentrale Rolle spielte im Plan beider kommunistischer Mächte zweifellos Vietnam, das nach der gewaltsamen Wiedervereinigung zur stärksten Regionalmacht in Südost-Asien aufgestiegen war und schon während des Krieges seinen Einfluß auf Laos und Kambodscha ausgedehnt hatte. So band Hanoi nach Beendigung des Krieges vor allem Laos immer enger an sich und legalisierte diese Bindungen im Juli 1977 schließlich durch einen auf 25 Jahre abgeschlossenen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit.“ Die Befürchtungen der anderen südostasiatischen Anrainer, vor allem aber auch Chinas, daß dies nur der erste Schritt in Richtung auf eine von Vietnam dominierte indochinesische Föderation sei, fanden neue Nahrung, als sich die seit April 1975 zwischen Vietnam und Kambodscha schwelenden Grenzkonflikte im Herbst 1977 zu heftigen militärischen Auseinandersetzungen entwickelten. Obwohl Moskau wie Peking sich anfangs in diesem Konflikt zurückhielten, zeigte sich bald, wo jede der beiden Mächte stand und welche Ziele sie verfolgten: Während China kein Interesse am Entstehen einer größeren Regionalmacht in Indochina haben kann und folglich auch für die territoriale Unversehrtheit Kambodschas eintrat, ergriff die sowjetische Führung von Anfang an Partei für Vietnam. Auch hier lag das Motiv auf der Hand: Im Gegensatz zu China paßt die Bildung eines größeren indochinesischen Staates durchaus ins strategische Konzept Moskaus. Denn abgesehen davon, daß ein solcher Staat besser in der Lage wäre, einer chinesischen Expansion nach Süden Widerstand zu leisten, müßte er auf die Dauer Schutz vor der Großmacht China suchen und dabei auf Moskau als „natürlichen“ Verbündeten stoßen.

Diese Identität der Interessen machte es dem Kreml somit leicht, den vietnamesischen Ambitionen entgegenzukommen und Hanoi durch politische und militärische Hilfeleistungen für sich zu gewinnen. Diese Politik wurde zudem dadurch erleichtert, daß weder China fähig noch die USA willens gewesen waren, der

²⁶) S. dazu Eberhard Schneider, Nach KSZE das KSA? Kollektives Sicherheitssystem als Grundmuster sowjetischer Asienpolitik (BIOST — 41) 1976; Marie-Luise Näth, Das sowjetische Ringen um ein kollektives Sicherheitssystem in Asien und die Politik der Volksrepublik China. Monatsberichte des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. Entwicklungspolitische Aktivitäten kommunistischer Länder, Bonn, Juli 1976, S. 1—18.

²⁷) S. dazu im einzelnen Oscar Weggel, Grenzprobleme zwischen China und Vietnam? in: *China aktuell*, August 1978, S. 497—509; ders., Die Sowjetunion und Vietnam: Partnerschaft oder Eigennutz? in: *China aktuell*, November 1978; in den Anhang ist der Text des sowjetisch-vietnamesischen Freundschaftsvertrags aufgenommen.

vom Krieg und Naturkatastrophen schwer geschädigten vietnamesischen Wirtschaft durch größere Kredite unter die Arme zu greifen und sich somit auch hier die Sowjetunion als treuer Freund in der Not profilieren konnte.

Schon im Herbst 1977 hatten die Fronten für die kommenden Auseinandersetzungen deutliche Formen angenommen: Während die chinesische Führung durch den Empfang, den sie dem kambodschanischen Partei- und Regierungschef Pol Pot bei seinem Besuch in China im September/Oktober 1977 zuteil werden ließ, unübersehbar zum Ausdruck brachte, daß sie auf das Werben Kambodschas einzugehen und für die territoriale Integrität des Landes einzutreten bereit war, gab der vietnamesische Parteichef Le Duan, der einen Monat später Peking besuchte, unmißverständlich zu verstehen, daß Hanoi inzwischen fest im sowjetischen Lager stand.

Damit waren Ende 1977 die Weichen gestellt und die weiteren Konflikte, zu denen es zwischen Peking und Hanoi sowie zwischen Hanoi und Phnom Penh kommen sollte, ebenso programmiert wie die Allianzen, die durch sie ihre Bestätigung und Bestärkung erfuhren. Während die chinesische Führung sich bei ihrer Unterstützung Pol Pots nicht mehr auf diplomatische und propagandistische Maßnahmen beschränkte, sondern Waffen- und Wirtschaftshilfe gab, festigten und formalisierten Hanoi und Moskau ihre Beziehungen. So wurde Vietnam nicht nur im Juli 1978 formell Mitglied des COMECON, dem es bislang nur als Beobachter angehört hatte, sondern beide Staaten schlossen zudem im November 1978 einen Freundschaftsvertrag mit 25jähriger Laufzeit. Dieser enthält eine Klausel, die für den Fall der Bedrohung einer der beiden Seiten gegenseitige Konsultationen vorsieht, „mit dem Ziel, jene Bedrohung zu beseitigen und angemessene effektive Maßnahmen zu unternehmen, um den Frieden und die Sicherheit ihrer Länder zu gewährleisten“.

Konflikte mit Hanoi entzündeten sich an drei Fragen, die die Errichtung von drei Generalkonsulaten, die China schon 1976 beantragt hatte ebenso betrafen wie die Situationen der 1,8 Millionen in Vietnam lebenden Auslandschinesen (Hoa) und die Grenzstreitigkeiten. Über jeden der drei Problemkomplexe — sie können hier weder im Detail dargestellt noch diskutiert werden — lassen sich bislang nur Vermutungen anstellen, ebenso wie über den Zusammenhang, in dem sie zueinander stehen. Soviel jedoch erscheint wahrschein-

lich: Während Peking durch die Errichtung der Generalkonsulate, insbesondere in Ho-Chi-minh-Stadt, dem früheren Saigon, den Kontakt zu den in Vietnam lebenden Chinesen intensivieren wollte, konnte die vietnamesische Führung an einer stärkeren chinesischen Präsenz kaum sonderlich interessiert sein. So erklärt es sich auch, daß Hanoi die Eröffnung des Generalkonsulats in Ho-Chi-minh-Stadt, der es grundsätzlich zugestimmt hatte, bis ins letzte Quartal des Jahres 1978 hinauszuzögern versuchte und daß es schon zuvor (durch eine Forcierung der Staatszugehörigkeitsfrage) das Hoa-Problem von der Wurzel her zu lösen getrachtet hatte.

Ob die vietnamesische Führung — darin vielleicht beraten von Moskau — gar die vollständige Vertreibung der Hoa plante, ist nicht nachzuweisen. Denn wenn ihr, angesichts der sich verschlechternden Beziehungen zu Peking, die Präsenz von fast zwei Millionen Chinesen auch als Risiko erscheinen mußte und die Gelegenheit günstig war, die durch die bevorstehende Kollektivierung des Handels ohnehin um ihre wirtschaftliche Existenz gebrachten chinesischen Händler abzuschieben, so sprachen doch auch ebenso gewichtige Gründe wirtschaftlicher Art, vor allem aber die zu erwartenden Gegenmaßnahmen Chinas, gegen eine solche Politik. Welches auch immer im einzelnen die Ursachen waren, die zum Exodus von 160 000 Hoa führten, fest steht, daß sich die Beziehungen zwischen Peking und Hanoi von nun an rapide verschlechterten: Nachdem China im Mai und Juni 1978 seine finanzielle Hilfe an Vietnam zu reduzieren begonnen und gleichzeitig Hanoi zur Schließung der vietnamesischen Generalkonsulate in K'un-ming, Nan-ning und Kanton aufgefordert hatte, erklärte das chinesische Außenministerium am 3. Juli, China werde seine gesamte Entwicklungshilfe an Vietnam einstellen und die chinesischen Experten abziehen²⁸⁾.

In denselben Zeitraum fällt die Klage Hanois über Grenzverletzungen durch die Chinesen. Nachdem die chinesisch-vietnamesischen Landgrenzen bis 1972 zwar unstrittig, letztlich aber auch rechtlich nicht eindeutig festgelegt waren, kann angenommen werden, daß die chinesische Führung hier den Hebel gegen Hanoi ansetzte. Vietnam konnte auf diese Weise nicht nur gezwungen werden, Soldaten, die es in der Wirtschaft dringend brauch-

²⁸⁾ *Jen-min jih-pao*, 22. Juli 1978.

te, zu mobilisieren; vielmehr bot die Behauptung vietnamesischer Grenzübergriffe die Chance, der Welt, insbesondere aber der südostasiatischen Umwelt, den vietnamesischen Expansionismus zu demonstrieren.

Damit aber klingt ein weiterer zentraler Bereich der chinesisch-vietnamesisch-sowjetischen Rivalität an, der hier zumindest gestreift werden muß.

So sehr die chinesische Führung den militärischen Rückzug Großbritanniens und der USA aus Südostasien begrüßte, so sehr waren ihr auch die Gefahren bewußt, die sich daraus für die weitere Zukunft der Region ergeben mußten. Peking mußte damit rechnen, daß das von der Sowjetunion im Sommer 1969 als sicherheitspolitische Alternative vorgeschlagene System kollektiver Sicherheit in Asien bei einigen der verunsicherten Staaten der Region auf offene Ohren stoßen würde. Aus diesem Grunde gab Peking nicht nur deutlich zu erkennen, daß China an einem übereilten Abzug der USA aus der Region wenig gelegen sei, sondern unterstützte auch zunehmend den von den ASEAN-Staaten im November 1971 gefaßten Entschluß, in Südostasien eine

„Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität“ zu errichten.

Nachdem die Sowjetunion den Neutralitätsbestrebungen der ASEAN-Staaten lange Zeit ablehnend gegenübergestanden hatte, hat sie inzwischen diese Position geändert. Ebenso verstärkte auch Vietnam seine Bemühungen um die ASEAN-Staaten. Der vietnamesische Premier versicherte auf einer Reise durch einige Staaten Südostasiens, Vietnam werde die kommunistischen Parteien und Bewegungen dieser Staaten nicht länger unterstützen²⁹⁾; zudem machte Hanoi kurz vor der Einberufung der ASEAN-Außenministerkonferenz im Sommer 1978 den Vorschlag zur Bildung einer Staatengemeinschaft, „die ein wirklich unabhängiges, friedliches und neutrales Südostasien gewährleisten kann“. Angesichts der gespannten Situation in der Region konnte es kaum überraschen, daß sich Peking heftig gegen diesen Plan wandte, da es dahinter nicht nur die Sowjetunion witterte, sondern auch die Absicht Vietnams, über eine ‚Organisation für südostasiatische Zusammenarbeit‘ ihren Einfluß auf die gesamte Region ausdehnen zu können³⁰⁾.

Rückblick und Ausblick

Versucht man die chinesische Außenpolitik der letzten Jahre im ganzen zu bewerten, so kommt man nicht umhin, ihr große Erfolge zu attestieren. Nicht nur die Gefahr einer anti-chinesischen Allianz der Großmächte scheint beseitigt und die Eindämmungspolitik Moskaus in Asien unterlaufen worden zu sein: Peking ist es sogar gelungen, die internationale Situation so zu verändern, daß Moskau sich seinerseits eingekreist fühlen muß. Denn wenn auch die USA, Westeuropa, Japan und China nicht durch formelle Verträge miteinander verbunden sind — und auch weit von einer anti-sowjetischen „Einheitsfront“ entfernt sind, wie Peking sie anstrebt — so ist doch kaum zu übersehen, daß sich vier der Mächte des globalen „Fünfecks“ im Laufe der letzten Jahre erheblich nähergekommen sind. Das diese Entwicklung nicht gerade zur internationalen Entspannung beigetragen hat, liegt auf der Hand — und letztlich wohl auch im Interesse Chinas. Denn mit der Zunahme der internationalen Konfrontation wächst nicht nur die Bedeutung Pekings, sondern auch die Gefahr eines internationalen Konflikts, der —

insofern er nicht in einen Weltkrieg mündet — zur Schwächung der anderen Großmächte und damit zur Stärkung Chinas beitragen könnte. Ob die chinesische Führung eine solche Entwicklung angesichts der großen und unkalkulierbaren Risiken, die mit ihr verbunden sind, bewußt ansteuert — wie ihre sowjetischen Gegenspieler behaupten — sei dahingestellt. Zumindest mittelfristig dürfte sie eher daran interessiert sein, die Modernisierung ihres Landes mit Hilfe der westlichen Staaten voranzutreiben und die Positionen Chinas in der Welt weiter auszubauen. Die Bedingungen dafür sind so günstig, daß es für China töricht wäre, sie zu gefährden.

Neben dem weiteren Ausbau der Beziehungen zum Westen stellen sich damit der chinesischen Außenpolitik als Hauptaufgaben, die Sicherung der eigenen Grenzen durch die Bildung eines cordon sanitaire aus neutralen

²⁹⁾ Zur Reise Phan Van Dongs durch Südostasien s. *Far Eastern Economic Review*, 27. 10. 1978, S. 9—13.

³⁰⁾ *Peking Rundschau* 49/1978, S. 22 ff.

oder China-freundlichen Nachbarstaaten und die Sicherung eines starken, zu eigenständiger Politik fähigen Westeuropa anzustreben. Dazu gehört insbesondere der Aufbau eines starken Riegels im Mittleren Osten, der der Sowjetunion auch weiterhin den Zugang zum Indischen Ozean versperrt und den westeuropäischen Staaten die Energiezufuhr garantiert. In der Logik dieser Ziele liegt es, die Beziehungen zu den arabischen Staaten weiter auszubauen und auf eine Einigung im Nahost-Konflikt zu drängen, um auf diese Weise eine wesentliche Voraussetzung für die Anwesenheit Moskaus im Nahen Osten zu beseitigen.

Als ein weiterer Bereich verstärkten chinesischen Engagements rückt das südliche Afrika ins Blickfeld. Diese Region ist wenigstens aus zwei Gründen für Peking interessant: Zum einen bietet sich den Nachfolgern Maos hier eine glänzende Chance, durch die Unterstützung der Frontstaaten und der verschiedenen Befreiungsbewegungen Chinas inzwischen erheblich lädiertes revolutionäres Image aufzubessern. Zum anderen muß sich Peking darum bemühen, die Einflußnahme Moskaus in dieser ebenso unstabilen wie strategisch wichtigen Region zurückzudrängen und sich als revolutionäre Alternative anzubieten. Die Reise

des chinesischen Vizepremiers Li Hsien-nien in die Frontstaaten, und seine Verhandlungen mit den von dort aus operierenden Befreiungsbewegungen über verstärkte chinesische Waffenhilfe zeichnen das neue Aktionsgebiet Pekings deutlich aus.

Dennoch dürfte es China zunehmend schwerer fallen, sich als revolutionäre Macht auszugeben — die nationalen Eigeninteressen werden immer stärker in der chinesischen Außenpolitik durchschlagen und der innenpolitische Reformkurs wird den revolutionären Lack vergangener Jahrzehnte auch weiterhin angreifen. Aber nicht nur die revolutionäre Reputation Chinas wird zunehmend in Zweifel gezogen werden, sondern auch der Anspruch, ein Land der Dritten Welt zu sein. Zwar wird China noch einige Jahrzehnte einer intensiven und ungestörten wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen, bevor es das Niveau einer wirtschaftlichen Weltmacht erreicht hat. Dennoch dürfte bei anhaltender wirtschaftlicher Entwicklung das internationale Gewicht Pekings weiter zunehmen und sich allmählich dem der anderen beiden Großmächte annähern. Die Weichen für eine solche Entwicklung sind jedenfalls in den Jahren nach dem Tode Maos gestellt worden.

Wo steht China – Wohin bewegt sich China?

Überlegungen zum Modernisierungskurs der neuen politischen Führung Chinas

Seit 1976, dem Todesjahr Tschou En-lais und Mao Tse-tungs, ist in China viel in Bewegung geraten. Das Land, das trotz inzwischen freizügiger Reisemöglichkeiten in vielen Bereichen noch abgekapselt ist, gibt Reisenden aus dem Ausland und auswärtigen Beobachtern erneut Rätsel auf. Und vielleicht durchschauen auch viele Chinesen die um sie herum sich abspielenden Vorgänge nicht. Auf der Oberfläche erscheint die Atmosphäre in China heute euphorisch. Die „Viererbande“, die seit zwei Jahren mit Schimpf und Schande bedacht wird, ist ausgebootet, und der Beginn eines neuen, zukunftsweisenden politischen und ökonomischen Kurses zeichnet sich ab. Doch wie tief reicht die allenthalben geäußerte Erleichterung über das Ende der Sabotageakte der Viererbande? Ist die Befürchtung so ungerechtfertigt, daß die Auseinandersetzung mit der Viererbande durch die neue Führung auch den Beginn einer, wenngleich vorsichtigen Entmaoisierung Chinas einleitet? Folgt dem von Mao inszenierten „Großen Sprung nach vorne“ und der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ nunmehr ein von der neuen Führung bewußt inszenierter „Großer Sprung zurück“, wie ernst zu nehmende Kommentatoren im Westen befürchten? Und falls es tatsächlich zu einem Sieg über die „revolutionäre Linie“, für die Mao Tse-tung einstand, kommt, würde ein solcher Kurswechsel problemlos von wichtigen Teilen der Bevölkerung angenommen? Oder sind die vier Modernisierungen — die Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Militär, Wissenschaft und Technologie —, die die Führung, Tschou En-lai folgend, heute zum Inbegriff ihrer politischen und ökonomischen Zielsetzungen gemacht hat, möglicherweise Ausdruck eines „Neuen Gro-

ßen Sprunges nach vorne“, der als konsequente Fortsetzung des seit 1949 verfolgten Entwicklungsweges interpretiert werden kann?

Keine dieser Fragen kann mit Gewißheit beantwortet werden. Sicher ist nur, daß China sich heute erneut — wie mehrfach nach 1949 — in einer entscheidenden Umbruchphase befindet, deren tieferliegende bewegende soziale Kräfte keineswegs leicht benennbar sind, weder durch Ausländer noch vermutlich durch viele Chinesen selbst. Unschwer sind zwei Jahre nach 1976 die Zielsetzungen der neuen politischen Führung zu benennen, doch die Erfolgchancen der vier Modernisierungen und der Stellenwert des Modernisierungskurses im Hinblick auf den überkommenen Entwicklungsweg Chinas nach 1949 sind nur vorläufig abschätzbar.

Reorientierung der Entwicklungsstrategie

Liest man die Dokumente, die in den vergangenen zwei Jahren den politischen Willen der neuen Führung zum Ausdruck brachten, so sind tiefgreifende Akzentverschiebungen gegenüber den Dokumenten aus der Zeit der Kulturrevolution nach 1967 unübersehbar. Allerdings bleibt bei einer solchen Inhaltsanalyse offen, inwieweit die in den Dokumenten der Kulturrevolution genannten Zielsetzungen in Teilbereichen bzw. insgesamt die chinesische Wirklichkeit wirklich strukturiert und geprägt haben, bzw. inwieweit die darin artikulierten kulturrevolutionären Zielsetzungen in weiten Teilen Chinas rhetorischer Überbau geblieben sind? Wäre letzteres der Fall, so wäre der Bruch zwischen der heutigen Führung und den nach 1966 handelnden politischen Kräften weit weniger tief, als eine idealtypische Gegenüberstellung der politischen Programmatik der Jahre nach 1966 und nach 1976 unterstellen muß. Mit diesem Vorbehalt soll die Frage beantwortet werden, hinsichtlich welcher Zielsetzungen durch die neue Führung eine programmatische Reorientierung

Die nachfolgenden Überlegungen wurden im Anschluß an eine China-Reise im Sommer 1978 verfaßt. Diese Reise stand im Zusammenhang eines Projektes über die vergleichende Analyse von vier sozialistischen Entwicklungsländern (Albanien, China, Kuba, Nordkorea).

erfolgte. Zusammenfassend und in aller Kürze seien folgende wesentliche Punkte genannt:

1. In den Äußerungen der neuen Führung wird deutlich und ohne Einschränkung die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft in den Mittelpunkt gestellt. Das wirtschaftliche Wachstum soll erhöht und die Ergebnisse der Ertragssteigerung sollen schnell verwirklicht werden. Die Diktion der neuen Führung ist ökonomistisch; in ihr findet sich jene Reflexion nicht wieder, die, wie in Maos Schriften und in Dokumenten der Kulturrevolution, bewußt nach dem Zusammenhang von Produktionssteigerung und politisch-institutionellem Rahmen, also von Produktivkraftentfaltung und Produktionsverhältnissen fragt.

2. Von dieser Prämisse ausgehend, sind die Akzente im einzelnen konsequent. Betont werden Zielsetzungen und Werte wie leistungsorientiertes Arbeiten, einschließlich der Akzentuierung von Prämien und der Einführung, neben dem Zeitlohn, des Stücklohnes sowie der Herausbildung differenzierter Löhne über das bisherige Achtstufensystem hinaus. Betont werden die Rolle von Leitungsverantwortung, Direktoriatsverwaltung, Autorität und Hierarchie; weiterhin Ordnung, Disziplin und Effektivität — all dies in deutlichem Gegensatz zu den offen proklamierten Zielsetzungen der Kulturrevolution wie Selbstbestimmung, partizipatorische Führung, Aufforderung zur Kritik an überkommenen Autoritäten im Großen und im Kleinen. War die „Politik der Massenlinie“ vielleicht niemals repräsentativ für die chinesische Wirklichkeit insgesamt, wenngleich sie in Teilbereichen große Bedeutung hatte, so finden sich nunmehr kaum Hinweise mehr auf die schöpferische Rolle der Eigeninitiative von Arbeitern, Bauern und Intelligenzlern; kaum Hinweise mehr auf das Vertrauen in die Eigenkräfte experimentierfreudiger Menschen bei der Lösung kleiner und großer Probleme. Ordnung, Disziplin — und damit inbegriffen: Reglementierung — markieren den organistorischen Rahmen, innerhalb dessen die neuen Zielsetzungen sich verwirklichen lassen sollen.

3. Damit hängt eng die Betonung von Fachexpertise, wirtschaftlicher und technologischer Kompetenz, die führende Rolle von Fachpersonal und Kadern zusammen. Während im Erziehungs- und Wissenschaftsbereich seit Beginn der Kulturrevolution autoritäre Strukturen eher abgebaut worden sind, werden nunmehr eine Reakademisierung, eine scharfe Auslese der Besten, Prüfungen als Eingangs-, Zwischen- und Endhürden von Berufskarrieren,

Spezialwissen, wenn erforderlich auch ohne politische Bewußtseinsbildung, propagiert. Damit wird der Neutralität von Wissenschaft und Technologie das Wort geredet; der in der Kulturrevolution betonte Klassencharakter beider wird verneint. Gültig ist, was greifbar, erfahrbar, überprüfbar ist. Der Philosophie, der Theorie und dem Ideologischen werden Empirizismus und Pragmatismus entgegengestellt. Höhere wirtschaftliche Erträge auf Grund einer wissenschaftlich und technologisch begründeten Leistungssteigerung der Ökonomie werden als Fortschritt auf dem Wege zum Sozialismus verstanden — ganz im Gegensatz zur Theorie Mao Tse-tungs, in der — zumindest in der Regel — den Veränderungen in den Produktionsverhältnissen (und damit auch der politischen Bewußtseinsbildung) ein gewisses, wenn auch pragmatisch gehandhabter Vorrang vor Steigerungen der Wirtschaftskraft zudiktiert wurde. Es kann deshalb nicht überraschen, daß in den neueren offiziellen Dokumenten Chinas zwar immer noch die Rede von Klassenkampf ist, jedoch erscheint dieser in der politischen Sphäre angesiedelt, die bewußt von der durch Sachgesetzmäßigkeiten bestimmten Ökonomie abgetrennt gesehen wird. Die für den Maoismus und eine materialistische Theorie kennzeichnende Dialektik von Überbau und Unterbau, von Politik und Ökonomie, von Bewußtseinsbildung und Gesellschaftsstruktur wird, ähnlich wie schon in den Dokumenten des großen früheren Gegenspielers Mao Tse-tungs, nämlich Liu Shao-ch'is, verneint.

4. Der Liuismus der neuen Führung zeigt sich auch im politisch-administrativen Bereich. Große Aufmerksamkeit gilt der Stärkung der Partei-, Staats- und Kadermaschinerie. Partizipatorische Organisationsmuster vom Typ basisdemokratischer Ausschüsse und Revolutionskomitees werden entweder beseitigt oder ihrer ursprünglichen Substanz entkleidet. Viele der Revolutionskomitees sinken zu bloßen Verwaltungsorganen ab — oder sind inzwischen abgeschafft. Angestrebt wird eine Zentralisierung und die administrative Gliederung Chinas in sechs Großregionen.

Das Bild, das die neue Führung vom China der Zukunft vermittelt, zeigt dieses Land weit mehr industrialisiert, zentralisierter, disziplinierter und in sich stärker gegliedert, nach außen militärisch mächtiger, hinsichtlich seiner politischen, wirtschaftlichen und militärischen Führung fähiger und effizienter, als es für das China der Jahre nach 1966 angeblich der Fall war.

Wie ist die hier kurz umrissene Reorientierung, die inzwischen konkrete Folgewirkungen in China zeitigt, zu interpretieren? Wie läßt sie sich in das überkommene Muster des chinesischen Entwicklungsweges nach 1949 einfügen? Stellt sie einen Bruch mit diesem Entwicklungsweg dar, oder läßt sie sich in diesen Entwicklungsweg ähnlich jenen überkommenen Etappen einfügen, die — obgleich höchst widersprüchlich — zur Herausbildung einer einigermaßen lebens- und leistungsfähigen Wirtschaft beigetragen haben?

Der neue Kurs im Rahmen des überkommenen Entwicklungsweges

Der Erfolg des chinesischen Entwicklungsweges nach 1949 wird heute von fachkundigen Beobachtern kaum noch bestritten. Oft wird Chinas Entwicklung als musterhaft für die Dritte Welt überhaupt empfohlen. Worin besteht Mitte der 70er Jahre die solide Grundlage der Wirtschaft Chinas, auf der — trotz aller politischen und naturbedingten Wechselfälle der vergangenen Jahre — auch die neue Führung aufbauen kann?

Nach 30 Jahren eigenständiger Entwicklung besteht die Stärke der chinesischen Wirtschaft darin, daß ihre Leistungsfähigkeit die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse von mehr als 800 Millionen Menschen einigermaßen zu garantieren imstande ist. Zwar ist der durchschnittliche Lebensstandard der Masse der Menschen noch relativ niedrig, aber man übertreibt wohl nicht, wenn man behauptet, daß es heute in China kein Massenelend gibt, das für den Rest der Dritten Welt so typisch ist. Der Terminologie der Weltbank folgend, existiert in China relative Armut, jedoch nicht absolute Armut. Und daß dies für mehr als 800 Millionen Menschen gilt und nicht nur für einen kleinen Prozentsatz der chinesischen Bevölkerung, ist angesichts des noch vor wenigen Jahrzehnten bestehenden Elends in China und angesichts der damaligen chronischen Anfälligkeit gegenüber Naturkatastrophen eine ungewöhnliche Leistung. Bemerkenswert ist auch, daß es China gelungen ist, eine in sich vielfältig gegliederte und vollständige, also kohärente Ökonomie aufzubauen. In ihr sind sämtliche Bausteine einer lebensfähigen Ökonomie anzutreffen: Schwerindustrie, Produktionsgüterindustrie, Forschungs- und Entwicklungszentren, Leichtindustrie — und insbesondere eine Landwirtschaft auf solider Grundlage, in der noch ein erhebliches Aus-

maß an Entwicklungspotential (und damit an Output-Steigerung) steckt.

Von Anfang an war Chinas Ökonomie — übertrieben formuliert — zweigeteilt. Zum einen wurde unmittelbar nach 1949, dem sowjetischen Modell folgend, die Grundlage für einen schwerindustriellen Kern gelegt, von dem die späteren Etappen der chinesischen Entwicklung auch dann noch zehrten, als es zum tiefen Bruch mit der Sowjetunion am Ende der 50er Jahre kam. Die stilisierenden Darstellungen des chinesischen Entwicklungsmodells widersprechend, spielte dieser schwerindustrielle, staatlich zentral gelenkte Industriekern auch in jenen Phasen der Entwicklung eine Rolle, in denen in der politischen Rhetorik anderen Bausteinen chinesischer Ökonomie (wie beispielsweise der Landwirtschaft und der lokalen Industrie) Vorrang eingeräumt wurde. Insofern steht die neue Führung, deren Modernisierungsprogramm eine Forcierung dieses staatlich zentral gelenkten Industriekerns bedeutet, in voller Kontinuität mit jener Entwicklung, die 1949 einsetzte, mit dem Großen Sprung nach vorne kurzfristig abgeschwächt wurde und nach 1961, nunmehr allerdings auf eigenen Beinen gehend, sich fortsetzte — eine Entwicklung, die auch während der Kulturrevolution keineswegs unterbrochen wurde und die seit Beginn der 70er Jahre durch den Ankauf großer ausländischer Industrieanlagen zusätzlich stimuliert werden sollte.

Obwohl dieser schwerindustrielle Kern und die auf ihn zugerichteten technologischen Kapazitäten das Rückgrat der chinesischen Entwicklung darstellen, wäre die ökonomische Leistung der chinesischen Wirtschaft jedoch nicht denkbar ohne die institutionelle, ökonomische und infrastrukturelle Umgestaltung des ländlichen Raumes, in dem in den vergangenen 30 Jahren mehr als drei Viertel der Bevölkerung Chinas lebte. Man hat oft diese Umgestaltung des ländlichen Raumes auf der Grundlage von Volkskommunen und agrar-naher Industrieentwicklung als Inbegriff des „chinesischen Entwicklungsmodells“ interpretiert. Eine solche Interpretation ist jedoch nur dann richtig, wenn diese Komponente chinesischer Entwicklung *gleichzeitig* mit der durchgängig sich entfaltenden Schwerindustrialisierung gesehen wird. Die Dynamisierung des ländlichen Raumes während des Großen Sprunges nach vorne und der Großen proletarischen Kulturrevolution und insbesondere der Aufbau der lokalen Industrien nach 1967

waren Notmaßnahmen, ohne die bei einer Fortsetzung des Entwicklungsweges sowjetischen Typs aus China ein sozialistisches Brasilien geworden wäre, also ein Land mit hochdynamischen Wachstumspolen bei einer gleichzeitigen Marginalisierung des ländlichen Raumes. Durch die massenhafte Mobilisierung vorhandener Arbeitskräfte wurden jene Infrastrukturen im ländlichen Raum aufgebaut (Be- und Entwässerungsanlagen, Terrassierung, erste Schritte der Mechanisierung, Elektrifizierung, Düngereinsatz, Aufbau eines praxisnahen Erziehungs- und Gesundheitssystems), deren Existenz die Grundlage für die inzwischen zu beobachtenden Leistungssteigerungen chinesischer Landwirtschaft ist. Es ist seit Jahren nicht zu übersehen, daß beide Komponenten chinesischer Wirtschaft, die in alten und neuen städtischen Zentren lokalisierte Schwer- und zum Teil auch Konsumgüterindustrie und die Fülle zentral angeleiteter, jedoch dezentral sich entfaltender Wirtschaftskreisläufe auf der Ebene von Volkskommunen und darunter, sich aufeinander zubewegen. Auf der einen Seite heißt dies, daß die Anforderungen des ländlichen Raumes an Zulieferungen aus der Schwer- und Produktionsgüterindustrie in dem Maße wachsen, in dem im ländlichen Raum jene eigenen Entwicklungspotentiale mobilisiert sind, auf denen eine bedürfnisnahe agro-industrielle Entwicklung auf Kommuneebene möglich wurde, deren weitere Dynamisierung jedoch eine verstärkte Rückkoppelung mit dem „modernerem“ Sektor der chinesischen Wirtschaft erforderlich macht. Zum anderen ist nicht auszuschließen — und es gibt Berichte darüber —, daß die an Selbstgenügsamkeit und Autarkie orientierte Kommunen, in denen eine Fülle von Agrar- und Industrieprodukten aus eigener Kraft erzeugt worden sind, wenigstens zum Teil natürliche Ressourcen (wie die Produkte kleiner Bergwerke und dergleichen) erschöpfen, was ebenfalls einen Zwang zur Rückkoppelung mit anderen, in der Regel auf höherer Ebene angesiedelten Produktionsstätten erforderlich macht.

Es ist ganz natürlich und ein Zeichen sinnvoller Entwicklung, wenn über die Zeit betrachtet die Konsolidierung und Dynamisierung des ländlichen Raumes zu einer Revision der überkommenen Volkskommune-Philosophie führt und bisher kaum bekannte Formen von Spezialisierung und Arbeitsteilung zwischen Kommunen in regionalen Zusammenhängen erforderlich werden, um zum einen möglichen Engpässen auf Grund von Ressourcenknappheit

aus dem Wege zu gehen und um zum anderen jene zusätzlichen Produktivitätssteigerungen zu ermöglichen, die sich auf gegebener Grundlage anbieten, ohne daß sie im überkommenen Rahmen durchgeführt werden können. Die Klagen über die schlechte Qualität des lokal produzierten Düngers, die Berichte über die Reparaturanfälligkeit lokal produzierter Maschinen (insbesondere von Pumpen), die wenig effiziente Nutzung lokaler Ressourcen in der ländlichen Industrie — diese Problembereiche werden akut, sobald der überkommene Rahmen in der Tendenz eher zum Hindernis für eine weitergehende Produktivkraftentfaltung wird und nicht mehr wie in der großen Aufschwungphase nach 1958 und insbesondere nach 1967 selbst den unerläßlichen Rahmen für die Mobilisierung brachliegender menschlicher und natürlicher Ressourcen abgibt. Eine Stärkung der „modernen“ Komponente chinesischer Wirtschaft wird demzufolge heute nicht in einer Brasilianisierung Chinas münden, sondern zu einer Stärkung des ländlichen Raumes führen — eine Stärkung, die, auch allem Augenschein zufolge, überfällig ist, denn diesem ländlichen Raum mangelt es an ertragsteigernden Inputs und Mechanisierung.

Die Dynamik chinesischer Entwicklung führt also dazu, daß quasi-autarke und selbstgenügsame autozentrierte Wirtschaftsbereiche, die sich letztlich bisher nur locker zu verschiedenen Regionalwirtschaften zusammengefügt haben, zu neuen Wirtschaftseinheiten auf höherer Ebene zusammenschmelzen, was langfristig gesehen das überkommene Bild einer alles produzierenden Volkskommune, die auf eigenen Kräften aufbaut und gegebenenfalls auf sich selbst zurückfallen kann, unrealistisch macht.

Das überkommene Bild ist nicht falsch, und ihm entsprechen in der Wirklichkeit handfeste Institutionen und Organisationen. Doch wird sich in den kommenden Jahren immer mehr herausstellen, daß es phasenspezifisch zu verorten ist. Die quasi-autarke Volkskommune ist ein institutionelles Mittel in einer ersten Aufschwungphase zur Dynamisierung des ländlichen Raumes. Und manche Elemente der Volkskommune dieser ersten Etappe werden im Laufe weiterer Entwicklung überrollt und von einem bestimmten Punkt an der Vergangenheit angehören. Dazu gehörten die Produktion einer Fülle von einfachen landwirtschaftlichen Maschinen mit eigenen Ressourcen und aus eigenen Kräften und höchstwahrscheinlich auch manche in den vergangenen Jahren von westlichen Ökologen euphorisch

begrüßte Nutzung natürlicher ökologischer Kreisläufe anstelle von modernen Inputs. Auch wird höchstwahrscheinlich die heutige Volkskommune kennzeichnende Koexistenz verschiedener technologischer Niveaus, die in den vergangenen Jahren von zentraler Bedeutung war, langfristig keinen Bestand haben, weil im Maße einer überfälligen Standardisierung und Spezialisierung als Grundlage von höherer Effektivität veraltete Instrumentarien und Technologien überwunden und zugrunde gehen werden. Dies wird sicher ein schwieriger Prozeß sein, der in den hochertragsreichen Regionen schneller vonstatten geht als in den bleibenden Problemgebieten Chinas; aber es handelt sich um einen Trend, der um so mehr unaufhaltsam sein wird, je größer die Leistungssteigerungen der Landwirtschaft sein sollen und tatsächlich auch sind.

Die hier umschriebene Entwicklung zeichnet sich erst in ersten Umrissen ab. Sie ist ein folgerichtiger weiterer Schritt einer im Grunde soliden ökonomischen Struktur, die sich im Laufe von zwei bis drei Jahrzehnten auf höchst wechselvolle Weise herausgebildet hat. Modernisierung meint heute in China die weitere und verstärkte Dynamisierung der Ökonomie in allen Teilen, ausgehend von relativ kohärenten Strukturen, deren Dynamisierung höhere Stufen von Arbeitsteilung, Spezialisierung und Standardisierung — und damit von Effektivität — beinhaltet. Hätte die Landwirtschaft Chinas nicht jenes Maß an infrastruktureller Umstrukturierung erfahren, würde Modernisierung in China nichts anderes als in peripher-kapitalistischen Ländern bedeuten, nämlich die Akzentuierung der Zerklüftung sozio-ökonomischer Strukturen zum Nutzen der Wachstumspole und zum Schaden des ländlichen Raumes. China gehört zu den wenigen Entwicklungsländern, in denen die Kluft zwischen Stadt und Land sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht gewachsen, sondern einigermaßen stabil gehalten werden konnte, trotz unterschiedlicher Entwicklungsrhythmen in den urbanen Zentren und auf dem Lande.

Wird der heute forciert verfolgte Modernisierungskurs zur Preisgabe zentraler Errungenschaften des chinesischen Entwicklungsweges führen? Ist der Modernisierungskurs im Rahmen des bisher verfolgten Entwicklungsweges politisch, sozial und technologisch verkräftbar? Lassen sich seine Folgewirkungen absorbieren, ohne daß der überkommene Rahmen gesprengt wird?

Neue Konfliktpotentiale und neue Chancen auf dem chinesischen Entwicklungsweg

Jeder Modernisierungskurs von der eingangs geschilderten Art akzentuiert auch unter sozialistischen Bedingungen die in jeder Gesellschaft mehr oder weniger ausgeprägten Unterschiede, beispielsweise jene zwischen Stadt und Land, zwischen Kopf- und Handarbeit sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft. Es stellt sich also die Frage, inwieweit ein solcher technokratisch inszenierter Modernisierungskurs, bei dem Modernisierungsimperative zentraler Instanzen politisch-institutionellen Vorrang vor lokalen Bedürfnisartikulationen haben, in China heute dergestalt absorbierbar ist, daß die genannten drei großen Unterschiede sich nicht dramatisieren.

China hat heute gegenüber allen peripher-kapitalistischen Entwicklungsländern den großen Vorzug, daß dieser Modernisierungskurs an einer Struktur der chinesischen Ökonomie ansetzen kann, deren Modernisierung nicht zu Erscheinungen wie Marginalität führen muß. Wie schon oben betont, hat China die Fähigkeit, den eigenen, seit 1949 aufgebauten modernen Sektor der Schwer- und Produktionsgüterindustrie und die agro-industriellen Großkomplexe aus eigener Kraft und mit Hilfe fremder Technologie beschleunigt weiterzuentwickeln; es hat darüber hinaus im Unterschied zu anderen Ländern der Dritten Welt die Möglichkeit, die Früchte solcher Modernisierung des modernen Sektors in jene ländlichen Räume zu transferieren, in denen heute immer noch die Masse der Menschen in China lebt. Diesen ländlichen Räumen kommen dabei die bewundernswerten Aufbauleistungen seit den 50er Jahren zugute. Der ländliche Raum Chinas, institutionell durchstrukturiert von Volkskommunen und ihren Unterorganisationen, den Produktionsbrigaden und Produktionsgruppen, verfügt heute über mühsam erworbene und systematisch aufgebaute Kompetenzen der ländlichen Bevölkerung, die gewiß noch nicht auf der Höhe der durch den Modernisierungskurs erforderlich werdenden Expertise (z. B. beim Einsatz und der Reparatur neuer Maschinen) sind, die aber von der erreichten Grundlage aus — wie mir scheint — unschwer in relativ wenigen Jahren mobilisierbar sind. Es ist zwar eine Sache, durch massenhafte Mobilisierung brachliegender und unterbeschäftigter Arbeitskraft große infrastrukturelle Arbeiten zu inszenieren, wie dies nach 1958 und nach 1967 der Fall war; es ist etwas anderes, lokal nicht mehr vollständig

herstellbare Maschinen, fremdes Saatgut und aus zentralen Produktionsstätten stammende Dünger- und Pflanzenschutzmittel und dergleichen angemessen und wohldosiert zu nutzen. Doch besteht gerade die Stärke des ländlichen Raumes China darin, daß in den vergangenen zwei Jahrzehnten zwar mit höchst einfachen Mitteln, doch lernintensiv Vorläufer solcher neueren Agrarinputs lokal auf experimentellem Wege produziert worden sind, die eine solide ausbaubare Expertise geschaffen haben. Bei verstärkter Rückkoppelung zwischen den verfügbaren lokalen Kompetenzen und den neuen Inputs aus den eher zentral gesteuerten großindustriellen Wachstumspolen dürften erwartbare Anfangsschwierigkeiten in Kürze sich überwinden lassen.

Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen also nicht in der Unfähigkeit, neue Technologietransfers im ländlichen Raum zu absorbieren; sie liegen möglicherweise in einer mangelnden institutionellen Flexibilität zwischen den bisherigen und neuen großindustriellen Wachstumspolen auf der einen Seite und dem ländlichen Raum auf der anderen Seite. Hier wird ein neues Netz für wechselseitige Beziehungen erforderlich, das dann in Gefahr steht, ineffizient zu werden, wenn es — wie zunächst unumgänglich — zentralistisch strukturiert bleibt. Angesichts der relativen Autarkie und Selbstgenügsamkeit weiter Teile des ländlichen Raumes Chinas sind die Austauschkanäle zwischen Wachstumspolen und ländlichem Raum weit weniger flexibel eingeübt, als es sicherlich für eine erfolgreiche Verwirklichung des Modernisierungskurses gerade auch zum Nutzen des ländlichen Raumes erforderlich sein wird. Will die neue Führung überkommene Errungenschaften des chinesischen Entwicklungsweges nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, so wird sie nicht umhin kommen, diesem Beziehungsgefüge besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ob solche Aufmerksamkeit existiert, wird sich sehr bald in der Standortverteilung neuer Industriezentren, im Ausbau des Kommunikations- und Transportsystems (welches noch auf einer relativ dürftigen Basis sich befindet), im Aufbau dezentraler Erziehungsinstitutionen für landwirtschaftsnahes technisches Wissen, in der Einrichtung von dezentralen Ersatzteillagern usf. dokumentieren.

Im großen und ganzen sollte die genannte Problematik ohne Schwierigkeiten bewältigbar sein, da es im Modernisierungskurs ja nicht nur darum geht, daß von großindustriellen Wachstumspolen neue Inputs in den länd-

lichen Raum transferiert werden, sondern auch darum, daß der ländliche Raum sich auf solche hervorgehobenen Wachstumspole zubewegt. Bei entsprechenden Anreizen besitzt der ländliche Raum — die stadtnahen und hocharbeitsreichen Regionen sicher mehr als andere — sämtliche Voraussetzungen, die ein Ergebnis einer zwanzigjährigen Erschließungs- und Umstrukturierungspolitik in der Landwirtschaft sind.

Lassen sich die genannten Schwierigkeiten mit einiger Wahrscheinlichkeit bewältigen, so sind ernstere Schwierigkeiten, möglicherweise sogar ein politisches Konfliktpotential, an anderer Stelle zu vermuten. Art und Ausmaß des Modernisierungskurses, wie er von der neuen chinesischen Führung ins Auge gefaßt wird, übersetzen sich zumindest in einer ersten Phase in den Aufbau und Kauf von Großprojekten, deren soziale und wirtschaftliche Nützlichkeit in den kommenden Jahren noch nicht unmittelbar spürbar sein wird. Der Kapitalaufwand läßt sich allein schon auf Grund jener Daten ahnen, die über die internationalen Industrie- und Technologieaufkäufe der Chinesen in den vergangenen Jahren bekannt geworden sind. Es stellt sich also die Frage, wie die neue chinesische Führung jene zusätzlichen erheblichen Akkumulationserfordernisse mit dem Versprechen in Einklang bringt, der Modernisierungskurs würde zu einer spürbaren Verbesserung des durchschnittlichen Lebensstandards führen und daß, wer mehr arbeite, mehr belohnt werde, wer weniger arbeite, weniger belohnt werde und wer nicht arbeite, nicht belohnt würde. Wie wird die chinesische Führung die Durststrecke zwischen dem heute und in den kommenden Jahren erforderlichen Akkumulationsaufwand und jener späteren Zeit überwinden, in der dann auf der Grundlage einer höheren Leistungsfähigkeit der Ökonomie insgesamt alte und neue Konsumbedürfnisse der Masse der Menschen sich befriedigen lassen? Es hat den Anschein, als ob die im Modernisierungskurs angelegte Spannung zwischen erheblichen Akkumulationserfordernissen und einer nur phasenverschoben denkbaren Konsumbefriedigung durch die Betonung von Werten wie Ordnung, Disziplin, Effektivität, Leistung, Leitungsverantwortung und dergleichen durch die neue Führung in Griff gebracht werden soll. Ob dies gelingt und ob Arbeitsmotivation nach 30 Jahren eines soliden, wenn auch äußerst bescheidenen Lebensstandards ohne mittelbare zusätzliche Vergünstigungen sich aufrechterhalten oder gar sich steigern

läßt, sind offene Fragen. Von außen wird man in den kommenden Jahren nur insofern etwas darüber in Erfahrung bringen können, als eine Verhärtung des politischen Regimes, d. h. der Übergang von autoritären zu autoritär-repressiven Strukturen ein deutliches Indiz dafür wäre, daß es der neuen Führung nicht gelungen ist, jene Disziplinierung von Arbeitern und Bauern zu bewerkstelligen, ohne die die für den Modernisierungskurs erforderliche zusätzliche Akkumulation nicht denkbar ist. Dabei dürfte im ländlichen Raum das größere latente Verweigerungspotential bestehen, das dann virulent würde, wenn der heute durchaus unterstellbare Enthusiasmus für die neue Führung (und gegen die Viererbande) in offene Verweigerung überschlägt, sofern handfeste und unmittelbare Erfolge des Modernisierungskurses für die Masse der betroffenen Menschen ausbleiben.

Ob der neuen politischen Führung bewußt ist, daß ein Modernisierungskurs, wie der von ihr inszenierte, zu ungleichgewichtigem Wachstum führt, das die Ursache politischer Krisen werden kann, ist auch eine offene Frage. Das genannte Problem wird noch dadurch verschärft, daß, neben der Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technologie aus Gründen innenpolitischer Machterhaltung der Modernisierung des Militärapparates eine hohe Priorität zugewiesen wird. Ungeachtet der Frage, ob eine Modernisierung des Militärs aus geopolitischen und militärstrategischen Gründen objektiv erforderlich ist, ist doch unbezweifelbar, daß diese Modernisierung, wie überall auf der Welt, wo moderne Militärtechnologie eingeführt wird, erhebliche Summen verschlingt, die für eine weitere Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie nicht zur Verfügung stehen und damit, von einem entwicklungspolitischen Standpunkt her gesehen, als eine gigantische Verschwendung betrachtet werden müssen.

Ob andere Teile der chinesischen Bevölkerung durch den Modernisierungskurs der neuen Führung aus programmatisch-ideologischen Gründen in eine Verweigerungshaltung und in Opposition getrieben werden, darüber können nur einige Vermutungen angestellt werden. Daß nicht alle Studenten den Bruch mit der kulturrevolutionären Linie kritiklos akzeptieren, kann unterstellt werden. Auch ist zu fragen, wie die Millionen von jungen Menschen, die während der Kulturrevolution aufs Land gingen oder aufs Land geschickt wurden, den neuen Kurs verkrafteten, der sie um ihre Kar-

riere bringt, da ihre Praxiserfahrung nunmehr weit weniger hoch eingestuft wird als intellektuelle Fähigkeiten, die man eher ausbauen konnte, wenn man seinerzeit den Führern der Kulturrevolution nicht folgte und als Stadtkind in städtischen Zentren seinen Studien nachging. Wie werden all jene reagieren, die weiterhin Anhänger einer kulturrevolutionären Linie sind, ohne die durch die Viererbande begangenen offensichtlichen Fehler wiederholen zu wollen? Die gegenwärtige Führung schwankt in ihrer Kritik an der revolutionären Linie der vergangenen zehn Jahre insofern, als sie einerseits zwar eindeutig die „Herrschaft der Viererbande“, d. h. in etwa die Zeit zwischen 1974 und 1976, kritisiert, andererseits jedoch nicht davor zurückschreckt, auch die Errungenschaften der Kulturrevolution nach 1967 kritisch ins Visier zu nehmen. Sollte letztere Perspektive zur vorherrschenden Sprachregelung werden, könnte es nicht ausbleiben, daß in einem solchen Schritt auch der Beginn einer Entmaoisierung Chinas begründet wäre. Andererseits würde ein solcher Schritt einen tiefen Einbruch in die Legitimität der jetzigen Führung verursachen, so daß nicht anzunehmen ist, daß es zu einer offenen Entmaoisierung kommt. Im Augenblick zeichnet sich eher eine Rollenteilung zwischen den beiden zentralen Führungsgestalten Hua Kuo-feng und Deng Xiaoping ab, wobei der erstere einen gegenüber der kulturrevolutionären Linie modernisierteren, der letztere einen eindeutig harten Gegenkurs steuert. Ob der moderierte Kurs nur nach außen hin als legitimatorisches Beiwerk zum härteren Gegenkurs rhetorisch artikuliert wird, oder ob beide Kurse gleichermaßen Ausdruck real existierender politischer und sozialer Kräfte sind, ist eine Frage, die auch langjährig versierte China-Beobachter nicht zu beantworten vermögen.

Ohnehin bleibt die politische Szenerie mit vielen Rätseln behaftet. Dies hängt damit zusammen, daß auch in China eine einigermaßen wirklichkeitsnahe Analyse über die eigene Gesellschaft oder gar schon eine Klassenanalyse nicht existieren. Insofern die Existenz von Klassen angesprochen wird, wird auf frühe Werke Maos zurückgegriffen, deren klassenanalytische Aussagen keiner Wirklichkeit mehr im heutigen China entsprechen: Was z. B. soll der Hinweis in der neuen Verfassung von 1978 auf die erforderliche Bestrafung der „neu entstandenen bürgerlichen Elemente“ — eine Klausel, „die der Realität des Klassenkampfes in unserem Lande entspricht“?

Der dazu auf dem V. Nationalen Volkskongreß der VR China gegebene Kommentar ist nicht sehr aufschlußreich. Dort heißt es: „Dies bezieht sich auf diejenigen, die der sozialistischen Revolution Widerstand entgegensetzen, den sozialistischen Aufbau untergraben, das sozialistische Volkseigentum in ernstem Maße schädigen, gesellschaftliches Eigentum veruntreuen und gegen das Strafgesetz verstoßen. Viele Veruntreuer, Diebe, Spekulanten, Betrüger, Mörder, Brandstifter, Rowdies, Schläger, Plünderer und andere üble Elemente, die Gesetz und Disziplin ernstlich verletzt und die sozialistische Ordnung gefährdet haben, gehören zu diesen neu entstandenen bürgerlichen Elementen ... Obwohl zahlenmäßig gering, bilden diese neuen bürgerlichen Elemente im Verein mit den alten, noch nicht umerzogenen Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionären, üblen Elementen und bürgerlichen Elementen den gefährlichsten Teil der kapitalistischen Kräfte in Stadt und Land.“

Der Mangel an eigener wirklichkeitsnaher Klassenanalyse durch chinesische Institutionen selbst und die Unmöglichkeit, die im mangelnden Zugang zu relevanter Empirie begründet ist, eine solche Klassenanalyse von außen betreiben zu wollen, führen zwangsläufig dazu, hinsichtlich der politischen Realisationschancen des Modernisierungskurses im Dunkeln tappen zu müssen. Deshalb ist es auch äußerst voreilig, zum gegenwärtigen Zeitpunkt diesen Modernisierungskurs als Ausdruck von Restauration und Revisionismus etikettieren zu wollen. Gemessen an der kulturrevolutionären Linie ist die Programmatik der neuen Führung restaurativ und revisionistisch. Und von der Kulturrevolution her gesehen muß der neue Kurs als ein „Großer Sprung nach rückwärts“ erscheinen. Alle eingangs erwähnten programmatischen Details weisen in eine solche Richtung. Doch die Entwicklung Chinas seit 1949 ist nicht identisch mit der Kulturrevolution, und es ist ein grundlegender Fehler, das chinesische „Entwicklungsmodell“ mit jenen programmatischen Äußerungen und jener Wirklichkeit exklusiv zu identifizieren, die den Geist und die praktische Politik der Kulturrevolution bestimmten. Zum chinesischen Entwicklungsweg gehört von Anfang an der Aufbau eines modernen großindustriellen Sektors, der die Zentren der Schwerindustrie, der Produktionsgüterindustrie und der modernen Agro-Industrie-Komplexe umfaßt. Zum chinesischen Entwicklungsweg gehört auch die programmatische Entthronisation dieses Sektors und die Inszenierung von Umstrukturierungs-

und Aufbaumaßnahmen im ländlichen Raum zum Nutzen der Masse der Menschen, die dort leben. Dies hat nichts daran geändert, daß auch nach solcher politischer Reorientierung der moderne Sektor mit hohen, relativ stetigen Wachstumsraten Schritt für Schritt ausgebaut worden ist, gerade auch nach dem Bruch mit dem sowjetischen Modell und dem Abzug der sowjetischen Experten Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre. Auch während der Kulturrevolution kam es zu keinem Einbruch in den Investitionsströmen und den Wachstumsraten des modernen Sektors. Was immer die Kulturrevolution an großen Leistungen vollbrachte, wie z. B. die Erschließung des ländlichen Raumes für einfache und durchaus komplexe Industrieanlagen, geschah in Ergänzung zu jenen Entwicklungen im modernen Sektor, die von den Wellenschlägen der Kulturrevolution kurzfristig sicher nicht unberührt, doch über die Jahre hin gesehen relativ unbeeinflusst geblieben sind. Mit Blick auf die programmatischen Linienkämpfe zwischen Maoismus und Liuismus könnte man also formulieren (und die folgende Aussage wurde an anderer Stelle in historisch-systematischer Analyse eingehend belegt), daß der chinesische Entwicklungsweg seit 1949 in unterschiedlichen Etappen mit unterschiedlicher Gewichtung immer schon in zwei Dimensionen sich entfaltete: hinsichtlich der stetigen Entwicklung eines modernen Sektors und hinsichtlich der später einsetzenden und wechsellöseren Entwicklung des ländlichen Raumes; und es läßt sich behaupten, daß diese Doppelgleisigkeit gerade für die Zeit nach 1967 bis auf den heutigen Tag typisch war¹⁾.

Insofern stellt der Modernisierungskurs der neuen politischen Führung keinen Bruch mit dem überkommenen chinesischen Entwicklungsweg dar. Er steht in Kontinuität mit jener Akzentsetzung von 1949—1957, die in Ermangelung an Alternativen zum weiteren Ausbau eines schwerindustriellen Sektors in China geführt hat; er steht in Kontinuität mit jener „liuistischen Phase“ nach 1961, die nur scheinbar mit Beginn der Kulturrevolution unterbrochen wurde, während sie, ohne politisch-programmatisch repräsentiert zu sein, auch während der Kulturrevolution weiterwirkte; und schließlich steht der gegenwärtige Modernisie-

¹⁾ Siehe hierzu die umfassende Monographie von Ulrich Menzel, Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Mit einem Vorwort von Dieter Senghaas, Opladen 1978.

rungskurs in deutlicher Kontinuität mit jenen Entscheidungen von Anfang der 70er Jahre, die zum Import großindustrieller Anlagen geführt haben, die in diesem Jahr ihre Produktionsarbeiten allmählich aufzunehmen fähig sind. Die damaligen Großeinkäufe wurden offensichtlich von der alten politischen Führung in der klaren Erkenntnis getätigt, daß gewisse Entwicklungspotentiale sowohl im modernen Sektor als auch im ländlichen Raum ohne zusätzliche qualifiziertere Inputs sich nicht weiterentwickeln lassen — und daß insbesondere die ländliche Entwicklung ohne Einsatz neuer Inputs an Produktions- und Produktivitätsgrenzen stoßen wird, die in dem Maße problematisch sind, in dem die Bevölkerungswachstumsrate nur um wenig geringer ist als die durchschnittliche Zuwachsrate der Agrarproduktion.

Gerade die Tatsache, daß im unmittelbaren Nachgang zur Kulturrevolution und in Jahren, in denen die erstaunlichen wirtschaftlichen Ergebnisse der Kulturrevolution sich unmißverständlich dokumentierten, die alte politische Führung, wenn auch weniger spektakulär als die heutige Führung, auf Modernisierungskurs ging, deutet, meiner Ansicht nach, unmißverständlich darauf hin, daß der Modernisierungskurs auf objektive Probleme in der chinesischen Gesellschaft und Wirtschaft anspricht — und es sich nicht (nur) darum handelt, daß erneut eine in der Tendenz liuistische Linie ideologisch im innerparteilichen Machtkampf die Oberhand gewann und nunmehr zur Durchsetzung ihres eigenen Programms aus rein ideologischen Gründen übergeht. Eine solche Argumentation verkennt die Komplexität des überkommenen Entwicklungsweges Chinas, und sie ist auch dann nicht überzeugend, wenn sie mit Verdikt-Etiketten einer vermeintlich rein marxistischen Lehre wie „Revisionismus“, „Restauration“ belegt wird ²⁾.

Der heute in China verfolgte Modernisierungskurs wird zwar von der politischen Führung technokratisch inszeniert, doch ist unwahrscheinlich, daß er sich ohne Widersprüche und politische Krisen ohne weiteres in die Tat umsetzen läßt. Die Wachstumsziele sind, das läßt sich heute schon eindeutig sagen, zumindest hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produk-

tion zu hoch gesteckt. Demgegenüber scheint es wahrscheinlicher, daß die Wachstumsziele der Industrie sich tatsächlich erreichen lassen. Werden ausreichende Ressourcen noch zur Verfügung stehen, um die für die weitere Verknüpfung von Landwirtschaft und Industrie auf höherer Ebene erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen aufzubauen, insbesondere hinsichtlich des Transportwesens? Und werden trotz solcher überfälliger Vorhaben für den kollektiven Konsum (wie Straßenbau und dergleichen) auch noch Ressourcen vorhanden sein, um eine auffällige Schwachstelle chinesischer Gesellschaft zu beseitigen, nämlich Ressourcen für den privat zu nutzenden Wohnungsbau und für Altbausanierungen, die insbesondere in großen Städten überfällig scheinen?

Und — schließlich und endlich — wird es der politischen Führung und dem Parteiapparat gelingen, einen eher zentralistisch angelegten Führungskurs mit soviel institutioneller Flexibilität auszustatten, daß sich die aus der Entwicklung der Sowjetunion bekannten Folgewirkungen eines zentralistischen Modernisierungskurs in China nicht wiederholen werden?

Vom Konzept autozentrierter Entwicklung her gesehen ist China spätestens seit Übernahme der Macht durch die jetzigen Nachfolger Maos und Tschou En-lais in eine neue Entwicklungsphase eingetreten, die zunächst keinen grundlegenden Bruch mit dem überkommenen Entwicklungsweg Chinas bedeutet ³⁾. China folgt in diesen Jahren fast beispielhaft dem Programm dissoziativer Politik, das — wie schon Friedrich List formulierte — nach einer Phase der Abkopplung, die der Konsolidierung interner kohärenter Wirtschaftsstrukturen galt, eine Wiederöffnung nach außen mit dem Ziel selektiver Kooperation mit durchaus produktiveren Ökonomien vorsieht ⁴⁾.

China wird auf absehbare Zeit Rohstoffe und Konsumgüter einfachen Verarbeitungsgrades exportieren müssen, um Fabrikanlagen und Technologien kaufen zu können. Denn durch dieses Austauschgefüge wird die chinesische

²⁾ Siehe hierzu neuerdings die bedenkenswerte, doch leider zu stilisierend verfahrenende Interpretation von Charles Bettelheim, *Questions sur la Chine après la mort de Mao Tsetung*, Paris 1978.

³⁾ Zur Erläuterung dieses Konzepts siehe Dieter Senghaas, *Gibt es eine entwicklungspolitische Alternative für die Dritte Welt?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B. 7/78, S. 3—18.

⁴⁾ Zur Erläuterung des Inhalts dissoziativer Entwicklungspolitik siehe Dieter Senghaas, *Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation*, Frankfurt 1978².

Wirtschaft nicht einseitig auf eine ungleiche Arbeitsteilung festgelegt, sondern nachweislich dazu befähigt, den einmal begonnenen autozentrierten Entwicklungsweg erneut zu dynamisieren — und damit Stufen höherer intrasektorieller und intersektorieller Verflechtungen und Stufen höherer Leistungsfähigkeit und Produktivität zum Nutzen der eigenen Menschen zu erreichen. Daß dabei höchstwahrscheinlich die relativ egalitären Gesellschaftsstrukturen sich in Richtung auf eine Akzentuierung von in Maßen bleibender Ungleichheit verschieben werden, wird der Preis des Modernisierungskurses sein, zu dem es im einzelnen sicher Alternativen gibt (insbesondere was die Aufrüstung angeht), nicht je-

doch, wie aufgezeigt werden sollte, zum Kurs der neuen Führung als solchem⁵⁾.

⁵⁾ Daß autozentrierte Entwicklung auf dissoziativer Grundlage nicht nur in einem Land der Größenordnung Chinas praktisch durchführbar ist, sondern in unterschiedlichsten Zusammenhängen, wird in den beiden folgenden Monographien über Albanien und Nordkorea erläutert: Rosemarie Juttka-Reisse, Agrarpolitik und Kimilsungismus. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Mit einem Vorwort von Dieter Senghaas, Meisenheim a. Gl. (Transfines Bd. 10) 1978 (i. E.); Wolfgang Ruß, Der Entwicklungsweg Albaniens. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Mit einem Vorwort von Dieter Senghaas, Meisenheim a. Gl. (Transfines Bd. 11) 1979 (i. E.).

ASEAN – die Gemeinschaft der südostasiatischen Nationen

Die Gründungs-Charta der ASEAN¹⁾ ist jetzt mehr als elf Jahre alt. Die Unkenrufe der Skeptiker, die ihr Urteil auf das Scheitern der East African Community oder ähnlicher Vereinbarungen und Pakte in der Dritten Welt gründeten und ASEAN keine Zukunft prophezeien mochten, haben sich nicht erfüllt. ASEAN hat die Experimentierphase überlebt, wenn auch die Aufbauphase noch nicht völlig abgeschlossen ist, und bereits bewiesen, daß sie ein gleichwertiger und verlässlicher Partner internationaler Organisationen mit vergleichbarer Zielsetzung ist. Dieser Beitrag will untersuchen, in welchem Maß die Deklaration von Bangkok bereits verwirklicht worden ist und welche Rolle ASEAN in der internationalen Völkerfamilie spielt.

Südostasien vor ASEAN

Als mittlere Folge des Zweiten Weltkriegs ging in Fernost und Südostasien das Kolonialzeitalter zu Ende; ein neu erwachter Nationalismus forderte nationale Integrität, die bedingungslose Loyalität aller Rassen in den überwiegend vielrassigen Gesellschaften, und territoriale Souveränität. Die Kolonialmächte der Region verstanden die Zeichen der Zeit sehr wohl und bereiteten ihren Rückzug vor. Während in Südostasien junge demokratische Kräfte die Verantwortung übernahmen, die die Staaten nach dem Vorbild der Kolonialherren formten, verlief in Fernost die Entwicklung unter anderen Vorzeichen: Kaum der kolonialen Herrschaft entronnen, wurden die Indochinastaaten zum Spielfeld des kommunistischen Interesses. Der Weg der fernöstlichen und südostasiatischen Nationen, im Kolonialzeitalter ein weitgehend gemeinsamer, trennte sich. Das freie Südostasien sah sich plötzlich vom Norden her bedroht, sah sich bereits als Opfer eines neuen, diesmal kommunistischen Imperialismus.

Der damalige amerikanische Präsident Dwight Eisenhower, besonders jedoch sein

Staatssekretär John Foster Dulles, glaubten an die sogenannte Domino-Theorie, derzufolge Südostasien langfristig an die nordvietnamesischen Kommunisten fallen würde. Auf ihre Initiative hin und als Gegengewicht zum kommunistischen Hegemonie-Bestreben wurde schließlich am 8. September 1954 die Southeast Asia Treaty Organization (SEATO) gegründet. Diesem Verteidigungspakt gehörten neben den USA, England, Frankreich, Australien, Neuseeland und Pakistan lediglich Thailand und die Philippinen als südostasiatische Nationen an. Malaysia und Indonesien lehnten ihren Beitritt wegen der westlichen Dominanz in der SEATO ab²⁾.

Malaysia suchte statt dessen nach einem eigenen Weg, um die Zusammenarbeit in der Region zu stärken. Dem Beispiel der Europäischen Gemeinschaft folgend, fanden sich 1961 Malaysia, Thailand und die Philippinen in der Association of Southeast Asia (ASA) zusammen. Die ASA sollte ausschließlich eine Wirtschaftsgemeinschaft sein, um als Wirtschaftsblock ein Gegengewicht zum kommunistischen Machtanspruch zu bilden. Diese antikommunistische Stoßrichtung, auch wenn sie auf militärische Interventionen ausdrücklich verzichtete, hielt dennoch Indonesien, dessen Politik zu diesem Zeitpunkt bereits stark von der Parti Komunis Indonesia (PKI) beeinflusst wurde, von einem Beitritt ab³⁾.

Die ASA kam jedoch nicht wesentlich über den Start hinaus. Malaysias erster Premierminister und einer der Väter der ASA, Tunku Abdul Rahman, urteilt in seinem Buch „Viewpoints“, das ausgeprägte nationalistische Denken ihrer Mitglieder habe ASAs Entwicklung zu einer funktionierenden Wirtschaftsgemeinschaft verhindert⁴⁾.

Als sich in späteren Jahren immer deutlicher ein Rückzug der USA aus der Region abzeichnete, wurde für die nichtkommunistischen

²⁾ Richard Allen, A short Introduction to the History of Southeast Asia, Oxford University Press, New York 1970, S. 180/188 ff.

³⁾ A. a. O., S. 159 ff.

⁴⁾ Tunku Abdul Rahman, Viewpoints, Heinemann Educational Books, Kuala Lumpur 1978, S. 141 ff.

¹⁾ Facts on ASEAN, Ministry of Foreign Affairs, Malaysia, S. 19 ff. Engl. und dt. Übersetzung am Schluß dieser Arbeit.

Staaten Südostasiens die Sicherheitsfrage immer dringlicher. Ein neues militärisches Bündnis wäre jedoch nur mit Hilfe der Westmächte möglich gewesen, aber dies hätte nach Ansicht der nichtkommunistischen Staaten in der Region eine Provokation für das kommunistische Indochina dargestellt. Also sah man die Lösung in einer starken Wirtschaftsgemeinschaft: Ein gemeinsamer wirtschaftlicher Aufbau wurde als beste Waffe gegenüber einer kommunistischen Unterwanderung angesehen. Am 8. August 1967 — zehn Jahre vor der Aufkündigung der SEATO (30. Juni 1977) — gründeten schließlich Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen die Association of Southeast Asian Nations.

Die Aufbauphase

In den ersten Jahren nach ihrer Gründung schien ASEAN die Bedenken der Skeptiker zu bestätigen: Die Aktivitäten der Gemeinschaft erschöpften sich in Außenministerkonferenzen, die zwar immer neue Abkommen fabrizierten, deren Verwirklichung aber an dem nationalistischen Egoismus der fünf Mitgliedsländer zu scheitern drohte. ASEAN verzettelte sich in zahllosen Komitees und endlosen Diskussionen über Prioritäten und kleinteiligen Streitereien über nationale Paritäten.

1968 schuf die Außenministerkonferenz Komitees für Nahrungsmittelproduktion, Luftfahrt, Meteorologie und Schifffahrt; 1969 lagen bereits 98 Empfehlungen für eine Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Industrie, Tourismus, Kommunikation, Kultur und Finanzen vor, doch es fehlten ‚feasability studies‘, um die Zielvorstellungen in die Tat umzusetzen. Die Bildung eines ASEAN-Fonds für gemeinsame Entwicklungsprojekte, zu dem jedes Mitgliedsland 1 Million US-Dollar beisteuern sollte, schien endlich der ASEAN Leben zu geben; man konnte sich jedoch nicht auf die Details einigen, zumal jedes Land den Löwenanteil aus dem Fond für sich beanspruchte ⁵⁾.

1969 kam schließlich ein Kulturabkommen zustande; und man einigte sich auch auf eine gemeinsame Kampagne, die die Ziele von ASEAN an die Bevölkerung der Mitgliedsländer herantragen sollte. 1971 machte der philippinische Präsident, Ferdinand E. Marcos, einen ersten Versuch, die Gemeinschaft in Richtung eines

ASEAN Common Market zu steuern. Er regte eine ASEAN-Entwicklungsdekade an und sprach sich für eine begrenzte Freihandelszone aus ⁶⁾. Wieder jedoch zog kleinlicher Neid die Bremsen an: Indonesien vor allem befürchtet, daß von einer Freihandelszone lediglich Singapur mit seiner hochentwickelten und stark diversifizierten Industrie profitieren werde. Lediglich die politische Aussage zu einer von Malaysia initiierten Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität, ZOPFAN, die die gesamte Region und ihre Nachbarländer umfassen soll, fand die uneingeschränkte Zustimmung aller ASEAN-Staaten.

1973 rang sich die Gemeinschaft zu einer nicht weniger gewichtigen politischen Aussage durch: Sie unterstrich, daß ZOPFAN auch die kommunistischen Indochinastaaten einbeziehen müsse, und signalisierte die Bereitschaft der Fünf, zum Wiederaufbau Indochinas beizutragen. Seither vertritt ASEAN die Ansicht, daß der Fortschritt in der Gemeinschaft mit einem gleichermaßen wachsenden Wohlstand in Indochina einhergehen müsse, um den Neid als Kriegsfaktor auszuschließen.

1974 führten die ASEAN-Minister endlich einen konstruktiven Dialog über praktische Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft. Sie einigten sich auf ‚trade liberalization‘, ‚complementarity agreements‘ und ‚package deal arrangements‘ im Bereich des Handels und des industriellen Aufbaus.

1975 verständigten sich die Minister über Handels-Präferenzen und übertrugen die Einzelheiten einem ‚ASEAN Trade Negotiation Body‘. Vorerst beschränkte man sich auf landwirtschaftliche Produkte und Waren der industriellen Fertigung, die aus nationalen Rohstoffen gewonnen bzw. hergestellt worden waren.

Mit der Europäischen Gemeinschaft war ASEAN inzwischen in einen Dialog eingetreten, der über das ASEAN Brussels Committee und die ASEAN-EEC Joint Study Group geführt wurde. Die Gemeinschaft beschränkt ihre Verhandlungen mit der EG nicht nur auf den Handel mit Rohstoffen, sondern sucht auch einen Absatzmarkt für die Produkte ihrer aufstrebenden Industrie.

Zieht man eine Bilanz dieser ersten acht Jahre, so gelangt man auch bei großzügiger Beurteilung nur zu einem unbefriedigenden Er-

⁵⁾ Facts on ASEAN, S. 44 ff.

⁶⁾ A. a. O., S. 81 ff.

gebnis. Zweifellos waren sich die Fünf einander nähergekommen und haben im Interesse einer gemeinsamen ASEAN-Terminologie ihren nationalistischen Egoismus beträchtlich abgebaut. Doch es wurde auch dem Trägsten im ASEAN-Lager klar, daß sich die Gemeinschaft totreden werde, wenn sie nicht schleunigst und spürbar handlungsfähig wurde.

Thanat Khoman, der als damaliger Außenminister Thailands die Declaration of Bangkok mitunterzeichnete, meint heute zu den Geburtswehen von ASEAN: „Immer, wenn wir versuchten, die Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschaft und Industrie zu stärken und auszuweiten, stießen wir auf Zweifel und kleinliches Mißtrauen. Dies vor allem zwischen dem größten Mitglied (Indonesien) und dem kleinsten (Singapur). Das kleinste Mitglied ist recht kühn und aggressiv, wenn es darum geht, seine Vorteile durchzusetzen.“ Thanat erwähnt weiter die noch ungelösten territorialen Streitigkeiten zwischen einzelnen ASEAN-Partnern. So beanspruchten die Philippinen bis vor kurzem den malaysischen Bundesstaat Sabah als ein Erbe der Sultane von Sulu, und Indonesien lag sich von 1963 bis 1966 während der Konfrontasi (bewaffnete Konfrontation) mit Malaysia wegen der Einbeziehung der Nordborneo-Staaten in die malaysische Föderation in den Haaren ⁷⁾.

Das Gipfeltreffen von Bali

Acht Jahre lang hatte sich ASEAN so mit der schwerfälligen Verwaltungsmaschinerie seiner Mitgliedsländer im Kreis gedreht. Die Declaration of Bangkok wurde sorgfältig verwaltet, jedoch kaum verwirklicht. Die National Secretariats produzierten Vorlagen, die eifersüchtig gehütet, aber nur unzureichend ausgetauscht wurden. Die Resultate und Empfehlungen der zahllosen Komitees ermangelten der gemeinsamen Zustimmung der betroffenen Regierungen.

Eine der wichtigsten Entscheidungen des Bali-Gipfels, der seit der Gründung des Paktes die Staatsoberhäupter zum erstenmal versammelt sah, war die Straffung der Verwaltung von ASEAN. Es wurde ein zentrales ständiges ASEAN-Secretariat mit einem Secretary-General geschaffen, der im Turnus von zwei Jahren in alphabetischer Reihenfolge von einem der fünf Mitgliedstaaten gestellt

wird. Der Generalsekretär ist für alle Aktivitäten der ASEAN-Körperschaften verantwortlich. Bei ihm laufen alle Informationen zusammen. Die zahllosen Komitees wurden auf wenige effizientere Arbeitsgruppen reduziert und die Verwaltung von ASEAN unter drei Direktoratoren gestrafft: Wirtschaft — Wissenschaft und Technik — Kultur und Soziales. Der ständige Sitz des Generalsekretariats ist Djakarta.

Die fünf Regierungschefs (Premier Datuk Hussein Onn, Malaysia; Präsident Ferdinand E. Marcos, Philippinen; Präsident Suharto, Indonesien; Premier Lee Kuan Yew, Singapur; Premier Kukrit Pramoj, Thailand) unterzeichneten einen ‚Treaty of Amity and Co-operation. Darin versichern sich die Fünf des wechselseitigen Respekts für Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und nationale Identität. Es wird die Nichteinmischung in innerstaatliche Angelegenheiten eines anderen ASEAN-Partners betont und die Bereitschaft, Unstimmigkeiten auf friedlichem Weg zu bereinigen. Dieser Passus ist von einiger Tragweite. Er versichert Manila, daß sich die beiden islamischen Partner Malaysia und Indonesien nicht in die Auseinandersetzungen der vorwiegend christlichen Regierung der Philippinen mit den muslimischen Moro-Rebellen im Süden des Landes einschalten werden, und er schließt die Einmischung der übrigen ASEAN-Mitglieder in Indonesiens Ost-Timor-Affäre aus ⁸⁾. Der Freundschaftsvertrag ebnete schließlich den Weg für die ‚Declaration of ASEAN Concorde‘, für das erste Manifest der Fünfergemeinschaft zum konkreten Handeln.

ASEAN nach Bali

In der ‚Declaration of ASEAN Concorde‘ räumen sich die Fünf — besonders in Krisenfällen — Handelspräferenzen im Bereich der Nahrungsmittelversorgung (Reis) und der Energiesicherung (Erdöl) ein. Im Inner-ASEAN-Handel wurde ebenfalls ein entscheidender Fortschritt erzielt. Für vorerst 71 Produkte wurde ein ‚Preferential Scheme‘ mit Zollvergünstigungen zwischen 10 und 30 Prozent erarbeitet. Darüber hinaus einigte sich die Gemeinschaft auf die Errichtung von fünf Industrieprojekten, die gemeinsam finanziert werden sollen, dem Gastland allerdings die Anteilsmajorität zugestehen. In Thailand soll

⁷⁾ Interview des Autors mit Thanat Khoman.

⁸⁾ Facts on ASEAN, S. 24 ff.

⁹⁾ Ebd.

eine Fabrik für Sodaasche entstehen, auf den Philippinen eine Fabrik für Superphosphat, je eine Harnstoff-Fabrik in Indonesien und Malaysia und eine Fabrik für Dieselmotoren in Singapur. Weitere Projekte wurden ins Auge gefaßt, so die Fabrikation von Autoreifen, Werkzeugmaschinen, Papier, eine petrochemische Industrie und fischverarbeitende Industrien. Auf diese ASEAN-Projekte wird später noch einmal näher eingegangen werden müssen.

Nicht alle ASEAN-Partner waren jedoch mit dem Erreichten zufrieden. So hatte sich Singapur größere Zugeständnisse bei den Handels- und Zollpräferenzen erhofft. Die einst angestrebte Freihandelszone im Inner-ASEAN-Handel wurde vorerst auf Eis gelegt. Die Philippinen, deren Anteil am Inner-ASEAN-Handel ohnehin nur unbedeutend und somit vom Fallen der Zollschränken am wenigsten betroffen ist, sekundierten zwar den Standpunkt Singapurs, konnten jedoch Indonesien, den hartnäckigsten Opponenten der Freihandelszone, nicht umstimmen. Djakarta befürchtete eine wirtschaftliche Bevormundung durch Singapur und wird der Freihandelszone erst dann zustimmen, wenn die Wirtschaftsstruktur ASEANs wettbewerbsgerechter ausgeglichen sein sollte. Singapur, das dringend nach einem Markt für seine produktionsintensive Industrie sucht, schließt nun bilaterale Verträge mit seinen ASEAN-Partnern ab, in denen es seine Vorstellungen von einer Freihandelszone zu verwirklichen sucht¹⁰⁾.

Indonesien, das wirtschaftliche Schlußlicht unter den ASEAN-Ländern und mit der niedrigsten Zuwachsrates, wird noch auf lange Sicht der größte Hemmschuh auf dem Weg zu einem ASEAN Common Market sein. Seine Eifersüchteleien mit Singapur verhindern den Ausbau des Inner-ASEAN-Handels, der 1977 weniger als 20 Prozent des gesamten Handelsvolumens der Gemeinschaft erreichte. Man darf aber auch nicht übersehen, daß die Wirtschaft der einzelnen Mitgliedsländer nur wenig wettbewerbsfähig ist; sie ist überwiegend landwirtschaftlich orientiert und wird erst mit der zunehmenden Industrialisierung einen sinnvollen Warenaustausch innerhalb der Gemeinschaft ermöglichen. Bis dahin ist ASEAN dringend auf internationale Märkte angewiesen.

¹⁰⁾ E + Z, Deutsche Stiftung für Internationale Zusammenarbeit, 4/77, S. 15.

Das Gipfeltreffen von Kuala Lumpur

Am 8. August 1977 trafen sich die Regierungschefs der fünf ASEAN-Staaten zu ihrem zweiten Gipfeltreffen in Kuala Lumpur. Der Anlaß dieses Treffens war der 10. Geburtstag der Gemeinschaft, der Grund die zwingende Notwendigkeit, in Anbetracht der Ausweitung des neuen Krieges in Indochina die Solidarität der Gemeinschaft zu festigen. Als Wirtschaftsgemeinschaft mußte ASEAN zudem eine einheitliche Stimme gegen den wachsenden Protektionismus der Industrienationen finden. „This is a business summit“, grenzte der malaysische Premierminister, Dattuk Hussein Onn, das Ziel des Gipfels ab, und Singapurs Premier, Lee Kuan Yew, präziserte: „Wir müssen über die Gewohnheit, im Rahmen unserer beschränkten nationalen wirtschaftlichen Planung zu denken, hinauskommen. Diese entstand zu einem Zeitpunkt, als wir noch hofften, daß die Amerikaner und der Westen allgemein zu unserer Sicherheit beitragen würden, unter der wir Modernisierung und Industrialisierung im Rahmen unserer nationalen Überlegungen hätten betreiben können. Doch diese Hoffnung ist nicht erfüllt worden. Wir haben echte Probleme, laßt uns echte Lösungen finden. Solche wären eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und höhere Entwicklungsraten.“

Wohl nicht zuletzt der protektionistische Druck, dem die Gemeinschaft auf dem internationalen Markt begegnete, überzeugte die ASEAN-Staatschefs, daß diese Mahnung ernst genommen werden müsse. Ein erster Schritt in Richtung regionaler Verantwortlichkeit wurde mit dem ‚ASEAN Monetary SWAP Arrangement‘ (Fond für Währungsaustausch und -stabilisierung), getan, das in Kuala Lumpur unterzeichnet wurde. Es sichert jenen Mitgliedern der Gemeinschaft, die auf Grund internationaler Einflüsse unvorbereitet in Liquiditätsschwierigkeiten geraten sollten, eine Währungsstabilisierung gegenüber dem US-Dollar zu. Die fünf Zentralbanken der Gemeinschaft stellen für diesen Krisenfonds je 20 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Bei lokaler Währungsinstabilität können aus dem Fonds bis zu 40 Millionen US-Dollar gegen nationale Währung entnommen werden¹¹⁾.

Die Teilnahme der Regierungschefs von Japan, Australien und Neuseeland unterstrich

¹¹⁾ The Meeting of ASEAN Heads of Government, Publikation des malaysischen Außenministeriums, 1977.

darüber hinaus die Verflechtung ASEANs mit den unmittelbaren Nachbarn, die im internationalen Handel ähnliche Hürden zu überwinden haben wie die Gemeinschaft. Außerdem bedeutete die Anwesenheit Fukudas, Frasers und Muldoons eine politische Demonstration der nichtkommunistischen Staaten der Region gegenüber Indochina und China, im weiteren Sinne auch Moskau.

ASEAN und die regionale Sicherheit

Schon lange vor dem Schlußstrich unter die SEATO wurde in der ASEAN die Möglichkeit erwogen, die als wirtschaftliche Vereinigung konzipierte Gemeinschaft zu einem Verteidigungspakt auszubauen. Entsprechende Initiativen gingen vor allem von Thailand und Indonesien aus, stießen jedoch in Malaysia auf spürbaren Widerstand. Dies bedeutet aber nicht, daß die Gemeinschaft in Fragen der Sicherheitspolitik den Kopf in den Sand steckt. Die USA haben wiederholt wissen lassen, daß sie Südostasien nicht mehr als einen Krisenherd von Bedeutung ansehen und daß die Region ihre Verteidigung in die eigenen Hände nehmen müsse. Sie kündigten ihren schrittweisen Rückzug aus Südkorea an, und die bilateralen Verhandlungen zwischen Washington und Manila über die Zukunft der beiden amerikanischen Militärbasen auf den Philippinen sind nach zweijährigem Tauziehen immer noch offen.

Amerika, das seine Niederlage in Vietnam noch immer nicht ganz bewältigt hat, sucht nach einer neuen Basis für eine Präsenz in Südostasien, die weniger provokativ ist als eine rein militärische. Richard Holbrooke, Carters Assistant Secretary of State, der im vergangenen Jahr die Region bereiste, verneint, daß die USA ihre Mitverantwortung für die Region eingrenzen wollten. Der Rückzug amerikanischer Truppen werde durch militärisch-technische und finanzielle Hilfe ausgeglichen. Die USA seien nach wie vor an einer Präsenz auf den Philippinen interessiert, und außerdem trage die amerikanische Präsenz im Pazifik zur Sicherheit Südasiens bei. Holbrooke unterstreicht Washingtons Verantwortung für die Region jedoch in erster Linie als die eines Partners in der wirtschaftlichen Entwicklung. Bisher hat nur Malaysia den Standpunkt vertreten, daß die Region frei von westlicher militärischer Präsenz werden müsse. Diese Ansicht wird jedoch keineswegs von Thailand und Singapur geteilt. Thailand ist sich zu sehr seiner expo-

nierten Stellung als eines möglichen nächsten Dominosteins bewußt, und Singapurs Premier, Lee Kuan Yew, teilt nicht die gelegentlich als politische Naivität apostrophierte Vorstellung Malaysias, daß die kommunistischen Supermächte durch internationale Vertragswerke neutralisiert werden könnten. Lee ist der Ansicht, daß der kommunistische Block unberechenbar sei¹²⁾. Zweifelsohne hat die zunehmende Normalisierung des Verhältnisses zwischen den USA und China den Druck auf die ASEAN verringert. Ob diese Situation von Dauer ist, muß erst die Zukunft zeigen. Mit seinem Beitritt zum COMECON hat sich Vietnam zudem eindeutig an Moskau gebunden. Mit Peking auf der Seite Kambodschas erscheint vielen ASEAN-Politikern der Indochina-Konflikt als ein Großmachtgerangel mit unvorausehbarem Ende.

Zone des Friedens

ASEANs eigene Initiative zum Abbau von Konflikten in der Region ist die von Malaysia angeregte Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität, ZOPFAN. Die Fünfergemeinschaft ist zwar inzwischen voll hinter diese Idee gerückt, sich aber auch im klaren darüber, daß ZOPFAN Indochina einbeziehen müsse. Doch anlässlich der Konferenz der Blockfreien in Colombo (1976) konfrontierte Vietnam die Gemeinschaft mit einer eigenen Version einer „Zone des Friedens, der genuine Unabhängigkeit und Neutralität“. Skeptische ASEAN-Politiker haben ihre — sicher nicht unbegründeten — Zweifel, daß sich diese Version nur in der Bezeichnung von ZOPFAN unterscheide. Sie können sich überdies des Verdachts nicht erwehren, daß unter genuiner Unabhängigkeit eine erneute „Befreiung“ der ASEAN-Staaten durch Hanoi Sozialismus gemeint sein könne. Hanoi hat bis zum Sommer dieses Jahres ASEAN als ein militärisches Bündnis amerikanischer Marionetten beschimpft und erst jüngst in einer spontanen Wende die Hand der Freundschaft ausgestreckt. Gewiß aber schmeckt den Vietnamesen ASEANs Interpretation von Freiheit nicht, worunter die Gemeinschaft die Wahrung der Menschenrechte versteht¹³⁾.

Seit etwa einem Jahr bemüht sich die ASEAN, vor allem Malaysia, die wahren politi-

¹²⁾ Asiaweek, 17. Juni 1977, S. 8 ff.

¹³⁾ Frankfurter Rundschau, Hanoi möchte alles im Gespräch erledigen, 11. 8. 78.

schen Absichten Hanois gegenüber der Gemeinschaft auszuloten. Die Malaysier haben — ebenso wie Thailands Premier Kriangsak Chamanand — ein diplomatisches Karussell in Bewegung gesetzt, um Indochina vom Willen der Gemeinschaft zu einer friedlichen Koexistenz zu überzeugen.

ASEAN und Vietnam

Als der stellvertretende vietnamesische Außenminister Phan Hien im Sommer 1978 die Fünfergemeinschaft bereiste, überraschte er mit einer unerwarteten Flexibilität. ZOPFAN stand plötzlich nicht mehr im Widerspruch zu Vietnams Friedensbemühungen, die nun nicht länger als abgerundete Idee bezeichnet, sondern zur Diskussionsgrundlage degradiert wurden¹⁴⁾. Wenige Monate später bereiste der vietnamesische Premier Pham Van Dong die Hauptstädte der ASEAN-Gemeinschaft und gab sich nicht weniger beweglich, wenn es um die Diskussion einst verhärteter politischer Standpunkte ging. Dong beteuerte, daß Vietnam weder die Absicht habe, militärisch in Südostasien zu intervenieren, noch werde Hanoi subversive Aktivitäten in der Region unterstützen. Der greise Revolutionär zog einen Friedens-Freundschafts- und Nichtangriffspakt aus der Tasche und war offensichtlich enttäuscht, daß die ASEAN höflich aber entschieden abwinkte. Man war sich in den Hauptstädten der Gemeinschaft nicht sicher, was die plötzliche Kehrtwendung in der politischen Großwetterlage verursacht habe. Der Verdacht keimte, daß sich Hanoi als das trojanische Pferd Moskaus entpuppen könne. Denn es war die sowjetische Regierungsstimme Agency of Press News (APN), die im Juli 1978 vorgeprescht war und engere Beziehungen zwischen ASEAN und Vietnam angeregt hatte. Imelda Marcos, die im Sommer Moskau besucht hatte, konnte darüber hinaus vermelden, daß ihr angedeutet worden sei, Moskau werden im Pham-Van-Dong-Besuch seine Hände mit im Spiel haben.

Die ASEAN sieht auch keine Möglichkeit, über den Frieden zu reden, solange der Indochina-Konflikt nicht bereinigt ist¹⁵⁾. Singapurs Außenminister Sannathamby Rajaratnam — bekannt dafür, daß er die Regeln fernöstlicher Diplomatie zuweilen außer acht läßt — gab bekannt, was andere ASEAN-

Politiker in dieser Deutlichkeit zu sagen scheuten. „Wir wissen genau, welches Spiel hier gespielt werden soll.“ Drei Faktoren bestimmen seiner Überzeugung nach Hanois diplomatische Aktivität: der wachsende diplomatische und militärische Druck Chinas auf Hanoi, Moskaus Bemühungen, über Hanoi in der Region Fuß zu fassen und Hanois Erkenntnis, in der Region eine aktive Rolle spielen zu müssen, um sein wirtschaftliches Dilemma lösen zu können.

Konnte Pham Van Dong schon keinen Friedensvertrag mit nach Hause nehmen¹⁷⁾, so war seine Hoffnung auf eine durchschlagende wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht weniger enttäuscht worden. Zwar lockte er Thailand einen langfristigen Kredit in Höhe von 5 Millionen US-Dollar aus der Tasche, sein Wunsch nach verstärktem Handel mit den Philippinen, vor allem großen Reislieferungen, stieß jedoch in Manila auf ein klares Nein. Indonesien ließ wenig Zweifel daran, daß es an einer engeren Beziehung mit Hanoi wenig interessiert ist und ließ die indonesischen Zeitungen schreiben, daß man die kommunistische Bedrohung aus dem Norden noch nicht vergessen habe. Noch deutlicher wurde Singapurs Lee Kuan Yew: „Der Indochina-Konflikt verringert die kommunistische Bedrohung durch Insurgenten in dieser Region um kein Jota, er schiebt sie nur auf.“ Im übrigen ist Singapur weit mehr an einer weiteren Normalisierung mit Peking interessiert. Die Verträge, die Dong mit seinen ASEAN-Gesprächspartnern unterzeichnete, waren denn auch überwiegend rhetorisch. Man will alle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit prüfen. Lediglich Malaysia, schon durch einen Kooperationsvertrag im Januar 1978 gebunden, machte konkrete Zusagen im Bereich des Handels und der wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

Diese übergroße Vorsicht der ASEAN gegenüber Vietnam bedeutet jedoch nicht, daß die Gemeinschaft von ihrem früheren Angebot, sich am Wiederaufbau Indochinas beteiligen zu wollen, zurückgetreten sei. Doch dazu muß es erst etwas zum Aufbauen geben; zur Zeit wird noch zerstört. Die ASEAN ließ weiter keinen Zweifel daran, daß die Normalisierung der Beziehungen ganz Indochina einbeziehen müsse — und auch China.

¹⁴⁾ Ebd.

¹⁵⁾ New Straits Times, Malaysia, 8. 7. 1978.

¹⁶⁾ Far Eastern Economic Review, August 4/78, S. 9.

¹⁷⁾ Asiaweek, September 22/78, S. 9 ff.

ASEAN und China

Südostasiens Verhältnis zu China ist historisch durch die Huachiao bestimmt, die chinesischen Minderheiten in der Region. Für lange Zeit ließ Peking die südlichen Nachbarn darüber im unklaren, ob es die Überseechinesen nicht doch als Fünfte Kolonne zu benutzen gedenke¹⁸⁾. Bis vor noch gar nicht allzu langer Zeit hatte Peking zudem mit Hanoi in dasselbe Horn gestoßen, wenn es um die Beschimpfung der Gemeinschaft als „US-inspirierte militärische Allianz“ ging. Doch mit dem neuen Indochinakonflikt trennten sich die Wege der einstigen Waffenbrüder. Prompt kam denn auch Chinas Warnung an die ASEAN, daß Pham Van Dongs Initiative eine neue sowjetische Strategie um die Vormachtgewinnung in der Region sei¹⁹⁾.

Singapurs Rajaratnam hat jedoch ähnliche Zweifel an dem uneigennützig scheinenden Freundschaftsangebot Pekings, wie er sie schon gegenüber Hanoi geäußert hatte. Seiner Meinung nach bedeutet Chinas ausgestreckte Hand eine langfristige Strategie, die sich in den Friedens- und Freundschaftspakt mit Japan einordne. Mit ASEAN zusätzlich im freundschaftlichen Gefolge werde Moskaus Phalanx in Hanoi eingekreist, sein Einfluß auf das freie Südostasien beschnitten.

China hat gegenüber Hanoi einen kleinen Vorsprung, da es nie ZOPFAN in Frage gestellt, sondern eifrig sekundiert hat. Andererseits aber klingt Pekings Friedensbeteuerung solange unglauwürdig, wie die Kommunistische Partei Chinas kommunistische Insurgenten und Guerillas in Südostasien unterstützt. Fadenscheinig ist die Entschuldigung der chinesischen Regierung, daß die Partei in dieser Frage autonom sei, also einen anderen Standpunkt vertrete als die Regierung.

Zentrale Politik der ASEAN ist ein freundschaftliches Verhältnis mit allen Staaten, die diese Freundschaft suchen. Ob allerdings Peking und Hanoi zusammen in diesen Club aufgenommen werden können, ist vorerst noch fraglich. Man muß abwarten, bis sich das derzeit noch rotierende diplomatische Karussell in Südostasien beruhigt hat. Besonders der Besuch des chinesischen Vizepremiers Deng Xiaoping bei der ASEAN ist vorerst schwierig zu analysieren. Deng konnte sich

zwar vergewissern, daß einerseits die Visite Pham Van Dongs wenige Wochen vorher kaum Schaden für Chinas Interessen an den Paktstaaten angerichtet hatte, andererseits konnte er einige Bedenken nicht ausräumen, die seit langem das Verhältnis zwischen Peking und der ASEAN belasten. So hatte Deng sowohl in Bangkok als auch in Kuala Lumpur wiederum betont, daß Peking zwar freundschaftliche Beziehungen zur ASEAN suche, daß die kommunistische Partei Chinas jedoch fortfahren werde, auf ihre Weise Verbindung mit Bruderparteien im Ausland — Untergrundbewegungen eingeschlossen — zu halten. Ob sich ASEAN über diese ungeschminkte Feststellung, die vor allem Thailand und Malaysia mit insgesamt mehr als 15 000 kommunistischen Guerillas betrifft, hinwegsetzen kann, hängt davon ab, ob die Gemeinschaft Chinas Wünsche akzeptiert: Peking befürchtet nämlich, Moskau werde nachrücken, wenn China die materielle und ideologische Unterstützung für die kommunistischen Untergrundparteien einstellt.

Malaysias Außenminister Tenku Ahmad Rithauddeen, der jüngst von einer Pekingreise zurückkehrte, hatte dort den für das kommende Frühjahr angesetzten Besuch seines Premiers Datuk Hussein Onn vorbereitet. Es wird unter anderem von diesem Besuch abhängen, wie nahe sich ASEAN und China kommen. Zweifelsohne, dies enthüllte die Deng-Visite, hegt ASEAN für China stärkere Sympathien als für Vietnam. Deng hat nennenswerte Handels- und Kooperationsabkommen mit nach Hause genommen, die Pham Van Dong versagt geblieben sind. Mit Deng haben Bangkok und Kuala Lumpur Fragen der regionalen Zusammenarbeit besprochen, die mit Pham Van Dong bewußt vermieden wurden; lediglich Singapur und Indonesien haben ihre politische Haltung gegenüber China noch nicht aufgeweicht.

Lee Kuan Yew, der Premier der Inselrepublik, hatte wiederholt betont, daß sein Land das letzte sein werde, das mit Peking diplomatische Beziehungen aufnehmen werde. Allerdings wird vermutet, daß Deng diese Frage in Singapur sondierte. Denn beide Staaten unterhalten einen regen wirtschaftlichen Austausch. Singapur ist nach Hongkong das wichtigste Tor Pekings zur Welt. Lee Kuan Yew mag seine Skepsis gegenüber China etwas gemildert haben, nachdem Teng — wie 1956 bereits Chou En-lai — erneut versicherte, daß Peking Dop-

¹⁸⁾ Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/78.

¹⁹⁾ Far Eastern Economic Review, September 29/78, S. 8 ff.

²⁰⁾ Siaran akhbar, PEN, p/78/21, Press Division Malaysia.

pelstaatsbürgerschaften nicht anerkenne, daß die Übersee-Chinesen, die eine andere Staatsbürgerschaft angenommen haben, nicht mehr unter die Jurisdiktion Pekings fallen.

In Indonesien hat Deng eine schwere Hypothek abzutragen. China saß zweifellos am Schalter, als die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) 1965 die Machtübernahme probte. Die diplomatischen Beziehungen sind seit 1967 eingefroren, und die Regierung Suharto denkt auch vorerst nicht daran, sie wiederzubeleben. Wie Singapur, so befürchtet auch Indonesien, daß China seinen Hegemonieanspruch über die Region nur vorübergehend zu den Akten gelegt habe. Allerdings will der indonesische Außenminister Mochtar Kusumaadmadja in naher Zukunft nach Peking reisen und dort vermutlich auch die Frage der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen sondieren.

ASEANs grundsätzlich positive Einstellung gegenüber China wird auch von dem jüngst unterzeichneten sino-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag mitgetragen. An der Tatsache, daß die Söhne Nippons ihre Prioritäten in China sehen, kann ASEAN nicht vorübergehen. Tokio als der größte Handelspartner der Gemeinschaft und als — zumindest dem Versprechen nach — größter Geldgeber kann sehr wohl Akzente für die Politik der Gemeinschaft setzen, und eine pro-chinesische Haltung ist einer davon.

ASEAN und Japan

Mag ASEANs zukünftiges Verhältnis zu Hanoi und Peking augenblicklich auch das spektakulärste Problem sein, so ist das Verhältnis der Gemeinschaft zu Japan jedoch bedeutend empfindlicher. Beide Seiten haben noch die jüngste Vergangenheit zu bewältigen: An die Stelle der noch nicht vergessenen militärischen Brutalität der Japaner im Zweiten Weltkrieg könnte — so fürchtet man in der Region — eine wirtschaftliche treten; Schlagwörter wie ‚economic animals‘ oder ‚yellow Yankees‘ bringen dies zum Ausdruck ²¹⁾.

ASEAN ist besorgt wegen einer möglichen Umklammerung durch ein japanisches Wirtschaftsimperium, das seine Interessen in China, Vietnam und ASEAN auf dem Weg eines ‚teile und herrsche‘ verwirklichen könnte. Als

²¹⁾ Far Eastern Economic Review, September 2/77, S. 13.

der japanische Premier Takeo Fukuda zum zweiten ASEAN-Gipfel 1977 nach Kuala Lumpur reiste, knüpfte die Gemeinschaft große Hoffnungen an diesen Besuch. Erwartungsgemäß versicherte Fukuda seine Gesprächspartner der japanischen Verantwortung für die wirtschaftliche Stabilität der Region und geizte nicht mit finanziellen Zusagen. In seiner Rede — die als Fukuda-Doktrin Schlagzeilen machte — plädierte er für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage einer gleichberechtigten Partnerschaft und unterstrich Tokios Mitverantwortung für den Frieden und die Sicherheit der Region unter ausdrücklichem Verzicht auf eine Rolle als militärische Macht.

Fukuda legte ASEAN eine Zusage in Höhe von 1 Milliarde US-Dollar als Geburtstagsgeschenk in den Schoß, die Japan allerdings noch einzulösen hätte. Zuvor müsse man die mit den USA in Unordnung geratenen wirtschaftlichen Beziehungen wieder bereinigen, lautet die inhaltliche Entschuldigung. In der Zwischenzeit aber unterzeichnete Tokio seinen Freundschaftsvertrag mit Peking — ohne Zweifel eine Sicherung seiner handelspolitischen Westfront — und streckt gleichzeitig seine Fühler nach Hanoi aus, an dessen Wiederaufbauprogramm es sich beteiligen möchte; ganz gewiß geschieht dies nicht selbstlos, denn die japanischen Investitionen sollen Früchte tragen. Um so skeptischer reagiert inzwischen ASEAN. Im Ohr der Gemeinschaft klingt Hanois Kritik an den japanischen Zusagen für die Fünf wider, daß Tokio über seine Hilfe für ASEAN in amerikanische Schuhe zu steigen gedenke, die Vietnam zertreten könnten. Ein ASEAN-Diplomat, durch Japans politischen Seiltanz verwirrt, meinte dazu: „On whose bloody side are they really?“

Japans Milliarden-Zusage für ASEAN ist an die fünf ASEAN-Projekte gebunden (siehe „ASEAN nach Bali“). Und bevor Tokio den Geldhahn aufdreht, will es durch einschlägige Studien von deren Realisierbarkeit überzeugt sein. Niemand kann leugnen, daß Japan bei seiner Zusage nicht im Auge gehabt habe, daß diese ASEAN-Projekte unter den Fünf gewaltig Staub aufwirbeln und möglicherweise das Reißbrett gar nicht verlassen werden, weil sich die Gemeinschaft nicht über die Prioritäten einigen kann. Mit ein wenig Glück wird Tokio die Milliarde sparen können.

Politische Analytiker sind der Ansicht, daß Japan damit gerechnet habe, ja ganz froh darüber sei, sein Engagement für ASEAN als ein

Ganzes in den Hintergrund rücken zu können. Japan habe schon immer — und zwar aus optischen Gründen Peking und Hanoi gegenüber — eine gewisse Zurückhaltung gezeigt, mit der Gemeinschaft als Block zu verhandeln. So nimmt es nicht wunder, daß den 268 000 Millionen Yen für ASEAN recht freizügig fließende bilaterale Zusagen gegenüberstehen: 21 000 Millionen Yen für Malaysia, nahezu 60 000 Millionen Yen für Indonesien, 600 Millionen Yen für Singapur und je knapp 30 000 Millionen Yen für Thailand und die Philippinen²²⁾.

Die Skeptiker gegenüber Japans Loyalität für ASEAN erhalten darüber hinaus Nahrung aus dem japanischen Protektionismus für Einfuhren aus ASEAN. Die rund 29 Prozent seines Gesamtexports, die ASEAN in Japan absetzt, beschränken sich weitgehend auf Rohstoffe. Für die aufstrebende Industrie der Gemeinschaft riegelt Tokio seine Grenzen ab²³⁾.

Japan deckt etwa die Hälfte seines Bedarfes an Naturkautschuk, tropischen Hölzern, Palmöl, Kopra, Zucker, Pfeffer, Kaffee, Tee und tropischen Früchten sowie Zinn und Kupfer aus den ASEAN-Staaten. Hier ist Japan verwundbar, sollte die Gemeinschaft den japanischen Protektionismus mit einem restriktiven Rohstoffexport beantworten; denn die Gemeinschaft ist an einer „Toyota-Diplomatie“ nicht interessiert, die nur Japans Streben nach noch mehr Wachstum nutzen würde. Japan, so meint der philippinische Politologe Professor Renato Constantino, müsse schon mehr tun, um die Region von seiner uneigennütigen, gleichberechtigten Partnerschaft zu überzeugen, wenn es ohne Vorbehalte in der asiatischen Völkerfamilie akzeptiert werden wolle²⁴⁾.

ASEAN und Australien

Skepsis beherrscht auch das Verhältnis der Gemeinschaft zu Australien. Canberra, einst Mitglied in der antikommunistischen Phalanx der SEATO, verärgert die Fünfergemeinschaft seit langem durch überraschend und sporadisch verhängte Handelsbarrieren, die eine vorausschauende Planung oft unmöglich machen. Australiens Premier Malcom Fraser mußte sich denn auch von Singapurs Lee Kuan Yew sagen lassen, daß ASEAN ihre

Importpolitik neu überdenken und eine Front gegenüber solchen Ländern errichten könnte, die ASEAN-Exporte behinderten.

Fraser versuchte, den Schwarzen Peter an die Europäische Gemeinschaft weiterzureichen. Solange Australien auf dem europäischen Markt auf Einfuhrbeschränkungen stoße, müsse es seinen Arbeitskräftemarkt durch restriktive Maßnahmen gegenüber anderen Exportländern schützen. Lee Kuan Yew bezeichnete diese Position als ein kurzsichtiges Gewerkschaftsdenken.

Inzwischen ist das Import-Embargo für australische Waren von der ASEAN teilweise verwirklicht worden. Australien ist das erste Land, das die Macht der Gemeinschaft als Wirtschaftsblock voll zu spüren bekommt, wenn ASEAN damit das Tor für Australien allerdings auch nicht zugeschlagen hat: in den Hauptstädten der Gemeinschaft weiß man sehr wohl, daß Canberra (die australische Luftwaffe unterhält einen Stützpunkt in Malaysia) ein wichtiges Glied in der südostasiatischen Verteidigungskette ist und nicht zu stark provoziert werden darf.

Das 1977 — anlässlich Frasers Besuch auf dem ASEAN-Gipfel — vereinbarte ASEAN-Australien-Forum soll die verhärteten Fronten wieder aufweichen. Australien hat sich bereit erklärt, Entwicklungsprojekte in der Gemeinschaft bis zu einer Höhe von 10 Millionen australischen Dollar zu fördern. Vorrang sollen Joint-Venture-Projekte mit australischer Partnerschaft haben, um die Wirtschaft beider Seiten enger zu verflechten, eine Maßnahme, die den gegenwärtigen und einen zukünftig möglichen Handelskrieg neutralisieren soll, da von ihm beide Seiten gleichermaßen betroffen wären. Darüber hinaus zeichnete Australien auf bilateraler Ebene mit ASEAN-Staaten Zusagen zur Entwicklungshilfe in Höhe von 250 Millionen australischen Dollar²⁵⁾.

ASEAN und die USA

Das Verhältnis von ASEAN zu den USA kommt nahezu einer Haß-Liebe gleich. Auf der einen Seite halten es gewisse ASEAN-Regierungen für opportun, den amerikanischen Imperialismus im Chor mit anderen Entwicklungsländern zu beschimpfen, zum an-

²²⁾ Ebd. S. 12 ff.

²³⁾ Ebd.

²⁴⁾ Ebd. August 25/78, S. 38 f.

²⁵⁾ The Meeting of ASEAN Heads of Government, S. 94 ff.

deren aber baut ASEAN auf Amerikas Beitrag zur Entwicklung und Sicherheitspolitik der Region. In neuerer Zeit sollen die alten politisch-militärischen Bande gegen eine stärkere wirtschaftliche Kooperation ausgetauscht werden. In Anbetracht des militärischen Disengagement der USA in der Region hofft die Gemeinschaft, die Staaten wirtschaftlich binden zu können.

Die ASEAN-Exporte in die USA erreichten 1977 etwa 242 Millionen US-Dollar. In den Augen der Gemeinschaft ist diese Quote zu gering. Die Gemeinschaft fordert eine Neufassung des „US generalised system of preferences“ (GSP), das zur Zeit 2 800 von 6 000 in den USA zollpflichtigen Einfuhrgütern aus Entwicklungsländern begünstigt. Im wesentlichen will ASEAN die „GSP rules of origin“ auf die Gemeinschaft als Ganzes angewandt sehen. Der zur Zeit geltende Modus behandelt die Gemeinschaft als fünf Einzelstaaten und begrenzt damit ASEANs Gesamtquote unter dem GSP. Indonesien ist gegenwärtig von den Vorteilen des GSP ausgenommen, das Mitglieder der Organisation of Petroleum Exporting Countries (OPEC) nicht berücksichtigt. ASEAN verweist darauf, daß die GSP mit der Europäischen Gemeinschaft und Japan bereits entsprechend verfahren würde.

Washington will sein Engagement in Südostasien auf den privaten Sektor abwälzen: Im November besuchte eine hochkarätige Investitionsmision die Region und machte Investitionszusagen in Höhe von mehr als 550 Millionen US-Dollar. Zusätzlich will Washington seine Zuwendungen zur Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) erhöhen.

ASEAN und die UdSSR

Moskau spielt in Südostasien derzeit eine ‚Statisten‘-Rolle; seine Handelsbeziehungen mit der ASEAN sind mehr als spärlich. Zwar betont die Gemeinschaft der Fünf, daß sie auch engere Kontakte zum COMECON suchen wolle, zieht dabei aber Länder wie Polen und Rumänien den Russen vor. Wiederholt hat der COMECON der südostasiatischen Gemeinschaft Joint-Venture-Projekte im Bereich der technologischen Entwicklung angeboten, doch die ASEAN fürchtet, daß die Russen ihren wirtschaftlichen Einfluß zu einer Strangulationspolitik ausweiten könnten. Groß ist auch die Furcht vor der Anwesenheit sowjetischer Techniker in der Region, die bereits in anderen Entwicklungsländern bewiesen haben,

daß sie Technik und politische Aktivitäten nur ungern voneinander trennen. Die ASEAN bewertet Moskau um so mehr als einen undurchschaubaren Faktor, als sich die Sowjetunion zunehmend in Indochina engagiert. Um hier die Fäden Pekings zu durchschneiden — so argwöhnt man in der ASEAN —, würde die Sowjetunion möglicherweise auch nicht davor zurückschrecken, den Frieden in Südostasien zu stören. Lediglich auf den Philippinen scheint Moskau Fortschritte zu machen. Auf dem Höhepunkt des diplomatischen Karussells im November 1978 tauchte überraschend der stellvertretende Außenminister Nikolai Firyubin in Manila auf. Hinter vorgehaltener Hand wollten ‚manche‘ wissen, daß Moskau den Filipinos Waffenlieferungen angeboten habe und Präsident Ferdinand E. Marcos diesem Angebot nicht ablehnend gegenüberstände, sollten die USA weiterhin bei der militärischen Unterstützung für die Philippinen Zurückhaltung üben. Firyubin hat darüber hinaus einen Kredit in Höhe von 75 Millionen US-Dollar angeboten; mit diesem Geld soll ein Staudamm in der Provinz Luzon gebaut werden. Ein Zufall? Just auf der Insel Luzon unterhalten die USA ihre beiden militärischen Stützpunkte, und in der Provinz Luzon bildet sich immer mehr die Hochburg der philippinischen Untergrundkommunisten heraus. Dennoch, so betonte ein Sprecher des Außenministeriums in Manila, sei die philippinische Regierung nicht besorgt, wenn mit dem russischen Geld und russischer Expertise auch russische Experten ins Land kämen. Doch Moskau wird es beim Start dieser ‚Eintagsfliege‘ nicht bewenden lassen: in den ASEAN-Hauptstädten verdichtet sich das Gerücht, der sowjetische Außenminister Gromyko werde als nächster das diplomatische Karussell in Südostasien besteigen, um für Moskau noch zu retten, was Deng Xiaoping übriggelassen habe. „Es liegt was in der Luft“, meint dazu ein Sprecher des malayischen Außenministeriums.

ASEAN und die Europäische Gemeinschaft

Die Beziehungen ASEANs zu Europa sind trotz der kolonialen Geschichte der Europäer in der Region immer noch eng und nahezu warm. Dies liegt wohl zum Teil daran, daß die heutige Führungsgeneration in Südostasien ihre Ausbildung in Europa genossen hat. Doch davon abgesehen, ist Europas politischer Einfluß in den ASEAN-Staaten unbedeutend. Um so größer sind die wirtschaftlichen

Interessen, die beide — die ASEAN insbesondere — aneinander haben. „Europa ist sich nicht nur des wirtschaftlichen Potentials der Region bewußt, sondern auch ihrer politischen Bedeutung. ASEAN hat eine wichtige Rolle zu spielen, um die friedliche Entwicklung in diesem Teil der Welt zu sichern. Indem wir unser Verhältnis zur ASEAN stärken, tragen wir zur Solidarität in der Gemeinschaft bei. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie schwer es ist, in Richtung regionaler Integration zu marschieren.“²⁶⁾

Mit dieser Erklärung sät Roy Jenkins, Präsident der Europäischen Kommission, bei den ASEAN-Vertretern 1977 Hoffnungen und erteilte Applaus. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher erhärtete diesen Standpunkt der Europäischen Gemeinschaft von deutscher Seite gegenüber Singapurs Premier, Lee Kuan Yew, als er im April 1977 die Inselrepublik besuchte. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus?

ASEAN, obwohl gegenüber der Europäischen Gemeinschaft sehr positiv eingestellt, glaubt, daß die Neun in Europa mehr für die Fünf in Südostasien tun können. ASEAN hat wiederholt angedeutet, daß sie sich bevorzugt nach Europa orientieren möchte, im Interesse einer Zusammenarbeit, die beiden nutzen würde. Die Länder der ASEAN können Rohstoffe und Halbfertigwaren sowie ein preiswertes Arbeitskräftepotential für europäische Investoren anbieten; sie bieten überdies einen Markt mit 250 Millionen Konsumenten, deren Kaufkraft stetig zunimmt. Trotz dieser so offensichtlichen Vorteile stößt die südostasiatische Gemeinschaft jedoch in Europa auf einen wachsenden Protektionismus, der von Orchideen zum Schutz holländischer Tulpenzüchter bis zu den Produkten der jungen ASEAN-Industrie reicht, die sich teilweise auf die Initiative europäischer Investoren gründet. Die ASEAN schielt bereits seit langem nach Afrika, wo die Europäische Gemeinschaft über die Lome Convention bedeutend stärker engagiert ist als in Asien.

Ungleich schwieriger ist der Abstimmungsprozeß zwischen der ASEAN und der Europäischen Gemeinschaft. Eine ASEAN-EEC Joint Study Group und das ASEAN-Brussels-Committee müssen jede Zusammenarbeit zwischen beiden Gemeinschaften erst Punkt für Punkt aushandeln. Zur Zeit untersucht eine Experten-

gruppe der Europäischen Gemeinschaft Möglichkeiten einer langfristigen Strategie zur Kooperation. Neben der Förderung von ASEAN-Entwicklungsprojekten soll der zu erwartende Report Privatinvestoren wertvolle Informationen über effiziente Investitionsbereiche liefern. Die EG, so meinte der Leiter der Expertengruppe, Robert Hull, werde ihre Zusammenarbeit mit ASEAN in allen Bereichen stärken.

Die Europäische Gemeinschaft beginnt langsam — und dies wohl in Anbetracht des japanischen Druckes auf Südostasien — die Fünfergemeinschaft als ein wichtiges Reservoir für die Zukunft zu entdecken. Dabei soll der private Sektor eine wesentliche Rolle bei der wirtschaftlichen und — konsequenterweise — politischen Stabilisierung in Südostasien übernehmen.

In Europa ist man erst recht spät auf die Bedeutung des ASEAN aufmerksam geworden. Trotz des 300prozentigen Anstiegs des Handels zwischen beiden Gemeinschaften in den vergangenen fünf Jahren hat Japan inzwischen die Europäer als wichtigsten Handelspartner überholt.

ASEAN sucht die Schuld dafür in dem europäischen Protektionismus, der nicht so sehr eine Haltung der EG als Gemeinschaft sei, sondern das Resultat der Politik ihrer einzelnen Mitglieder. Besonders England, Frankreich und Italien geraten ins Schußfeld; die Bundesrepublik Deutschland dagegen wird als die aggressivste Kraft zugunsten der ASEAN gewürdigt.

Singapurs Außenminister S. Rajaratnam ist der Ansicht, daß eine engere Zusammenarbeit zwischen der EG und ASEAN „erheblich zur Wiederherstellung der Stabilität im internationalen System“²⁷⁾ der Wirtschaft beitragen würde. Rajaratnam verweist darauf, daß die Wirtschaft beider Gemeinschaften äußerst wettbewerbsfähig sei. ASEAN halte eine breite Palette wichtigster Rohstoffe bereit, die EG dagegen eine hochentwickelte Industrie und know-how. Die Ergänzung liege auf der Hand, jedoch hindere Europas Egoismus das Ernten der Früchte für beide Seiten²⁸⁾. Und nicht nur Rajaratnam warnt Europa vor dem möglichen Verlust eines gigantischen Marktes von bald 260 Millionen Menschen.

Die EG — keinesfalls ohne Schuldgefühl gegenüber der ASEAN — verweist jedoch dar-

²⁶⁾ Far Eastern Economic Review, Mai 27/77, S. 33 f.

²⁷⁾ Ebd. S. 55.

²⁸⁾ Ebd. S. 59.

auf, daß die Gemeinschaft der Fünf die bereits vorhandenen Beziehungen mit der Gemeinschaft der Neun besser nutzen müsse.

Regelmäßige ASEAN/EG-Seminare sollen die interessierten Gruppen in Südostasien beraten und mit dem theoretischen Instrumentarium für einen zwischengemeinschaftlichen Handel vertraut machen. Davon wird in erster Linie Singapur profitieren, denn als einziges ASEAN-Land verfügt es über eine stark diversifizierte Industrialisierung, nicht zuletzt aufgrund beträchtlicher europäischer Investitionen auf dem privaten Sektor. Die Zukunft wird aber auch für die ASEAN als Gemeinschaft einen besseren Zugang zum europäischen Markt bringen: Durch das Betreiben Genschers wurde der ASEAN/EG-Dialog seit 1977 auf die Ebene von Ministergesprächen angehoben — ein Level, der zweifelsohne schneller zu autorisierten Übereinkünften führt als die schwerfälligen Verhandlungen über die Schreibtische der Bürokraten in den Kommissionen. Malaysia wird eines der Länder sein, das besonders auf dem Sektor der privaten Investitionen am stärksten profitieren dürfte. Die aggressive und stabile Wirtschaft des Landes und die relativ sichere innenpolitische Lage bereiten das Klima, das private Investoren anlockt, zumal wenn sie mit großzügigen Steuererleichterungen belohnt werden.

A. R. Soehoed, der stellvertretende Präsident des indonesischen „Capital Investment Coordination Board“, meint zu dem ASEAN/EG-Dialog: „Der Dialog überzeugt die EG-Länder von der Bedeutung ASEANs als wirtschaftliche Macht“²⁹⁾. Und diese Tatsache wird sicherlich in Europa nicht übersehen. Als Industrienationen sind die europäischen Staaten dringend auf Rohstoffe angewiesen. Die ASEAN hält einige der bedeutendsten bereit: Naturgummi, Zinn, Palmöl, Harthölzer und bald neben Erdöl auch Uran. Diese Rohstoffe kann sich langfristig nur derjenige sichern, der die Fünf als gleichwertigen Partner betrachtet, nicht mehr als Entwicklungsregion im klassischen Sinne, sondern als Länder auf der Schwelle ins Industriezeitalter.

ASEAN und die Bundesrepublik Deutschland

1977 führte Bundesaußenminister Genscher in Bonn einen Kabinettsbeschluß herbei, der eine neue Initiative für die Zusammenarbeit mit der ASEAN darstellte. Bonn zeigte sich

²⁹⁾ Ebd. S. 66.

ungeduldig über die nur zögernden Fortschritte in den Bereichen Handel, Industrialisierung und der politischen Abstimmung innerhalb der Neunergemeinschaft³⁰⁾. Es beschuldigte England, Italien und Frankreich, nicht begreifen zu wollen, daß die politische Stabilität in Südostasien unmittelbar von der wirtschaftlichen Prosperität in der Region abhängig sei. Europa müsse die ASEAN mit Geld, Ideen und Know-how versorgen.

Der Beitrag der Bundesrepublik ist beachtlich. Die Hilfe für Indonesien hat längst die Milliardengrenze überschritten, das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten erreichte 1976 bereits 1,35 Milliarden DM. Die deutsch-malaysische Handelsstatistik wies 1976 rund 544 Millionen Mark als Exporte nach Malaysia und 577 Millionen an Importen aus Malaysia in die Bundesrepublik aus. Darüber hinaus hat sich die Bundesrepublik in den ASEAN-Staaten stark mit Beratern und technischen Experten engagiert. Auf den Philippinen beteiligt sich die Bundesrepublik vor allem an der landwirtschaftlichen Entwicklung mit dem Ziel, Export-Crops zu entwickeln; sie ist der größte Handelspartner Manilas in der EG mit Exporten im Wert von 125,6 Millionen US-Dollar.

ASEAN als politische Stimme

So wie die Gemeinschaft der südostasiatischen Nationen bewußt jeden Anschein vermeidet, auch ein politisch-militärisches Bündnis zu sein, finden Abstimmungen zu gemeinsam relevanten außenpolitischen Fragen nur selten statt. Jedes Mitgliedsland unterhält die ihm opportun erscheinenden außenpolitischen Beziehungen und setzt damit die Gemeinschaft der Gefahr einer Politik des ‚teile und herrsche‘ aus. Erst in jüngster Zeit beginnt die Gemeinschaft, sich zu politisieren. Der Druck kam aus Vietnam und als Folge des Großmachtgerangels zwischen Peking und Moskau in Indochina. Obwohl Hanoi Regierungschef Pham Van Dong anläßlich seiner ASEAN-Visite wiederholt versuchte, bilaterale Friedens- und Freundschaftsverträge abzuschließen, stieß er auf eine geschlossene Front der höflichen Ablehnung. Chinas Vize-Premier Deng Xiaoping, der im November ASEAN bereiste, spürte ebenfalls die antikommunistische Solidarität der Fünf, besonders in Fragen der Unterstützung Chinas für kommunistische Untergrundgruppen in Thailand und Malaysia.

³⁰⁾ Ebd. S. 43.

ASEAN, so werden besonders die internationalen Großmachtgruppierungen lernen müssen, wird auch zunehmend in der UN mit einer Stimme auftreten. Westliche Regierungen mußten jüngst erleben, als die UNICEF ein Medien-Papier diskutierte, daß die ASEAN-Mitglieder nicht ‚auseinanderdividiert‘ werden konnten, sondern sich geschlossen hinter einen moderaten Dritte-Welt-Entwurf stellten. In der Afrika- und Mittelostpolitik folgt die Gemeinschaft noch keiner einheitlichen Linie, und es blieb den beiden islamischen Regierungen in Djakarta und Kuala Lumpur vorbehalten, sich dem arabischen Lager anzuschließen, während die übrigen ASEAN-Staaten durchaus eine abwartende, zumindest keine eindeutig antiisraelische Haltung einnehmen.

Ausblick

Vordringlichstes Ziel der ASEAN muß die ‚ASEAN Economic Community‘ (AEC) sein, von der die Gemeinschaft der Fünf noch weit entfernt ist. ASEAN ist zwar noch nicht reif für eine generelle interne Handelspräferenz, doch darf es die Gemeinschaft nicht bei den zur Zeit 71 begünstigten Produkten bewenden lassen, sondern muß den Katalog — wenn auch nur schrittweise — erweitern. Vor allem aber muß die nationale Eigenbrötelei, muß die immer noch verhalten spürbare Mißgunst gegenüber den Erfolgen einzelner Partner abgebaut werden. Mit dem ‚ASEAN Board of Investment‘ ist der Gemeinschaft ein Instrument gegeben, private und öffentliche Investitionen am regionalen Bedarf zu orientieren und Initiativen der Einzelstaaten zu koordinieren. ASEAN muß jedoch nicht nur seine Produktion koordinieren, sondern auch seinen Markt für Import und Export. Doppelgleisigkeit zersplittert die spärli-

chen finanziellen Ressourcen und macht die Gemeinschaft für *teilende Attacken* von außen anfällig.

„Die innere Stabilität muß sich in einer regionalen Zusammenarbeit und einem regionalen Handel ausdrücken, der auf einer gemeinsamen Politik in der Industrialisierung und der Nutzung der natürlichen Ressourcen basiert. Dies verhindert, daß die ASEAN zu sehr von großen Nationen abhängig wird. Die interne Stärkung macht ASEAN weder zu einem Autarkisten noch isoliert sie die Gemeinschaft vom Rest der Welt“, meint der ehemalige Außenminister Indonesiens und heutige Sprecher des Parlaments, Adam Malik ³¹⁾.

Malik erinnert weiter daran, daß sich die ASEAN-Staaten in ihren Rohstoffvorkommen einander ergänzen. Dies sollten sie als ein Instrument der Macht in Verhandlungen mit den entwickelten Nationen benutzen, um diese von der unabdingbaren Notwendigkeit zu überzeugen, daß die ASEAN Zugang zu ihren Märkten braucht. Malik zitierte den früheren deutschen Bundeskanzler Willy Brandt: „In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, bei den hohen Arbeitslosenzahlen in der entwickelten Welt, bei den weitreichenden strukturellen Veränderungen, ist Protektionismus zugunsten der nationalen Wirtschaft sehr verführerisch. Aber das war genau der Weg, den Europa und Amerika vor 50 Jahren gegangen sind. Er zerstörte die *koloniale Welt*, ruinierte Amerika und setzte Europa in Flammen. Zur Zeit machen wir nicht etwa ähnliche Fehler, sondern noch gefährlichere. Unser gemeinsames Interesse liegt in unserer industrialisierten Gemeinschaft *und in dem Mit-einander mit* der nichtindustrialisierten, sich noch entwickelnden Welt.“

³¹⁾ Asiaweek, April 21/78, S. 30 f.

The Declaration of Bangkok

The Presidium Minister for Political Affairs/Minister for Foreign Affairs of Indonesia (Adam Malik), the Deputy Prime Minister of Malaysia (Tun Abdul Razak), the Secretary of Foreign Affairs of the Philippines (Narciso Ramos), the Minister for Foreign Affairs of Singapore (S. Rajaratnam) and the Minister of Foreign Affairs of Thailand (Thanat Khoman):

MINDFUL of the existence of mutual interest and common problems among the countries of Southeast Asia and convinced of the need to strengthen further the existing bonds of regional solidarity and co-operation;

DESIRING to establish a firm foundation for common action to promote regional co-operation in Southeast Asia in the spirit of equality and prosperity in the region;

CONSCIOUS that in an increasingly interdependent world, the cherished ideals of peace, freedom, social justice and economic wellbeing are best attained by fostering good understanding, good neighbourliness and meaningful co-operation among the countries of the region already bound together by ties of history and culture,

CONSIDERING that the countries of Southeast Asia share primary responsibility for strengthening the economic and social stability of the region and ensuring their peaceful and progressive national development, and that they are determined to ensure their stability and security from external interference in any form or manifestation in order to preserve their national identities in accordance with the ideals and aspiration of their peoples;

AFFIRMING that all foreign bases are temporary and remain only with the expressed concurrence of the countries concerned and are not intended to be used directly or indirectly to subvert the national independence and freedom of states in the area or prejudice the orderly progress of their national development;

DO HEREBY DECLARE:

FIRST, the establishment of an association for regional co-operation among the countries of Southeast Asia to be known as the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN).

SECOND, that the aims and purposes of the Association shall be:

1. To accelerate the economic growth, social progress and cultural development in the region through joint endeavours in the spirit of equality and partnership in order to strengthen the foundation for an prosperous and peaceful community of Southeast Asian Nations;
2. To promote regional peace and stability through abiding respect for justice and the rule of law in the relationship among countries of the region and adherence to the principles of the United Nations Charter;
3. To promote active collaboration and mutual assistance on matters of common interest in the economic, social, cultural, technical, scientific and administrative fields;
4. To provide assistance to each other in the form of training and research facilities in the educational, professional, technical and administrative spheres;
5. To collaborate more effectively for the greater utilization of their agriculture and industries, the expansion of their trade, the improvement to their transportation and communication facilities and the raising of the living standards of their people;
6. To promote Southeast Asian studies;
7. To maintain close and beneficial co-operation with existing international and regional organisations with similar aims and purposes, and explore all avenues for even closer co-operation among themselves.

Third; that, to carry out these aims purposes, the following machinery shall be established:

- a) Annual Meeting of Foreign Ministers, which shall be rotating and referred to as ASEAN Ministerial Meeting. Special Meetings of Foreign Ministers may be convened as required.

- b) A Standing Committee, under the chairmanship of the Foreign Minister of the host country or his representatives and having as its members the accredited Ambassadors of the other member countries, to carry on the work of the Association in between Meetings of Foreign Ministers.
- c) Ad Hoc Committees and Permanent Committees of specialists and officials on specific subjects.
- d) National Secretariat in each member country to carry out the work of the Association on behalf of that country and the service of the Annual or Special Meeting of Foreign Ministers, the Standing Committee and such other Committees as may hereafter be established.

FOURTH, that the Association is open for participation to all states in the Southeast Asian region subscribing to the afore mentioned aims, principles and purposes.

FIFTH, that the Association represents the collective will of the Nations of Southeast Asia to bind themselves together in friendship and co-operation and, through joint efforts and sacrifices secure for their peoples and for prosperity the blessings of peace freedom and prosperity.

DONE in Bangkok on the eighth day of August in the year one thousand nine hundred and sixty-seven.

Die Deklaration von Bangkok

Der vorsitzende Minister für politische Angelegenheiten und Minister für Auswärtiges von Indonesien (Adam Malik), der stellvertretende Premierminister von Malaysia (Tun Abdul Razak), der Sekretär für auswärtige Angelegenheiten der Philippinen (Nareiso Ramos), der Außenminister von Singapur (S. Rajaratnam) und der Außenminister von Thailand (Thanat Khoman):

eingedenk der gemeinsamen Interessen und Probleme zwischen den Ländern Südostasiens und überzeugt von der Notwendigkeit, bereits bestehende Bande der regionalen Solidarität und Zusammenarbeit stärken zu müssen;

mit dem Wunsch, ein stabiles Fundament für gemeinsames Handeln zu schaffen, um die regionale Zusammenarbeit in Südostasien im Geist der Gleichberechtigung und des Wohlstands der Region zu fördern;

im Bewußtsein, daß die gehegten Ideale von Frieden, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Wohlergehen in einer zunehmend miteinander verflochtenen Welt am besten dadurch erreicht werden, indem zwischen geschichtlich und kulturell miteinander verbundenen Staaten der Region ein gutes Verständnis, gute Nachbarschaft und eine bedeutungsvolle Zusammenarbeit gepflegt werden;

berücksichtigend, daß die Staaten von Südostasien zur Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität der Region eine gemeinsame Verantwortung teilen und ihre friedliche und fortschrittliche nationale Entwicklung sichern und daß sie entschlossen sind, ihre Stabilität und Sicherheit gegenüber äußeren Einflüssen jeder Art zu wahren, um ihre nationale Identität in Übereinstimmung mit den Idealen und Hoffnungen ihrer Völker zu erhalten;

mit der Versicherung, daß alle fremden Stützpunkte nur vorübergehend und nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der betroffenen Länder verbleiben werden und nicht dazu bestimmt sind, um direkt oder indirekt die nationale Unabhängigkeit und Freiheit der Staaten der Region in Frage zu stellen oder deren nationale Entwicklung zu beeinträchtigen;

erklären hiermit:

Erstens: Die Gründung einer Gemeinschaft zur regionalen Zusammenarbeit zwischen den Ländern von Südostasien, genannt die „Gemeinschaft der südostasiatischen Nationen (ASEAN)“.

Zweitens: als Zweck und Ziele der Gemeinschaft:

1. Die Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums, des sozialen Fortschritts und der kulturellen Entwicklung in der Region durch gemeinsame Bemühungen im Geist der Gleichberechtigung und der Partnerschaft, um die Voraussetzungen für eine aufstrebende und friedliche Gemeinschaft der südostasiatischen Nationen zu stärken.
2. Die Förderung des regionalen Friedens und der Stabilität durch Respekt für Gerechtigkeit und Gesetz im Verhältnis der Länder der Region untereinander und durch das Festhalten an den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen.
3. Die Förderung einer aktiven Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe in Fragen von gemeinsamen Interessen in den Bereichen der Wirtschaft, Soziales, Kultur, Technik, Wissenschaft und Verwaltung.
4. Die Bereitstellung von Hilfe in Form von Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen und in den Bereichen der Bildung, des Fortschritts und der Verwaltung.
5. Eine wirksamere Zusammenarbeit zum Nutzen ihrer Landwirtschaft und Industrie, der Ausdehnung ihres Handels, der Verbesserung ihrer Transport- und Kommunikationseinrichtungen sowie eines steigenden Lebensstandards ihrer Bürger.
6. Die Förderung südostasiatischer Forschung.
7. Die Wahrung enger und fruchtbarer Zusammenarbeit mit bestehenden internationalen und regionalen Organisationen mit ähnlichen Zielsetzungen und Absichten, sowie alle Anstrengungen für eine noch engere Zusammenarbeit untereinander.

Drittens: Um diese Ziele und Absichten verwirklichen zu können, sollen folgende organisatorischen Maßnahmen eingeleitet werden:

- a) Ein jährliches Treffen der Außenminister, die ASEAN-Minister-Konferenz, die sich nach einem Rotationsprinzip das Gastland wählt. Sonderkonferenzen der Außenminister können nach Bedarf einberufen werden.
- b) Ein ständiges Komitee unter Leitung des gastgebenden Außenministers unter Beteiligung der im jeweiligen Gastland akkreditierten Botschafter der Mitgliedsstaaten, das die Arbeit der Gemeinschaft zwischen den Minister-Konferenzen weiterführt.
- c) Ständige Komitees und solche bei Bedarf für Fachleute und Vertreter spezifischer Sachgebiete.
- d) Ein nationales Sekretariat in jedem Mitgliedsland, das die Arbeit der Gemeinschaft im Interesse des jeweiligen Landes und hinwirkend auf die jährliche Ministerkonferenz oder Sonderkonferenzen der Außenminister, des ständigen Komitees und anderer Komitees führt.

Viertens: Die Gemeinschaft ist offen für eine Teilnahme aller Staaten der Region Südostasiens, die sich zu den oben genannten Zielen, Grundsätzen und Absichten bekennen.

Fünftens: Die Gemeinschaft repräsentiert den gemeinsamen Willen der Nationen von Südostasiens, um sie in Freundschaft und Zusammenarbeit aneinanderzubinden, um durch gemeinsame Anstrengungen und Opfer für ihre Völker Wohlstand und die Segnungen des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts zu sichern.

Beschlossen zu Bangkok am achten Tag des August im Jahr 1967 ¹⁾.

¹⁾ Freie, inoffizielle Übersetzung vom Autor des vorstehenden Beitrags.

Peter J. Opitz: Die chinesische Außenpolitik seit dem Tode Mao Tse-tungs

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/79, S. 3—20

Die chinesische Außenpolitik konnte im Verlauf des Jahres 1978 eine Reihe spektakulärer Erfolge verzeichnen: Im Frühjahr gelang der Abschluß eines Handelsabkommens mit der EG, im Herbst kam es zur Unterzeichnung eines Friedens- und Freundschaftsvertrages mit Japan, und kurz vor Jahresende kündigten Peking und Washington in einer überraschenden Gemeinsamen Erklärung die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen an. Damit hat sich die VR China endgültig aus der gefährlichen Isolierung befreit, in der sie sich noch zu Beginn der siebziger Jahre befand. Die konsequente Annäherung an die wichtigsten Mächte der westlichen Welt brachte der neuen chinesischen Führung jedoch noch weitere Vorteile: Sie drängte ihren derzeitigen Hauptgegner, die Sowjetunion, außenpolitisch in die Defensive und erweckte bei ihr das Gefühl einer internationalen Einkreisung.

In der vorliegenden Studie wird der Versuch unternommen, zu zeigen, daß die strategischen Grundlagen für die jüngsten außenpolitischen Erfolge Pekings nicht allein das Werk der neuen Führung sind, sondern schon zu Beginn der siebziger Jahre von Mao Tse-tung und Chou En-lai gelegt wurden.

Dieter Senghaas: Wo steht China — wohin bewegt sich China? Überlegungen zum Modernisierungskurs der neuen politischen Führung Chinas

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/79, S. 21—30

Die neue politische Führung Chinas hat nach dem Tode Tschou En-Lais und Mao Tse-tungs neue Akzente gesetzt, die ein Abrücken von kulturrevolutionärer Programmatik vermuten lassen. Nachdruck wird auf die vier Modernisierungen gelegt, die China bis zur Jahrhundertwende zu einer führenden Industriemacht machen sollen: die Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Militär und von Wissenschaft und Technologie. Der Beitrag untersucht kurz die erfolgten inhaltlichen Akzentverschiebungen, um in einer ersten Interpretation die Frage zu beantworten, ob eine solche Reorientierung chinesischer Entwicklungspolitik einen Bruch mit dem überkommenen Entwicklungsweg Chinas der vergangenen dreißig Jahren darstellt — oder nicht. Betont werden die Mehrgleisigkeit chinesischer Entwicklung nach 1949 und die Fragwürdigkeit einer Interpretation, die das „chinesische Entwicklungsmodell“ allein auf eine der beiden wesentlichen Komponenten des chinesischen Entwicklungsweges, die Erschließung des ländlichen Raumes, zurückführt, ohne die zweite Komponente, den systematischen Aufbau eines schwerindustriellen modernen Sektors, zu berücksichtigen. Obgleich eingehende Analysen der chinesischen Gesellschaftsstruktur — und hier insbesondere der Klassenstruktur — nicht verfügbar sind, so ist doch zu vermuten, daß auch beim jetzt verfolgten Entwicklungskurs erhebliche politische Konfliktpotentiale angelegt sind. Diese ergeben sich u. a. aus der Kluft zwischen enormen Kapitalerfordernissen für die Durchführung des Modernisierungskurses und den Versprechungen der neuen Führung, der neue Kurs würde bald zu einer Steigerung des Lebensstandards führen. Angesichts des erreichten Entwicklungsstandes Chinas hält der Autor den neuen Kurs für überfällig.

Jürgen Dauth: ASEAN — die Gemeinschaft der südostasiatischen Nationen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/79, S. 31—46

ASEAN, die Association of Southeast Asian Nations, wurde 1967 von den Ländern Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und den Philippinen gegründet. Dieser Zusammenschluß war eine Reaktion der Region auf den sich abzeichnenden militärischen Rückzug der Westmächte aus der Region. Obwohl als Ersatz für die SEATO gedacht, lehnte die ASEAN es ab, ein militärisches Bündnis zu sein, da sie glaubte, als Wirtschaftsblock ein besseres Gegengewicht zu der kommunistischen Bedrohung aus Indochina schaffen zu können. Nationaler Egoismus seiner Mitgliedsländer hemmte die Handlungsfähigkeit der ASEAN in den ersten acht Jahren ihres Bestehens. Seit der Straffung der ASEAN-Verwaltung unter einem zentralen Sekretariat (mit Sitz in Djakarta) und der Bildung eines ASEAN Board of Investment orientieren sich nunmehr die Zusammenarbeit und Entwicklung stärker an den regionalen Bedürfnissen der Gemeinschaft. Politisch tritt die ASEAN für eine Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität ein, die die gesamte Region umfassen soll und Indochina und China mit einbezieht. Wirtschaftspolitisch drängt die ASEAN auf eine stärkere Zusammenarbeit mit der EG, hier sieht sie sich mit einem starken Wirtschaftsprotektionismus konfrontiert. Die ASEAN will nicht nur Rohstoffe verkaufen, sondern sucht auch nach einem Markt für seine aufstrebende Industrie. Die relativ intakte innenpolitische Stabilität der Gemeinschaft bietet überdies europäischen Investoren ein interessantes Betätigungsfeld, das zu einer für beide Seiten fruchtbaren wirtschaftlichen Verflechtung führen kann. ASEAN ist eine ernst zu nehmende wirtschaftliche Macht und eine politische Region, an deren Stabilisierung Europa im Interesse des Friedens in Südostasien besonders gelegen sein muß.